Sommer 2016
Nr. 70, 22. Jahrgang
Ladenpreis: 3,80 €

Zeitung für Umweltschutz von unten

grünes blatt



RECLAIM THE CAPE
Camp und Aktionswoche
> Seite 4

PYHÄJOKI/NORDFINNLAND:
Mit Taser & Tränengas für das finnisch-russische AKW
> Seite 7

BRANDKATASTROPHE
in den "Tar Sands"
> Seite 20

ENDE GELÄNDE!
Tausende Aktivist*innen legen Tagebau still
> Seite 26

Inhaltsverzeichnis

Editorial

fb Direkt zum Produktionsbeginn dieser Ausgabe machte weltweit die Nachricht von dem gewaltigen Flächenbrand in Kanada die Runde, der dabei ist, das Herzgebiet der Tar Sands-Industrie zu verwüsten. Wir haben uns bemüht, bis kurz vor Druckbeginn noch Updates einzubauen, weil zum Zeitpunkt, da dieses Editorial geschrieben wird, das Feuer noch nicht unter Kontrolle ist. Es scheint, dass Anlagen und Fabriken ebenso wie Propaganda-Einrichtungen wie das Oil Sands Discovery Center vor den schlimmsten Beschädigungen geschützt wurden, während bereits eine halbe Million Hektar Naturgebiet sowie etwa Zweieinhalb Tausend Gebäude, überwiegend Wohnhäuser, Opfer der Flammen wurden. Mehr dazu im Bericht ab Seite 20.

Ein zweiter aktueller Schwerpunkt sind Berichte zu den Protesten gegen den AKW-Bau in Pyhäjoki und den gewalttätigen Reaktionen darauf. Mehrere kurze und längere Artikel versuchen, einen Überblick über die Aktivitäten bereitzustellen sowie eine Analyse der Vorgänge vorzunehmen.

Neben energiepolitischen Themen bietet diese Ausgabe viele Updates und Hintergründe in den Themenfeldern "Mensch-Tier-Verhältnis", Gentechnik, Welt der Verschwörungstheorien, zur Flüchtlingsunterstützung auf Lesvos und einigem mehr.

Noch eine redaktionelle Anmerkung: Die seit längerem kontinuierlich erscheinende Knastrubrik wird vorerst als solche nicht fortgeführt. Beiträge von Gefangenen bzw. zu den Zuständen im Strafvollzug werden wir auch weiterhin, nun wieder rubriklos, abdrucken. Wir möchten unsere Leser*innen, denen derzeit ein Leben in Freiheit verwehrt wird, einladen, ihre Beiträge zukünftig direkt an die grünes blatt-Redaktion zu schicken.

Impressum

grünes blatt – Zeitung für Umweltschutz von unten
http://gruenes-blatt.de

Redaktion
grünes blatt – Redaktion
Am Bärental 6
D-04720 Döbeln
Fon: +49 3431/589 41 69
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de

Spendenkonto:
GLS Bank
IBAN: DE75 4306 0967 1101 7406 00
BIC: GENODEM1GLS

Verlag
SeitenHieb Verlag
Duburger Str. 47 | D-24939 Flensburg
www.SeitenHieb.info
Info@SeitenHieb.info
+49 461 14683333

Autor*innen dieser Ausgabe
Dominik, Falk Beyer (V.i.S.d.P.), Jean Trauerweide, Jörg Bergstedt, Gota del Mar, Olga Kališová, Reka, u.a.

Satz und Layout
Dominik, Falk Beyer, Jörg Bergstedt, Karl-Casper Linde, Reka, Tini

Bildnachweis Cover
Moritz Richter (Flickr); Lizenz CC BY 2.0; Quelle: https://www.flickr.com/photos/breakfree2016/26925687211

Auflage: 1050 Hefte

Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige Mitarbeiter*innen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die" Kollektivmeinung nicht gibt.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter http://gruenes-blatt.de gelesen werden.

Zu vielen der hier abgedruckten Artikel existieren ausführlichere Fassungen und / oder Referenzangaben auf der Internetseite des grünen blatts.

Eigentumsvorbehalt

Das Lausitzer Revier besetzen

LAUtonomia als Teil einer dynamischen Klimabewegung

LAUtonomia Seit März 2016 besetzen wir ein Waldstück am Tagebau Nochten – und sind damit die zweite momentan aktuelle langfristige Waldbesetzung in der BRD, neben dem Hambacher Forst.

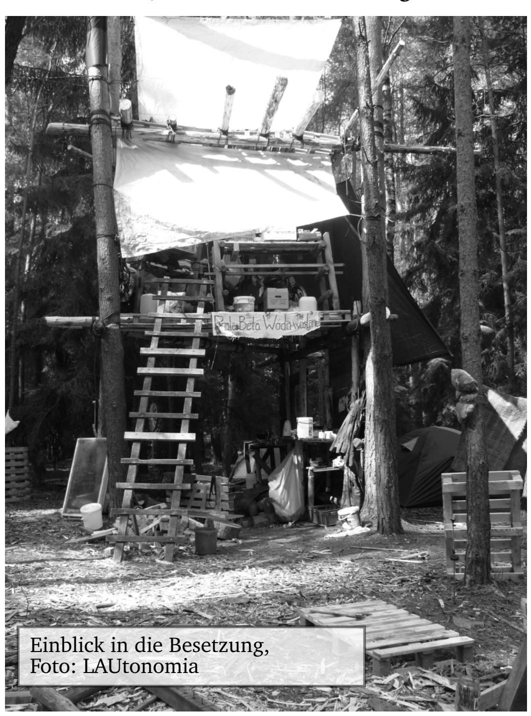
Das Lausitzer Revier ist das zweitgrößte Kohleförderungsgebiet in der BRD, mit etwa zwei Drittel der Kapazität des Rheinischen Reviers. Wir sind nicht zufällig im ersten Halbjahr 2016 gekommen (auch wenn wir uns manchmal wünschen, wir wären schon vor 5 Jahren hier gewesen), denn gerade jetzt gerät die politische Lage der Lausitzer Braunkohle in Bewegung.

Realpolitisch interessant war und ist der Verkauf der Lausitzer Braunkohlesparte an den tschechischen Investor EPH durch den bisherigen Besitzer Vattenfall, einen schwedischen Staatskonzern. Bewegungspolitisch inspiriert wurden wir durch die Entscheidung des Ende Gelände-Bündnisses, Mitte Mai 2016 mit einer Massenaktion die Braunkohleinfrastruktur hier zu blockieren. Das ist nun bereits Geschichte.

Für Ende Gelände kam eine Vielzahl an Menschen in die Lausitz – Menschen, die das Bedürfnis haben, mit direkten Aktionen dem Kohleabbau Einhalt zu gebieten. Ende Gelände aber ist notwendigerweise darauf angelegt, ein Kurzevent zu sein, nur wenige Tage dauernd. Das ist uns nicht genug – und vielen anderen sicher auch nicht. Vor diesem Hintergrund finden wir es besonders wichtig, die Möglichkeiten zu schaffen, langfristig in der Region aktiv zu sein und gegen die Braunkohle zu arbeiten.

Die Klimabewegung ist im Umbruch – seit Jahren wächst sie kontinuierlich, und gehört unbestritten zu den dynamischsten Bewegungen, die es im deutschsprachigen Raum momentan gibt, unabhängig von der tagespolitischen Lage. Seit 2011 gibt es im Hambacher Forst endlich wieder eine langfristige, große Waldbesetzung innerhalb der BRD. Im Rheinland wurden über die Jahre Erfahrungen in der Blockade von Schwerlastbahnen und Großgeräten gesammelt und die Grenzen der Kohleinfrastruktur kontinuierlich ausgetestet.

Diese Erfahrung machte sich die Bewegung nun zunutze, als 2015 die erste Massenblockade im rheinischen Revier organisiert wurde. Mehr als 1500 Menschen stürmten den Tagebau Garzweiler und besetzten den Schaufelradbagger. Polizei und Betreiber RWE waren machtlos. Daran wurde im Mai 2016 im Lausitzer Revier angeknüpft. Aber schon bei den Planung für diesen Schritt war klar, dass man den nächsten bereits im Blick hat. Für 2017 will die Klimabewegung zu weiteren Massenaktionen ins Rheinland mobilisieren, um endlich aus eigener Kraft ein Großkraftwerk abzuschalten.


Einblick in die Besetzung, Foto: LAUtonomia

LAUtonomia versteht sich als aktiver Beitrag zu dieser Bewegung. Wenn wir den Anspruch haben, der globalen Erwärmung und damit der Kohleverstromung ernstzunehmend entgegenzutreten, darf Ende Gelände 2016 in der Lausitz kein Gastspiel bleiben. Wir brauchen dauerhafte Stand- und Stützpunkte in allen Braunkohlerevieren, Orte des Widerstands, in denen wir uns organisieren und die Energiekonzerne das Fürchten lehren können. LAUtonomia soll das perspektivisch für die Lausitz leisten.

Klar ist, dass der Weg dorthin lang ist und wir noch im Aufbau sind. Momentan sind wir vollauf damit beschäftigt, das Projekt zu etablieren und die Besetzung aufrechtzuhalten. Dabei wollen wir aber nicht stehenbleiben, und dafür werden wir Unterstützung benötigen. LAUtonomia soll auch eine Brücke zu anderen Kampffeldern schlagen. Mit dem Truppenübungsplatz Oberlausitz und den vielen Tierfabriken in der Region gibt es dafür reichlich Ansatzpunkte. Das Schaffen von linken Projekten in der Peripherie ist zudem ein aktiver Schritt gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft.

Und wie geht es weiter?

Nach Ende Gelände und der Waldwoche blicken wir der Rodungssaison im Herbst entgegen, die höchstwahrscheinlich eine Räumung bringen wird – was uns natürlich auch vorher jederzeit blühen kann, vor allem im Hinblick auf den Eigentümerwechsel. Über den Sommer muss es darum gehen, das Projekt in der Region und die Besetzung im Wald so stark zu verankern, dass wir nicht einfach hinausgeworfen werden können. Wir sind nicht gekommen, um passiv im Wald zu sitzen. Wir wollen zum einen direkt mit den Anwohner*innen zusammenarbeiten, und zum anderen die Betriebsabläufe der Kohleförderung immer wieder direkt stören, wie es im Hambacher Forst seit Jahren vorgemacht wird.

Größtes Hindernis auf dem Weg dorthin ist immer noch, dass wir wenige sind. Damit beantwortet sich auch die Frage, was am dringendsten gebraucht wird. Zum einen Menschen, die für Tage, Wochen, Monate kommen, um uns zu unterstützen. Die Anwesenheit weniger Menschen kann im Umgang mit dem Sicherheitsdienst bereits einen großen Unterschied machen. Zum anderen Menschen, die dauerhaft kommen, und dieses Projekt zu ihrem Projekt machen! Egal ob ihr eure Stärken im Klettern und Leben im Wald oder in der Hintergrund-, Internet- und Pressearbeit seht – kommt her, macht mit uns die Lausitz unsicher! Wenn ihr Fragen habt oder vorbeikommen wollt, meldet euch bei uns einfach per Mail: lautonomia@riseup.net. Wichtige Infos und Updates findet ihr auf unserer Website (lautonomia.blogsport.eu), oder in unserem Twitter-Feed (twitter.com/LAUtonomia)

[Update 19.5.: Die Besetzung wurde geräumt und 21 Menschen zur Wache nach Weisswasser gebracht.]

Themenrubrik Energie
Kontakt: energie@gruenes-blatt.de
Einsendeschluss: 26.08.2016

Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.

Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!

Zum Bau des Fennovoima-AKW

NukeNews Hier sind einige Informationen einer lokalen Aktivistin aus der Gegend von Pyhäjoki über das Atomprojekt von Fennovoima (einem Unternehmen, das vom deutschen Atomriesen E.ON gegründet wurde und heute vom russischen Konzern Rosatom dominiert wird): Seit dem letzten Sommer ist es in Finnland zu interessanten Entwicklungen gekommen. Nach einigen komplizierten Episoden konnte Fennovoima seinen Antrag auf eine Baugenehmigung beim Wirtschaftsministerium einreichen und fährt mit seinen Aktivitäten fort. Das Unternehmen besitzt noch keine Baugenehmigung. Das Verfahren im Ministerium und bei der Atomaufsichtsbehörde STUK läuft, eine Entscheidung kann erst 2017 oder 2018 fallen. In jedem Fall richtet Fennovoima in der Naturlandschaft in Hanhikivi im nordfinnischen Pyhäjoki riesige Zerstörungen an. Im Moment können wir nicht viel tun. Das Projekt läuft weiter. Es wird hoffentlich wegen wirtschaftlicher Probleme enden, vermutlich aber nicht aus anderen Gründen. Es tut mir leid, das sagen zu müssen.

Infomaterialien
http://Material.Nuclear-Heritage.NET

Anti-Atom-Materialien aus unterschiedlichen Ländern können hier in verschiedenen Sprachen heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden.

Aktionsbericht: Reclaim Camp und

reka In der Nähe von Pyhäjoki, einem kleinen Ort an der Westküste Finnlands, möchten die beiden Energiekonzerne Fennovoima und Rosatom ein neues AKW bauen. Dafür haben sie inzwischen schon einen großen Teil eines Naturschutzgebietes zerstört, um die Baumaßnahmen vorzubereiten, für die sie noch gar keine offizielle Genehmigung haben.

Aber dagegen regt sich Widerstand und seit nun einem Jahr gibt es ein widerständiges Camp, wo Aktivist*innen mittels Besetzungen und anderer Aktionen gegen die Naturzerstörung und den Bau des AKWs protestieren. Seit der Gründung wurde das Camp auch schon mehrmals von Cops geräumt, aber immer wieder neu errichtet und ist nach der Menge an Polizeiberichten die längste Kampagne mit Aktionen zivilen Ungehorsams in der Geschichte des politischen Aktivismus in Finnland.

Um den Widerstand zu stärken und auf eine noch größere Basis zu stellen, gab es ab Mitte April eine Aktionswoche unter dem Motto „Reclaim The Cape!“, wo Aktivist*innen aus ganz Finnland, Europa und der Welt angereist sind, um bei gemeinsamen Workshops und Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen die Pläne von Fennovoima und Rosatom zu protestieren.

Zu den "global Players"

Fennovoima ist ein finnischer Energiekonzern, der das AKW unbedingt bauen möchte, dem aber das technische und finanzielle Know-How fehlt, das alleine zu tun. Deshalb war ursprünglich der deutsche Energiekonzern EON mit im Boot. Dieser kehrte allerdings 2012 der Atomenergie den Rücken und stieg daher unter Anderem auch aus diesem Projekt aus. Ein neuer Financier fand sich in Rosatom, einem russischen Energiekonzern in Staatshand, der als einziger Konzern auf dem Weltmarkt die komplette Palette an Produkten der Atomindustrie anbietet, von ziviler Energie- bis zur Waffenproduktion. Die Führung des Konzerns besteht aus neun von Putin persönlich ausgewählten Menschen; Rosatoms Projekte sind bekannt für große Verspätungen, Mafiaverstrickungen und Unfälle.

„Reclaim The Cape!“

Die Aktionswoche „Reclaim The Cape!“ begann am Freitag, dem 22. April, wobei auch schon einige Tage und Wochen vorher Sabotageaktionen wie Blockaden und ähnliches stattfanden.

Während der Aktionswoche gab es viele Workshops zum Skill-Sharing, Input über die aktuelle Situation und Hintergründe zum Projekt. Ziel war es, alle für den großen Aktionstag am 26. April, Tschernobyl-Gedenktag, vorzubereiten, denn dieser sollte mit einer Massenaktion des zivilen Ungehorsams begangen werden.

Dabei wurden vielfältige Aktionsformen kombiniert. Einerseits gab es eine Demonstration zur Baustelleneinfahrt, die mit einer mehrstündigen Blockade der Zufahrtsstraße endete. Dabei war ein wichtiges Element die Clowns Armee, die zur Entspannung der Situation mit der Polizei beitrug, da diese durch die für finnische Verhältnisse große Aktion (ca. 80 Menschen) sehr nervös und somit gewaltbereit war. In den Tagen zuvor kam es beispielsweise während einer Lock-On-Aktion zum Taser-Einsatz (Elektroschocker) gegen den/die Angekettete/n, was im schlimmsten Fall









The Cape
Aktionswoche

lebensbedrohlich sein kann. Die Clowns Armee war als Puffer zwischen Blockade und Cops sehr hilfreich, sodass die Blockade nicht einfach schnell brutal geräumt werden konnte, sondern sich das Ganze über viele Stunden hinzog.

Kreative Antirepression

Die Blockade wurde dann am Nachmittag aufgelöst, nachdem die meisten Teilnehmer*innen paarweise in Polizeigewahrsam zur nächsten Wache abtransportiert worden waren, wobei sich z.B. eine Person im Polizeiauto von innen mit Sekundenkleber an die Scheibe klebte oder andere in der Zelle mit Margarine Slogans an die Zellenwände schrieben: „Stop Fennovoima!“, „System change, not climate change!“. Außerdem gab es Mut-Zurufe beim Treffen im Gang zwischen den Zellen.


Foto: Falk Beyer

Seit Fennovoima sich das Gebiet angeeignet und eine staatliche Anordnung erwirkt hat, ist das Betreten hier verboten.

Während die Cops also mit der Blockade beschäftigt waren, gelang es militanten Kleingruppen andererseits das Gelände zu stürmen und durch Sabotageakte Sachschaden im Wert von ca. 500.000 EUR (laut Fennovoima PM) zu verursachen. Dabei kam es nur zu fünf Festnahmen.

Repression

Bei der Blockade kam es zu 38 Festnahmen, wobei die Aktivist*innen 24-Stunden gefangen gehalten und ED-behandelt wurden. Da die lokalen Polizeistrukturen nicht für solche Massenfestnahmen ausgelegt sind, wurden die Betroffenen zu viert in Einzelzellen gesteckt, mit jeweils einer halben Decke und einer halben Matratze, wenn sie Glück hatten.

Auch zu Abschiebungen in Folge der Festnahmen kam es, die damit begründet wurden, dass die "ausländischen" Aktivist*innen eine „Gefahr für die finnische Gesellschaft (engl. Original: a threat for the Finnish society)“ darstellen. Die restlichen Gefangenen wurden mit Geldstrafen entlassen, die sich natürlich weigern werden, zu zahlen.

Dienstag Abend kam dann ein Polizeitrupp am Camp vorbei, warf den Tripod um und zerstörte die Barrikaden, die aber flugs wieder aufgebaut wurden. Nachdem der Mittwoch zur Auswertung und (Ein-)Sammlung unserer Genoss*innen und Kräfte genutzt wurde, gab es am Donnerstag weitere Aktionen wie Lock-Ons etc.

Verkehrsblockade von Fennovoima-Rosatoms AKW-Baustelle

NukeNews Am 22. Januar 2016 ab neun Uhr morgens blockierten Gegner*innen des AKW von Fennovoima-Rosatom den Verkehr, indem sie sich zuerst vor die Fahrzeuge stellten und dann darauf kletterten.

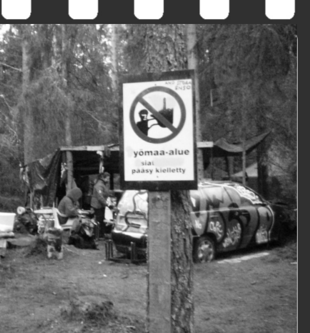
Das Schöne an der aktuellen Situation ist, dass das Baugelände selbst sehr anfällig ist. Im Moment läuft dort ein riesiger Auffüllbetrieb - und es gibt nur eine Straße, auf der die gewaltigen Laster auf das Gelände und wieder hinunter fahren können. Was passiert wohl, wenn jemand diese Straße auf irgendeine Weise unpassierbar macht? Dann fährt nichts mehr. Und genau das haben wir am 22. Januar getan. Betroffene Bürger*innen kletterten auf die Lieferfahrzeuge und brachten alles zum Stillstand. Das wollen wir noch eine zeitlang weiterführen.

https://fennovoima.no.com/en/2016/01/traffic-at-and-to-the-fennovoima-rosatoms-nuke-plant-construction-site-blocked-again/

Aktionstage in Russland: "30 Jahre Tschernobyl"

NukeNews Die Youth Russian Socio-Ecological Union (junge russische sozio-ökologische Union)/Young Friends of the Earth Russia (junge Freunde der Erde Russland), Youth Human Rights Movement (Jugend für Menschenrechte) und Ecodefense! organisieren im russischsprachigen Raum die Aktionstage "30 Jahre Tschernobyl". Auf der Website findet ihr die Erklärungen der Organisator*innen, Listen der Unterstützer*innen, verschiedene Materialien gegen Atomkraft und eine Karte der Aktionen.

https://chernobyl30.wordpress.com/english/









NukeNews-Minicamp in Mittelsachsen

NukeNews Vom 8.-12. September 2016 möchten wir euch zu einem fünftägigen Arbeitstreffen nach Döbeln, Mittelsachsen, einladen. Bei diesem Minicamp könnt ihr NukeNews-Aktivist*innen und Interessierte aus verschiedenen Regionen Europas treffen, um Fragen zur Arbeit mit dem Newsletter-System zu besprechen und Qualität und Wirkung der NukeNews zu verbessern. Schwerpunkt des Projekttreffens ist es, das NukeNews-Newslettersystem weiterzuentwickeln und einander und die Themen, die uns wichtig sind, kennenzulernen. Außerdem wollen wir zusammen Spaß haben und unsere Freundschaft und Zusammenarbeit stärken, damit unsere Arbeit in Zukunft noch erfolgreicher wird.

Wenn ihr dabei sein wollt, schreibt eine E-Mail an:

newsletter@nuclear-heritage.net

Schilddrüsenkrebs bei Kindern in der Präfektur Fukushima

NukeNews In 137 Fällen wurde bösartiger Schilddrüsenkrebs diagnostiziert oder vermutet. 23 der 25 erneut getesteten Kinder hatten bei der ersten Untersuchungsreihe noch erfahren, sie hätten keinen Schilddrüsenkrebs. Schon im Spätsommer 2015 erschienen im Rahmen der "20th Oversight Committee for the Fukushima Health Management Survey" (20. Studie des Aufsichtskomitees zur Untersuchung des Gesundheitsmanagements in Fukushima) Berichte über kindlichen Schilddrüsenkrebs in Fukushima. Diesen Berichten zufolge lag die Anzahl der Kinder, bei denen Schilddrüsenkrebs vermutet oder bösartiger Schilddrüsenkrebs diagnostiziert wurde, bei insgesamt 137. Bei 25 von ihnen wurde die Erkrankung erst in der zweiten Kontrollrunde, die 2014 begann, festgestellt oder vermutet.

http://www.foejapan.org/en/news/150904.html

Daraufhin wurde nachmittags das Camp von Riot-Cops gestürmt, die mit Gummi-Geschossen auf Menschen und Infrastruktur schossen. Die Aktivist*innen versuchten daraufhin, in den Wald zu flüchten.

Foto: Falk Beyer

LIIKKUMIS- JA OLESKELURAJOITUS
Poliisilain (872/2011) nojalla annetun asetuksen (1104/2013) mukaisesti alueella luvaton liikkuminen ja oleskelu on kielletty rangaistuksen uhalla.

BEGRÄNSNING AV RÖRELSEFRIHET OCH VISTELSE
Enligt en förordning (1104/2013) som utfärdats med stöd av polislagen (872/2011) är det förbjudet att färdas eller vistas utan tillstånd på området, för överträdelse har stadgats straff.

RESTRICTION OF ACCESS AND STAY
According to Decree (1104/2013) issued pursuant to the Police Act (872/2011), it is forbidden to access or stay in this area without authorization at risk to punishment.

Seit Fennovoima sich das Gebiet angeeignet und eine staatliche Anordnung erwirkt hat, ist das Betreten hier verboten.

Das Camp und die Infrastruktur wurden komplett zerstört, Aktivist*innen verletzt und teilweise (wieder) in Gewahrsam genommen. Auch die belgischen Genoss*innen der Küfa wurden beschossen und in Haft genommen. Die Cops versuchen ihnen jetzt anscheinend, ein brennendes Polizeiauto anzuhängen. Dazu kommen Abschiebungen weiterer Aktivist*innen, die mit einer mindestens einjährigen Verbannung aus Finnland einhergehen. Auf diese Weise versucht der Staat, unsere internationale Solidarität zu unterminieren, was ihm natürlich nicht gelingen wird.

Call for support

Der Kampf geht weiter! Nun wird unbedingt Unterstützung benötigt, um das Camp wieder aufzubauen und den Protest fortzuführen! Wer es also irgendwie möglich machen kann, sich etwas Zeit frei zu schaufeln und unsere finnischen Genoss*innen zu besuchen, sollte dies tun. Denn wann hat mensch schon mal die Möglichkeit, den Neubau eines AKW zu verhindern? Hier stehen die ja alle schon, so dass mensch nur noch für die Abschaltung und Stilllegung kämpfen kann.

Statement aus dem Protestcamp nach der Zerstörung der Infrastruktur durch die Polizei: „We don’t accept giving into repression and police violence, and the struggle against Fennovoima will continue.“










Pyhäjoki/Nordfinnland:

Mit Taser & Tränengas für das finnisch-russische AKW

fb **Seit 2015 haben Aktivist*innen aus dem Nuclear Heritage Network den Widerstand gegen ein geplantes AKW auf der Hanhikivi-Halbinsel in Nordfinnland begleitet, sich mit lokalen Initiativen vernetzt, an Projekten vor Ort teilgenommen und Informationsarbeit geleistet. Finnische Aktivist*innen hatten für Mitte April bis Anfang Mai zu einer erneuten Baustellenbesetzung des geplanten AKW-Geländes aufgerufen. Die Protestaktionen waren bunt, das Wetter kalt und nass, und die Reaktionen von Sicherheitskräften gewalttätig.**

Im Norden Finnlands, in der Gemeinde Pyhäjoki nahe der Großstadt Oulu, ist ein finnisch-russisches Jointventure dabei, den dritten AKW-Standort des Landes zu errichten. "Fennovoima" - Skandinavische Energie - ist der Name des Atomunternehmens, das vor etwa zehn Jahren auf Initiative des deutschen Atomkonzerns E.ON gegründet wurde, nachdem dieser bei mehreren Anläufen, ein eigenes Atomkraftwerk in Finnland zu errichten, an lokalem Widerstand gescheitert war. E.ON hatte ein Drittel der Anteile des Unternehmens inne, die anderen zwei Drittel hält das Konsortium "Voimaosakeyhtiö SF", das sich aus mehreren Dutzend kleineren und mittleren finnischen Unternehmen, darunter viele kommunale Firmen, zusammensetzt. Als E.ON 2012 ankündigte, aus Fennovoima auszusteigen, schien dies der letzte Nagel für den Sarg des AKW-Projekts zu sein. Auch eine größere Zahl finnischer Unternehmen gab seine Beteiligung auf; neue Investoren waren kaum zu finden.

Dann tauchte der russische Staatskonzern Rosatom, hervorgegangen aus dem Atomministerium Russlands, auf und erklärte sich bereit, Fennovoima zu retten. Am 27. März 2014 schließlich wurde die Übernahme der E.ON-Anteile durch das Rosatom-Subunternehmen "RAOS Voima Oy" bekannt gegeben. Über die Vertragsbedingungen der Übernahme wurde Stillschweigen vereinbart, die näheren Umstände, Kaufpreis und Nebenbedingungen sind daher unbekannt. Während auf die meisten international agierenden Konzerne oft recht effektiv öffentlicher Druck ausgeübt werden kann, was auch E.ON zur Projektaufgabe bewegt hatte, arbeitet Rosatom weniger profitorientiert, sondern agiert ganz offen im Sinne geostrategischer Interessen der Russischen Föderation.

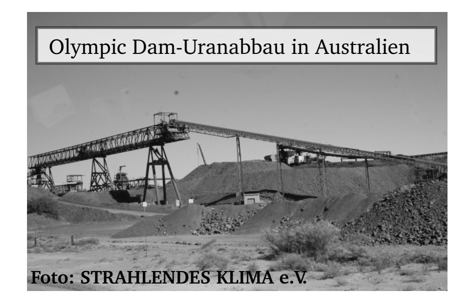
Ganz freiwillig scheint die Zustimmung zur Beteiligung Russlands an diesem angeblich finnischen Atomprojekt nicht gewesen zu sein. In breiten Teilen der finnischen Bevölkerung und Politik gibt es Vorurteile und Ängste gegenüber dem riesigen Nachbarstaat, der in der Vergangenheit, abwechselnd mit Schweden, immer wieder das Land unterjocht hatte - zuletzt im "Winterkrieg", in dem nach großen Verlusten auf finnischer Seite die russischen Truppen zurückgedrängt worden waren, aber größere Teile Kareliens im Osten Finnlands an Russland abgetreten werden mussten. Trotz der allgegenwärtigen Befindlichkeiten gegenüber dem russischen Nachbarn und trotz einer Vielzahl grundlegender Hindernisse wie der wesentlichen Veränderung des Investors, des Finanzierungskonzepts, des Reaktordesigns etc. erhielt das AKW-Projekt nach der russischen Übernahme die nötigen Zustimmungen. - Und zwar, nachdem in einem Muskelspiel zuerst angekündigt wurde dem finnischen Atomkonzern Fortum die Kontrolle über seine russischen Investitionen zu entziehen, sollten die Genehmigungen nicht erteilt werden, und

Australien: Uranverkäufe nach Indien genehmigt

NukeNews Heute muss ich zu meinem Bedauern berichten, dass die australische Regierung Uranverkäufe nach Indien genehmigt hat. Dabei ignoriert sie den Rat von Experten einschließlich australischer Bürokrat*innen und Atomkraftbefürworter*innen, die dieses Abkommen als gefährlich bezeichnet haben. Das Abkommen wurde als "größtes Nichtverbreitungs-Problem unserer Zeit" beschrieben, denn Indien testet weiterhin waffenfähige Raketen und hat eindeutig die Absicht, internationales Uran zu verwenden, um nationale Vorräte für Waffen verfügbar zu machen. Auch der indische Auditor General (Rechnungsprüfer) hat sich höchst kritisch über die Sicherheit indischer Atomanlagen geäußert. Atomkraft ist niemals sicher, aber das hier ist eine ganz klare Warnung! Wir konnten das Handelsabkommen nicht stoppen, aber wir können und müssen verhindern, dass in Indien und anderswo Uranminen eröffnet werden, die die nukleare Bedrohung verschärfen.

Währenddessen in den Goldfeldern: Es gibt zwei Vorschläge für Uranabbaue, die öffentlich kommentiert werden können. Dabei geht es um Yeelirrie und den Ausbau von Wiluna. Es gibt eine Online-Aktion gegen den Uranabbau in Yeelirrie. Die Frist für Einreichungen endet am 14. Dezember. Bitte unterschreiben und verbreiten!

http://ccwa.good.do/yeelirrie/standwithyeelirrietraditionalownerssubmissiontotheepa


Olympic Dam-Uranabbau in Australien
Foto: STRAHLENDES KLIMA e.V.









Bericht: NEC2016-Konferenz: "Atomenergie - ein teures Spiel"

Olga Kališová Bei der "Nuclear Energy Conference 2016" am 5. April in Prag gab es drei Eröffnungs- und acht Hauptvorträge. Auf der Website der Konferenz sind die Präsentationen, Profile der Sprecher*innen, Fotos und Audioaufnahmen aller drei Teile in drei Sprachen verfügbar.

Die Referent*innen brachten ihre Überraschung darüber zum Ausdruck, dass es 30 Jahre nach Tschernobyl und fünf Jahre nach Fukushima immer noch nötig ist, über die ungelösten Sicherheitsprobleme zu reden. Sie betonten, dass sich die Energiewirtschaft geändert hat: Heutzutage brauchen wir flexible Elektrizitätssysteme und kleine Einheiten wie erneuerbare Energiequellen. Diese werden billiger - die Betriebskosten liegen fast bei null, und die Entsorgungskosten sind im Vergleich zu Atomkraftwerken vernachlässigbar. Es wurde erwähnt, wie wichtig es ist, die Risiken durch die Freisetzung von Radioaktivität in die Umwelt zu senken, und dass die Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken die damit verbundenen Risiken erhöht. Im Zusammenhang damit wurden schwere Bedenken gegen eine unbegrenzte Genehmigung zum Betrieb des ersten Blocks des Atomkraftwerkes Dukovany geäußert, die im März 2016 ausgestellt wurde.

Den ganzen Artikel gibt es hier:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Report:_NEC2016_Conference:_%22Nuclear_Energy_-_Expensive_Gamble%22


Foto: Jana Sequensová

nachdem von mindestens zwei russischen Regierungsvertretern einmal eher vage und einmal klarer angedeutet wurde, dass ein ablehnendes finnisches Verhalten als Aggression gewertet und gewaltsam beantwortet werden könnte. Diese mehr oder weniger offensichtliche Kriegsdrohung im Nachspiel der Krimannektion wurde durch einen prominenten finnischen Journalisten dokumentiert und öffentlich gemacht. Was auch immer davon zu halten ist, offenkundig ist, dass innerhalb der finnischen Bevölkerung und auch unter linken Aktivist*innen eine gewisse Angst vor einer erneuten Annektion finnischer Gebiete durch russisches Militär vorliegt. Dieser Aspekt ist neu für die Auseinandersetzung mit Atomkraft in Finnland und erschwert es, erfolgversprechenden Widerstand zu organisieren.


Foto: Falk Beyer

Mit Rosatoms Einstieg bei Fennovoima wurde die Zahl für den Schutz der AKW-Baustelle beauftragter kommerzieller Sicherheitsdienste erhöht - hier zu sehen auf der privaten Fennovoima-Zufahrtsstraße.

In diesem Kontext sind auch die polizeilichen Aggressionen gegen das Aktionscamp in Pyhäjoki Ende April zu betrachten. Unter dem Motto "Reclaim The Cape" - Wiederbesetzung der AKW-Baustelle ein Jahr nachdem das Protestcamp, damals noch im intakten Wald/Feuchtgebiet, gewaltsam geräumt wurde und nach nationalem sowie internationalem Recht geschützte Naturschutzgebiete einen auf juristisch fragwürdiger Basis vorgenommenen Kahlschlag erlitten, sollten die Bauarbeiten behindert oder verhindert werden. Der Sommer 2016 ist erneut ein wichtiger Meilenstein für die Genehmigungslage des Atomkraftwerks, weil zu bestimmten Stichtagen Fortschritte im Genehmigungsverfahren und Bauvorhaben zu erbringen sind, um bisherige Genehmigungen nicht zu verlieren. Das war der Hintergrund für den relativ frühen Camptermin zu einem dort noch winterlichen Zeitpunkt.

Vor dem offiziellen Campbeginn am 22. April hatte bereits eine Reihe von Aktionen zur Behinderung der Bauarbeiten, die mangels Baugenehmigung als "vorbereitende Arbeiten" deklariert werden, stattgefunden - u.a. Lock-on-Aktionen und Barrikaden auf der AKW-Baustellen-Zufahrtsstraße sowie Sabotageakte an Maschinen und Baggern, die an der Zerstörung der Hanhikivi-Halbinsel beteiligt waren. Für finnische Verhältnisse ist das eine neue Widerstandskultur, mindestens in dieser Region und in diesem Themenfeld. Erfreulicherweise stießen beispielsweise die Straßenblockaden auf positives Feedback bei Teilen der örtlichen Anwohner*innen, die sich glücklich zeigten, dass der frühmorgens beginnende Lärm durch Baumaschinen und LKW-Zubringerverkehr zur Baustelle zeitweise abgestellt wurde.

Unfähig mit diesen ungewohnten Aktionsformen umzugehen, setzte die örtliche Polizei frühzeitig unverhältnismäßige Gewalt gegen die Aktivist*innen ein: Um einen mit einem U-förmigen Fahrradschloss angeketteten Aktivisten zur Kooperation zu nötigen, wurde dieser in wehrloser Situation mit einem Taser bedroht und dann mehrfach mit verstärkten Stromstößen gequält, um seinen Willen zu brechen - ziemlich klar Folter und mit nichts zu rechtfertigen. Ein oder zwei Tage später sahen






sich zwei überforderte Polizisten einer Gruppe von etwa 16 Aktivist*innen gegenüber, die gerade mit Beton gefüllte Fässer von einem Fahrzeug auf die Straße stellten, um dort eine weitere Ankettaktion zu unternehmen. Statt diese weitere erfolgreiche Blockade in Kauf zu nehmen, Verstärkung anzufordern und mit einigen Stunden Verzögerung letztlich mit verhältnismäßigen Mitteln die Straße zu räumen, sparten sich die Polizist*innen die Zeit und setzten unverzüglich Tränengas aus unmittelbarer Nähe gegen die überraschten Menschen ein. Als einige sich zu wehren versuchen, greift einer der Beamten zur Schusswaffe.

Trotz dieser in Hinblick auf die Polizei, aber auch bezüglich der Vielzahl von Fennovoima-Rosatom angeheuerten privaten Sicherheitskräften, bedrohlichen Lage setzten sich die Aktionen fort. Regelmäßig tauchten randalierende kleinere Polizeitrupps am Campgelände auf, richteten einige Zerstörungen an, aber zogen sich sofort zurück, wenn resolut auftretende Campteilnehmer*innen erschienen und dringlich zu verschwinden forderten. Um derartige überraschende Polizeieinsätze zu verhindern, entstanden verschiedene Blockaden auf der Zufahrtsstraße zum Camp, einschließlich eines Tripods, auf dem sich Aktivist*innen anketten und somit die Räumung erschweren könnten.



Die von Fennovoima-Rosatom besetzte Halbinsel ist nur durch einen schlaglochreichen Sandweg und die neue Baustellenstraße des Unternehmens zu erreichen - alles andere ist Feuchtgebiet: schwer zu durchqueren - aber auch für die Sicherheitskräfte...

Am Tschernobyltag, dem 26. April, fand eine (für finnische Verhältnisse) "größere" Aktion zivilen Ungehorsams auf der Zufahrtsstraße zum künftigen AKW-Gelände direkt am Zaun statt: Clowns irritierten und deeskalierten die inzwischen aus Oulu angereisten Riot-Cops, so dass die anderen Teilnehmer*innen eine Sitzblockade errichten konnten. Trotz Regenwetter, kalten Windes und Temperaturen nahe dem Gefrierpunkt harrten die Menschen dort für mehrere Stunden aus - und wurden fast alle von der Polizei in Gewahrsam genommen und damit für mindestens einen Tag aus dem Verkehr gezogen. Gleichzeitig mit dieser "Massenaktion" gab es mehrere Barrikaden in anderen Bereichen der Zufahrtsstraße (nur vom Baustellenverkehr benutzt) sowie mehrere Aktionen auf dem Baustellengelände einschließlich Maschinenbesetzung und (versuchter?/erfolgreicher?) Sabotage an einzelnen Geräten.

Nachdem die Polizei mit den Sitzblockierer*innen etwa die Hälfte der Aktivist*innen weggesperrt hatte, begaben sich die nunmehr arbeitslosen Riot-Cops wieder einmal zum Camp und randalierten wahl- und konzeptlos an den Barrikaden, kippten den unbesetzten Tripod um und schmissen Betonfässer für Ankettaktionen in Wassergräben. Sonderlich zielorientiert schien dieser Polizeieinsatz nicht zu sein, denn keine einzige Barrikade wurde konsequent geräumt. Vielmehr verschwanden die Polizisten sofort wieder, als ein paar Campteilnehmer*innen auftauchten - trotz inzwischen angefahrener Verstärkung mit noch einmal mindestens genauso vielen Beamten.

Zwei Tage später gab es wieder eine

Australien: Die Kakadu-Charta: 15 Jahre gemeinsamer Werte

NukeNews Aus einer Initiative gegen geplanten Uranabbau in Jabiluka ist eine starke Plattform für eine andere, bessere Geschäftsweise in Kakadu geworden. ERA gehört jetzt mehrheitlich der Gesellschaft Rio Tinto, die sich öffentlich verpflichtet hat, in Jabiluka keinen Bergbau ohne Zustimmung der Mirarr zu betreiben. Diese entscheidende Verbesserung der Situation wird durch das Ende des drohenden Uranabbaus an anderen Orten in Kakadu gestützt, wo das frühere Projektgebiet in Koongarra in den umgebenden Kakadu-Nationalpark integriert und so dauerhaft vor Bergbauaktivitäten geschützt wurde.

http://www.sbs.com.au/news/article/2015/11/16/comment-kakadu-charter-marks-15-years-shared-values

Vortragsangebot Atomgefahren im Ostseeraum

*Aktivist*innen aus dem Projekt ATOMIC BALTIC freuen sich über Einladungen in eure Region, um über die radioaktiven Gefahren im Ostseeraum zu informieren - mehr als 60 Atomanlagen, die Menschen und Umwelt in diesem besonderen Ökosystem und den daran angrenzenden Regionen bedrohen. Die Präsentation erfordert einen Beamer und Leinwand.*

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich.

Kontakt:
atomicbaltic@nuclear-heritage.net








Australien: Karlamilyi Walk im Juni

NukeNews Die Stammesältesten der Martu laden Interessierte ein, sich an einer achttägigen Wanderung im Karlamilyi-Nationalpark zu beteiligen, mit der sie gegen das geplante Uranbergwerk in Kintyre protestieren. "Kommt mit uns (den Martu). Mit unserer Wanderung wollen wir den Uranabbau auf unserem Land stoppen. Wir wandern durch Karlamilyi, nicht weit, über den Karlamilyi-Fluss. Wir wandern durch Lullapakujarra bis Punumullara und dann nach Puljcatja - dem großen Wasser, bis zu den Desert Queen Baths und dann nach Kintyre."

Anmeldungen für den Karlamilyi Walk in Pilbara im Juni 2016 sind ab jetzt möglich. Haltet euch auf dem Laufenden und beeilt euch - die Plätze sind begrenzt.

https://walkingforcountry.com/karlamalyi-walk/

Australien: Wüstenregen sollte Leben bringen, keine Verseuchung

NukeNews Toro Energy will die Region Ost Murchison (Australien) in ein Uranabbaugebiet samt Deponie für Atommüll verwandeln. Dabei sollen bis zu sieben Urangruben entstehen, die sich auf ein Gebiet über 200 km sowie zwei Seensysteme erstrecken würden. Die Firma plant, Uranerz mit LKWs von den Bergwerksgruben in eine zentrale Verarbeitungsanlage zu transportieren, wobei sich die Absatzbecken mit radioaktivem Tailings am Rande von Lake Way befinden würden.

Sende als Reaktion auf Toro Energy's Pläne in Bezug auf die Wiluna-Uranmine eine Einwendung an die Behörde EPA:

https://ccwa.good.do/wiluna/stopthenuclearindustrialisationoftheeastmurchison/

Lock-on-Aktion auf der Zufahrtsstraße von teils inzwischen aus dem Gewahrsam wieder entlassenen Aktivist*innen, die sich in Rohren aneinandergekettet auf die Privatzufahrt gelegt hatten. Recht schnell verließ die Polizei die Motivation die Menschen vorsichtig zu behandeln, sondern setzte wieder einige Brutalität ein, um das Prozedere zu beschleunigen. Zumindest ein Teil der Aktivist*innen wurde in Gewahrsam genommen, eine Person wurde so erheblich verletzt, dass sie mehrere Tage im Krankenhaus lag - mit Nasenbruch und zweifachem Handbruch, wie von Freunden berichtet wurde. Am Nachmittag desselben Tages erschien etwa eine halbe Hundertschaft Spezialkräfte der Polizei am Camp, schoss unmittelbar mit Gummigeschossen auf Campbewohner*innen, die zunächst mit der Polizei zu kommunizieren versuchten und sich dann unter Gegenwehr nach und nach in den Wald zurückzogen. Nachdem die Polizei das Camp besetzt hatte, schossen sie als nächstes mit ihren Projektilen auf die noch anwesenden Menschen des Küchenkollektivs und zerstörten dann einen Großteil der Campinfrastruktur. Später würden Bilder des zerstörten und gewaltsam geräumten Camps von AKW-Befürworter*innen gezielt in Umlauf gebracht werden, um zu behaupten "die Umweltschützer*innen" hätten den Wald verwahrlost...

Nachdem das Aktionscamp zerstört wurde, begaben sich die Riot-Cops zum Basiscamp, das näher am Ortsrand von Pyhäjoki lag und seit Monaten der Ausgangsort von Protesten war. Auch hier wurden die Bewohner*innen mit Gewalt vertrieben und nahezu die ganze Infrastruktur zerstört. Beide Camps waren mit Genehmigung der Landeigentümer*innen errichtet worden, es gab keine Rechtsgrundlage für eine Räumung oder gar Zerstörung von Zelten, Einrichtungsgegenständen oder persönlichen Utensilien von Bewohner*innen. Stattdessen wurde mit einem unspezifizierten Verweis auf das Polizeirecht die "Evakuierung" angeordnet und mit gewaltsamer Durchsetzung sowie Verhaftung bei Zuwiderhandeln gedroht. Etwa ein Dutzend internationale Aktivist*innen wurde nach Ingewahrsamnahmen bei Sitzblockaden und ähnlichem weiter festgehalten und jetzt mit an den Haaren herbeigezogenen und unbelegbaren Vorwürfen schwerer Straftaten konfrontiert. - Sie sollen abgeschoben werden und zum Teil mehrjährige Einreiseverbote nach Finnland erhalten. Mindestens ein Teil von ihnen wurde als "Gefahr für die finnische Gesellschaft" bezeichnet. Auf diese Weise sollen wohl die von unterschiedlichen Aktionserfahrungen aus diversen Ländern der Welt profitierenden Proteste isoliert und der Widerstand gegen das AKW-Projekt in Pyhäjoki geschwächt werden.


Foto: Falk Beyer

Zugang zur Hanhikivi-Halbinsel: Baustellenzaun, gesichertes Tor und Parkplatz der staatlichen und privaten Sicherheitskräfte an der Zufahrt der Fennovoima-Baustellenstraße zum AKW-Gelände

Inzwischen wurde ein drittes Camp errichtet, um dem Widerstand in Pyhäjoki eine neue Basis zu geben. Aber einige Aktivist*innen wurden zum Zeitpunkt des Layouts dieses Heftes noch immer nicht frei gelassen. Und außerdem ist jetzt vieles schwieriger. Die lokale Bevölkerung wurde durch die Polizeieinsätze in Kombination



mit der Hetze in einigen Massenmedien stark verunsichert. Noch während des Aktionscamps zogen einige Biounternehmen ihre Unterstützung für den Protest öffentlich zurück, mehrere von Anwohner*innen bereitgestellte Ferienhäuschen, derer es auf der Halbinsel in Hunderten gibt, mussten wieder verlassen werden, was u.a. die Pressegruppe des Camps, die dort mit Stromversorgung und Heizung ausgerüstet war, in einige Bedrängnis gebracht hat.


Foto: Falk Beyer

Ferienhäuschen am Strand am Rande des neuen Baustellengeländes - in Besitz genommen vom Sicherheitsdienst des geplanten AKW. Versteckt im Schilf wird die Annäherung von Aktivist*innen beobachtet.

Jede Art von Solidarität ist jetzt wichtig! - Direkte Aktionen vor finnischen Botschaften und beteiligten Unternehmen, Solidaritätserklärungen, Berichterstattung in allen möglichen Medien...

Mehr Informationen gibt es in englischer Sprache auf der Internetseite des Nuclear Heritage Networks:

nuclear-heritage.net

Einladung in den Prozess der 2017er Aktionen gegen das rheinische Braunkohlerevier

Seit der Bewegungskonferenz im November 2015 ist klar: Im Sommer 2017 wird die Klimabewegung ins Rheinland mobilisieren, um dort für die bis dato massivsten direkten Aktionen gegen klimazerstörende Infrastruktur zusammenzukommen.

Hierfür soll es ein Flächenkonzept, angelehnt an die Castorblockaden, geben. Geprägt wird der Prozess bisher von den Massenblockaden des Ende Gelände-Bündnisses, an denen sich bereits zwei Mal tausende Menschen beteiligt haben.

Wir wollen in den kommenden Monaten einen libertären Akteur für das Flächenkonzept an den Start bringen. Wir, das sind Einzelpersonen die seit längerer Zeit im Kohlewiderstand in Rheinland und Lausitz aktiv sind, unter anderem im Hambacher Forst und bei LAUtonomia. In den nächsten Monaten wollen wir als Gruppe einen Bündnisprozess anstoßen, um gemeinsam mit anderen Gruppen, die ihren Schwerpunkt auf Herrschaftskritik setzen, für das Flächenkonzept zu planen.

Neben Ende Gelände, das vor allem niedrigschwellige, breit anschlussfähige Aktionen organisiert, braucht es aus unserer Sicht einen weiteren Akteur, der ergänzend dazu den Fokus auf autonome Organisierung und effizientere Aktionen setzt. Wenn ihr euch als Gruppe oder Einzelperson an diesem Prozess beteiligen wollt, schreibt uns eine Mail – erste Treffen wird es in den nächsten Monaten geben:

direkteaktion2017@riseup.net

Aktive der Klimabewegung

Irati Wanti - "Atommüll - nicht mit uns"

NukeNews Eine Gruppe von Politiker*innen und Geschäftsleuten arbeitet an einem Plan, ein internationales Lager für hochradioaktiven Atommüll in Südaustralien einzurichten. Viele Einwohner*innen von Südaustralien und eine überwältigende Mehrheit der Aborigines sprechen sich entschieden gegen diesen Plan aus.

Die Australian Nuclear Free Alliance (Australische Allianz gegen Atomkraft), die Aborigines aus ganz Australien vertritt, fordert die Atommächte auf, KEINEN Atommüll in Australien zu lagern. Die Atomindustrie hat schon in der Vergangenheit Aborigines enteignet und die Umwelt verschmutzt - sei es bei Atombombentests, Uranabbau oder vorgeschlagenen Atommülllagern.

Wir rufen die Atommächte auf, KEINEN Atommüll in Australien zu lagern. Unterstützt von der Australian Nuclear Free Alliance bei ihrer Jahresversammlung 2015 auf Nukunu-Land, Südaustralien. Unterstützt mit eurer Gruppe ebenfalls die internationale Erklärung:

http://www.anfa.org.au/sign-the-declaration/



Thematisches Weltsozialforum gegen Atomkraft

NukeNews Vom 23. bis 28. März fand in Tokio das erste thematische Weltsozialforum (WSF) gegen Atomkraft statt. Die Idee entstand beim WSF 2015 in Tunis. Teilnehmer*innen aus über zehn Ländern auf drei Kontinenten riefen zur Schaffung eines weltweiten Netzwerkes zum Austausch, zur gegenseitigen Unterstützung und für koordinierte Aktionen gegen die zivile und militärische Nutzung von Atomkraft auf. Sie vereinbarten ein weiteres thematisches Weltsozialforum gegen Atomkraft in Kanada, das vom 8. bis 14. August während des WSF von Montreal in Quebec stattfinden soll. Ein drittes WSF zu diesem Thema soll im April 2017 zum Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl in Europa stattfinden.

Unterstützt den Aufruf für ein globales Netzwerk für eine Welt ohne Atomkraft:

https://fsm2016.org/en/appel-de-tokyo-pour-un-reseau-mondial-vers-un-monde-sans-nucleaire/

UK: Offener Brief an den Bürgermeister von Copeland in West Cumbria

NukeNews Unter den BürgerInnen herrscht verständlicherweise Unmut angesichts des möglichen Zwangsverkaufs ihrer Häuser, durch den Platz für die Errichtung temporärer Unterkünfte für Tausende Mitarbeiter von Atomanlagen geschaffen werden soll. Die These der "Bevölkerungsvermischung" dient der Atomindustrie als Begründung für das Auftreten von Erkrankungen aufgrund radioaktiver Strahlung, wie beispielsweise Leukämiefälle bei Kindern.

https://mariannewildart.wordpress.com/2016/04/09/nugen-and-population-mixing/

Bolivien auf dem Weg

Gota del Mar Bolivien, dieses kleine Land im Herzen Südamerikas, das zwar etwa die dreifache Flächenausdehnung im Vergleich zu Deutschland, aber nur etwa 10 Millionen Einwohner hat, wird zur Zeit zur Einfallsschneise für die russischen Interessen auf dem Kontinent. Abgesehen von seiner geopolitisch strategischen Lage verfügt es über große Rohstoffvorkommen, vor allem auch an Gas und Öl, z.B. wurden Verträge mit der russischen Gasfirma Gazprom abgeschlossen. Zudem gewährt Russland großzügige Kredite für den Ankauf von russischen Rüstungsgütern und Flugzeugen. Russlands Atompolitik in Bolivien ist nicht von diesen geopolitischen Initiativen zu trennen.

Im März wurden zwei Vereinbarungen zum Aufbau der Atomindustrie zwischen Bolivien und Russland abgeschlossen. Es handelt sich um ein allgemeines Abkommen zur „Kooperation auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Atomenergie“ und ein weiteres zur „Kooperation beim Bau des Zentrums für Forschung und Entwicklung in Nuklear-Technologie auf dem Territorium des plurinationalen Staates Bolivien“, das sich spezifisch auf den Bau des Atomforschungszentrums in der Stadt El Alto bezieht.

Chronologie

6. März: Die russische und die bolivianische Regierung unterschreiben die beiden Abkommen in der Stadt El Alto, in der auch in einem der am dichtesten besiedelten Teile der Stadt und dazu über einem Grundwasservorkommen in der Nähe der Trinkwasserbrunnen das erste Atomforschungszentrum errichtet werden soll. Wir wissen nicht, ob und wo ein weiteres Forschungszentrum geplant ist, doch der Plural im Abkommen lässt aufhorchen.

9. März: Die Abkommen werden der Generalversammlung (Asamblea General) zugeleitet, danach an den Ausschuss für Internationale Politik der Abgeordnetenkammer (Cámara de Diputados).









ins Atomzeitalter

10. März: Bericht des Ausschusses und Weiterleitung ans Plenum. Schaffung der Behörde für Nuklearenergie (Agencia Boliviana de Energía Nuclear ABEN) per Regierungsdekret.

15. März: Ratifizierung der Abkommen durch die Abgeordnetenkammer (nach kurzfristiger Änderung der Tagesordnung, die diesen Punkt nicht vorsah).

16. März: Weiterleitung der Abkommen an den Ausschuss für Verfassung, Menschenrechte und Wahlsystem (Comisión de Constitución, Derechos Humanos, Legislación y Sistema Electoral) des Senats (Cámara de Senadores, Laenderkammer) und Zustimmung dieses Gremiums zu den Abkommen.

17. März: Ratifizierung der Abkommen durch den Senat.

28. März: Die Generalversammlung verabschiedet zwei Gesetze, durch die die beiden Vereinbarungen offiziell in Kraft treten. Die Gesetze werden auf direktem Wege verabschiedet, obwohl die Opposition Widerspruch erhebt.

Es wurde nur ein winziger Schritt „vergessen“. Die bolivianische Verfassung sieht obligatorisch vor, dass alle internationalen Abkommen vor ihrer Ratifizierung durch Abgeordnetenkammer und Senat dem Verfassungsgericht (Tribunal Constitucional) zu ihrer verfassungsrechtlichen Prüfung vorgelegt werden müssen, und zwar innerhalb eines Zeitraums von 20 Tagen nach ihrer Zuleitung an die Generalversammlung. Diese Aufgabe kommt dem Präsidenten der Generalversammlung (aktuell Vizepräsident García Linera) oder einem der Präsidenten der beiden Kammern zu.

Dieses Versäumnis hatte weitreichende Konsequenzen: die Opposition konnte ihre Bedenken bezüglich der Abkommen und ihrer verfassungsrechtlichen Konformität nicht äußern und die Bürger wurden davon abgehalten, ein Referendum (Volksabstimmung) über die beiden Abkommen zu fordern. Es sind inzwischen zwei Verfassungsklagen, hier spricht man von PETITION, vor dem Verfassungsgericht in Vorbereitung: eine Petition von einer Gruppe von Parlamentariern der politischen Opposition, die andere von der Bürgerbewegung.

Inhalt der Abkommen, speziell des Allgemeinen Abkommens

Die bolivianische Regierung versteht es gut, ihre wahren Absichten und die wirkliche Reichweite der Abkommen zu verschleiern. So wird an keiner Stelle der Bau von Atomkraftwerken direkt erwähnt, obwohl fünf Atomkraftwerke im Land geplant sind, wie aus vorherigen Verlautbarungen der Regierung aus dem Jahr 2015 hervorgeht. Ein bolivianischer Physiker vergleicht diese Abkommen mit dem Kauf von russischen Puppen (Matrjoschkas). Die äußere Puppe, sozusagen die Vorzeige- oder Propagandapuppe, repräsentiert das geplante Forschungszentrum, das der Gesundheit (Zyklotron), der Lebensmittelsicherheit (radioaktive Bestrahlung von Lebensmitteln und medizinischem Gerät) und der Forschung (Herstellung von Isotopen für Medizin, Industrie, Wissenschaft und anderes) dienen soll. Zudem wird in diesem Zentrum auch das bolivianische Personal ausgebildet. Es heißt nun offiziell Zentrum für Forschung und Entwicklung in Nuklear-Technologie (Centro de Investigación y Desarrollo en Tecnología Nuclear), geplant auf 4.000 Metern Höhe mit einer Fläche von 15 Hektar in El Alto. Die Kosten belaufen sich auf 300.000 Dollar, die Bauzeit soll 4 Jahre betragen.

Tschechien: Das problematische Atomkraftwerk Dukovany

Olga Kališová Obwohl der Bericht "Four years after Fukushima: Are Nuclear Power Plants Safer?" (Vier Jahre nach Fukushima: Sind Atomkraftwerke sicherer?) von Oda Becker und Patricia Lorenz vom September empfiehlt, "das AKW Dukovany sofort zu schließen", und sich eindeutig gegen eine Verlängerung der Kraftwerklebenszeit (PLEX, Plant Life Extension) ausspricht, geschieht in der Tschechischen Republik genau das Gegenteil. Manche Politiker*innen, der Verband Energetické Třebíčsko (ET) und die Vorsitzenden der Regionsräte in der Südmährischen sowie der Vysočina-Region unterstützen CEZs Bemühungen, den Betrieb aller vorhandenen Blöcke in Dukovany zu verlängern. Gleichzeitig versuchen die gleichen Politiker*innen, die Novellen zum Baugesetz und zum Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge zu ändern, um das Bauverfahren für einen neuen fünften Block im AKW Dukovany zu beschleunigen. Tatsächlich soll ergänzend auch noch ein Dukovany II entstehen. Damit hätte im Herbst 2015 eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nicht nur für einen, sondern für zwei neue Blöcke in Dukovany beantragt werden müssen.







Während der Phase der "Sozialisierung" der Abkommen - vor deren Unterzeichnung - wurde vor allem die medizinische Bedeutung dieses Forschungszentrums hervorgehoben, nämlich die Installation eines Zyklotrons für die Früherkennung von Krebs. Dieser Bestandteil des Zentrums wird in den Abkommen nicht mehr erwähnt. Geblieben sind die Lebensmittelbestrahlung und der Forschungsreaktor. Allerdings hatte der Reaktor vor der Unterschrift der Abkommen nur eine Kapazität von 30 KW, in den Abkommen ist seine Kapazität wunderbarerweise auf das 5fache, nämlich 200 KW angestiegen.

Das Fatale ist: öffnet man die erste Puppe, so muss man alle weiteren ebenfalls öffnen und was sich da alles verbirgt.... Zunächst die Exploration und Ausbeutung der bolivianischen Uranvorkommen, dann die Bindung an die russische Technologie im Verlauf des gesamten Projektes, also 30 Jahre und mehr. Innen verbergen sich ganz gut versteckt die Atomkraftwerke. Als letztes werden "weitere Kooperationsbereiche" genannt, die unter Ausschluss der Abgeordneten beschlossen werden können.

Russland sichert sich über lange Zeit das absolute Monopol der Übermittlung des Know-Hows und den Verkauf seiner Technologie. Und vergibt die dafür erforderlichen Kredite, so dass die finanzielle Abhängigkeit wahrscheinlich noch länger andauert.

Wenn man das Abkommen aufmerksam liest, wird man auch die Prioritäten erkennen, die sich in der Abfolge der Bereiche der Zusammenarbeit spiegelt. Als erstes wird die Entwicklung der Infrastruktur für die Atomenergie genannt; im Klartext sind das wohl die AKW, die an keiner Stelle des Abkommens explizit erwähnt werden. An zweiter Stelle erscheint der Bau von Forschungsreaktoren (Plural!), während die Herstellung von Radioisotopen erst an achter Stelle Erwähnung findet. Dafür stehen an dritter Stelle die Exploration und Ausbeutung der Uranvorkommen und an vierter Stelle die Dienstleistungen im Bereich des Brennstoffzyklus.

Nicht nur die Einführung der Atomenergie in Bolivien ist ein großer Fehler - das Land ist reich an fossilen Brennstoffen wie Gas und Öl. Vor allem bieten die hohe Sonneneinstrahlung speziell in den Höhenlagen und gute Voraussetzungen für die Nutzung von Wind- und Wasserkraft ein großes Potenzial für die erneuerbaren Energiequellen. Außerdem ist die Unfallgefahr sehr hoch, da Bolivien stark erdbebengefährdet ist! Aktuelle Studien prognostizieren Erdbeben bis zu einer Stärke von 8,9 auf der Richterskala (in Fukushima 9,0).

Auch die Wahl Russlands als Partner ist strategisch zumindest unklug. Es bedingt die jahrzehntelange Abhängigkeit von einer ausländischen Großmacht. Dies trägt nicht zu der ständig von Evo Morales beschworenen Souveränität des Landes bei.

Es hat sich eine Bürgerbewegung gegen den Ausbau der Atomtechnik in Bolivien gebildet, in den bisher hauptsächlich betroffenen Städten La Paz und El Alto, aber auch in anderen Städten Boliviens. Die Bürgerbewegung ist vor allem juristisch recht gut aufgestellt. Zur Zeit werden Unterschriften gegen die beiden Abkommen gesammelt, um eine Verfassungsklage starten zu können. Leider hat diese Bewegung bisher keine Breitenwirkung und auch die Kontakte der Gruppen untereinander müssten intensiviert werden.









Neuigkeiten aus Großbritannien

NukeNews In Großbritannien hat sich im letzten halben Jahr vieles getan. Ein Aktivist und eine Aktivistin aus Großbritannien, die wegen Trident vor Gericht standen, erreichten einen Freispruch, weil die Staatsanwaltschaft keine Straftat feststellen konnte, die sie begangen hätten! Das Gericht stellte fest, die beiden hätten nicht - wie ihnen vorgeworfen wurde - schweren Hausfriedensbruch begangen, weil das Land, auf dem sie sich befanden, nicht als "Land" gemäß der Definition der Anklage galt. Die Verhandlung fand Anfang September statt, wir haben aber die Deadline der letzten NukeNews verpasst! Es wird sicher interessant, wie das Verteidigungsministerium mit dem nächsten Protest in der Marinebasis Devonport in Plymouth umgeht und was es dann für Anklagen hervorzaubert ...

Im Oktober 2015 kochten die Gefühle gegen Hinkley hoch. Anfang des Monats besuchte Molly Scott-Cato, Europaabgeordnete der Green Party für den Südwesten, Hinkley. Der Vizepräsident der französischen Nationalversammlung schloss sich ihr an. Er kam, um Großbritannien zu berichten, warum die französische Bevölkerung keine EPRs will.

Außerdem besuchte der chinesische Diktator Xi Jinping Großbritannien. Er unterschrieb eine Absichtserklärung, China werde in Hinkley investieren und erwarte dafür, in Bradwell einen eigenen Reaktor-Prototyp chinesischer Konstruktion bauen und betreiben zu können. Dies führte zu heftigen Gegenreaktionen nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei hochrangigen Mitgliedern des Militärs und des Geheimdienstes.

Allerdings änderte es nichts an dem widerlichen Getue um die chinesischen Unterdrücker, die von der königlichen Familie und führenden Tories wie Kanzler George Osborne kulinarisch verwöhnt wurden.

Als Reaktion darauf besetzten Aktivist*innen in Somerset EDFs neu gebauten Kreisverkehr bei Hinkley mit einem großen weißen Elefanten und einer Botschaft in Mandarin, in der China aufgefordert wurde, nicht in Atomkraft zu investieren. Bei den Protesten wurde unter #OsbornesNRGfolly zu einer Debatte über die britische Energiepolitik aufgerufen.



Foto: South West Against Nuclear

Aktion gegen chinesische Investitionen in Hinkley

EDF verzichtete schließlich darauf, den Platz räumen zu lassen und den Protest zu stoppen. Dem Unternehmen wurde wohl klar, dass das angesichts von Chinas Menschenrechtsbilanz nicht besonders gut ausgesehen hätte. Die Greater Manchester Police zeigte sich weniger skrupellos und befolgte in Manchester bereitwillig die Anweisungen der Roten Armee: Sie nahm Aktivist*innen gegen Atomkraft wegen ihrer bloßen Anwesenheit fest, bevor sie gegen Mr. Xis Besuch protestieren konnten.

Anti-Atom-Infodienst

Kontakt: news@NukeNews.nuclear-heritage.net
Deadlines: 17. Juli 2016, 9. Oktober 2016
Internet: http://NukeNews.Nuclear-Heritage.NET

*Aus dem Nuclear Heritage Network gibt es seit vier Jahren ein mehrsprachiges Infotool für Anti-Atom-Aktivist*innen und sonstige Interessierte. Unter dem Namen "NukeNews" erscheint alle drei Monate ein Newsletter, der in derzeit acht Sprachen (deutsch, englisch, französisch, kroatisch, polnisch, russisch, slowenisch und tschechisch) per E-Mail verschickt und im Internet veröffentlicht wird.*

*Die NukeNews spiegeln die Aktivitäten, Themen und Kämpfe der Aktivist*innen aus dem Netzwerk wider. Die Texte werden von Menschen vor Ort geschrieben und übersetzt.*

Ihr könnt die NukeNews online in der euch liebsten Sprachversion abonnieren. Eure Unterstützung in Form von kurzen Beiträgen oder bei der Übersetzung ist sehr willkommen. Artikel sollen kurz & knapp und in englischer Sprache verfasst sein. Sie müssen eine aussagekräftige Überschrift enthalten und können per Link auf Hintergrundinformationen verweisen.

Eure Beiträge zu den nächsten Ausgaben der NukeNews könnt ihr per E-Mail noch bis zum 17.7. bzw. 9.10. schicken.









Rechtspopulist Strohm verliert Klage gegen kritischen Film

jb Erst war es nur ein kleiner Film, um rechtspopulistische und verschwörungsgläubige Inhalte im Film „Friedlich in die Katastrophe“ öffentlich zu machen. Originalszenen mit entsprechenden Kommentierungen sollten verhindern, dass ökologisch interessierte Menschen, die vielleicht das Buch gleichen Titels oder den Auftraggeber schon kannten, den Film unkritisch schauen und die Untertöne nicht bemerken würden. Der warnende Zusammenschnitt entstand im Filmstudio der Saasener Projektwerkstatt und fand sich dann öffentlich zugänglich unter anderem auf Youtube. Doch das war dem Filmemacher Marcin El und dem Autor Holger Strohm schon zu viel. Sie versuchten die Löschung auf Youtube – vergebens. Dann klagte Strohm vor dem Landgericht Hamburg – und verlor. Der angegriffene Film und inzwischen auch eine längere Fassung, die Strohm als typischen Hetzer z.B. gegen Juden, Israel und die USA sowie als Gläubigen an fast alle gängigen Verschwörungstheorien zeigt, sind damit dauerhaft im Internet zugänglich.

Der Weg nach ganz rechts

Die Auseinandersetzung um den kurzen Film mit kommentierten Ausschnitten aus Strohms Werk „Friedlich in die Katastrophe“ basierte vor allem auf urheberrechtlichen Fragen. Insbesondere für solche Themen und damit für den investigativen und Recherchejournalismus insgesamt beantwortete das Landgericht Hamburg im Urteil vom 25.2.2016 *(Az.: 310 O 354/14)* wichtige Fragen. Es lehnte Strohms Klage gegen den Filmemacher und Buchautor Jörg Bergstedt vollständig ab: *„Dem Kläger steht gegen den Beklagten kein Anspruch auf Unterlassung, Auskunft oder Schadensersatz betreffend das öffentliche Zugänglichmachen des Verletzungsmusters zu.“* Mit Verletzungsmuster war der kritische Film über „Friedlich in die Katastrophe“ gemeint. Der belegte die Kritik damit, dass die problematischen Passagen original eingebaut wurden. Da es vor allem um diese kritischen Passagen ging, bestand der Film über den Film vor allem aus solchen Ausschnitten. Das aber, so das Landgericht, sei zulässig, wenn es dem Zweck des Belegs, also dem klassischen Sinn eines Zitats





entspricht: *„Eventuelle Eingriffe in Filmherstellerrechte sind nämlich gem. § 94 Abs. 4 i.V.m. § 51 UrhG durch das Zitatrecht des Beklagten gerechtfertigt. Die Regelung des § 51 UrhG ist gem. § 94 Abs. 4 UrhG auch bei Eingriffen in Filmherstellerrechte anzuwenden. Nach § 51 UrhG ist (u.a.) die öffentliche Wiedergabe (§§ 19 ff. UrhG) eines Klagemusters zulässig, sofern die Nutzung zum Zwecke des Zitats erfolgt und in ihrem Umfang durch diesen besonderen Zweck gerechtfertigt ist.“* Genau das sah das Gericht als gegeben an: *„Vorliegend sind Teile des Klagemusters nicht um ihrer selbst willen öffentlich zugänglich gemacht worden. Der Beklagte stellte vielmehr eine innere Verbindung mit eigenen Gedanken und Aussagen her, um Kritik an den Aussagen und der „Machart" des Klagemusters zu äußern und zu belegen. Durch das Verletzungsmuster will der Beklagte nämlich zeigen, dass (nach seiner Ansicht)*

- sich das Klagemuster verschwörungstheoretischer und sonstig vereinfachter Welterklärungen bediene,

- quellenfreie Behauptungen im Klagemuster enthalten seien, die z.B. als böse bezeichnete Regierungen oder Nationen mit Ereignissen wie Atomkatastrophen in Verbindung bringen,

- und mehrfach Relativierungen von Naziverbrechen erfolgt seien (durch Vergleich dieser mit den Gefahren der Atomkraft) bzw. der Kläger rechtspopulistische Positionen eingenommen habe.

Durch Wiedergabe von Bild- und Tonausschnitten des Klagemusters bezweckt der Beklagte, diese Kritik am Klagemuster zu belegen. Auch wenn der Beklagte umfangreich Teile des Klagemusters nutzt, ist die Nutzung gemäß § 51 UrhG in ihrem Umfang noch durch den Zitatzweck gerechtfertigt.“

Für Medienschaffende dürften die Ausführungen zum Umfang des Zitierens interessant sein: *„Ein Zitat ist in dem Umfang zulässig, der für den Zitatzweck erforderlich ist (Dustmann in: Fromm/Nordemann, UrhG, 11. Auflage, § 51 Rn. 18). Die Grenzen des Zulässigen sind durch eine Abwägung aller Umstände des Einzelfalles, insbesondere des Zitatzwecks, der Besonderheiten und des Umfangs des zitierten und zitierenden Werkes zu bestimmen (vgl. zu § 51 S. 2 Nr. 2 UrhG: BGH, GRUR 1986, 59 - Geistchristentum). Aus dem Wesen des zitierten Werkes und den Erfordernissen des Zitatzwecks kann sich ergeben, dass sich auch längere Wiedergaben, die einen wesentlichen Teil des zitierten Werkes ausmachen, noch im Rahmen der Zitierfreiheit halten (vgl. BGH, GRUR 1986, 59 - Geistchristentum; BGHZ 28, 238 - Verkehrskinderlied). Es ist nicht darauf abzustellen, ob das Zitat "zwingend erforderlich" ist. Es genügt vielmehr, dass es sich bei dem (Gesamt-)Zitat nach der Natur der Dinge und nach Maßgabe aller Umstände unter Berücksichtigung der Üblichkeit um eine vernünftige, sachgerechte Wahrnehmung des Zitatzwecks handelt (vgl. Spindler in Schricker/Loewenheim, UrhR, 4. Auflage, § 51 Rn. 19). ... Dass der Beklagte die Bildspur des Klagemusters in dem Verletzungsmuster zeigt, ist zum Beleg seiner Aussagen zwar nicht zwingend erforderlich. Auch hätte der Beklagte nicht zwingend die Tonspur als Originalton verwenden müssen, sondern zum Beispiel eine Tafel mit dem Text des Klagemusters anzeigen können. Auf die zwingende Erforderlichkeit kommt es aber im Rahmen von § 51 UrhG nicht an. Insoweit ist dem Zitierenden, hier dem Beklagten, zur Ausübung seiner künstlerischen Freiheit und Meinungsfreiheit ein jedenfalls nicht zu enger Gestaltungsspielraum zuzubilligen.“*

Strohm ganz nach rechts

Seit Veröffentlichung des Films „Friedlich in die Katastrophe“ sind einige Jahre vergangen. Gegenüber den damaligen Andeutungen hat sich Holger Strohm stark nach rechts orientiert. Heute gehört er zu den beliebtesten Gästen bei radikalen Rechtspopulisten und Verschwörungsgläubigen. Und er haut alles raus, was dort gefragt ist: Hetze gegen Flüchtlinge, platte Hinweise auf jüdische Weltverschwörungen, alle Formen des Anti-Amerikanismus und die gesammelten Mythen über den Zustand der BRD. Der von ihm erfolglos angegriffene Filmemacher Jörg Bergstedt hat einen neuen Film über Strohm gemacht und dabei umfangreiches Material ausgewertet. Der Streifen „Empörung und Verschwörung“ *(auf Youtube und www.projektwerkstatt.de/filme einzusehen)* bietet beste Anschauung, wie aus Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit krasse Gut-Böse-Schemata entstehen können.

Reaktionen von rechts

Die Niederlage vor Gericht wird von Rechtspopulisten und Verschwörungsgläubigen als weiterer Beweis für ihre Verschwörungsphantasien und die vermeintlich allgegenwärtige Zensur gewertet. Zudem denunziert z.B. der in diesen Szenen mitprägende Parteiengründer Christoph Hörstel den beklagten Filmemacher als Verfassungsschutzagenten. Doch tatsächlich zeigen sie sich selbst als Menschen, die Kritik nicht abkönnen … und zensieren. Denn ein richtigstellender Eintrag des so denunzierten Filmemachers wurde aus den Kommentarspalten von Hörstels Seite einfach gelöscht. Dessen Seite wirkt nun so, als hätte es nur Zustimmung zu seiner Denunziation gegeben. So geht vereinfachtes Denken: Mensch wähnt sich im Besitz der Wahrheit. Und denunziert alle anderen als von bösen Mächten gesteuert. Mensch selbst sei auf der Seite der Guten, unterdrückt und zensiert jedoch. Zweifel an diesen simplen Welterklärungen sind nicht zulässig. Es sind die Verschwörungsgläubigen selbst, die vor Gericht ziehen, um Kritik an ihnen verbieten zu lassen. Und wer sie kritisiert, wird von ihnen zensiert. Sprich: Sie sind genau diejenigen, die sie in ihren Gegner_innen sehen.

Kritische Seite zu sogenannten Verschwörungstheorien:

http://www.kopfentlastung.de.vu



Atompolitik in Slowenien

Nuclear Heritage Die Hinterlassenschaften der Atomkraft des ehemaligen Jugoslawien, sowohl militärischer als auch sogenannter "friedlicher" Nutzung, um Strom zu produzieren, wurden in den letzten Jahren klarer und besser dokumentiert, nachdem wichtige Archive geöffnet wurden und die involvierten Personen begannen, offen zu reden. Das entstehende Bild der historischen Entwicklung ist alles, nur nicht positiv.

Historischer Überblick

In den späten 1940ern befahl der jugoslawische Präsident Josip Broz Tito die Einrichtung des Atomprogramms, wahrscheinlich sah er die Entwicklung von Atomenergie als einen Schlüssel für weitere wirtschaftliche Entwicklung an. Jugoslawiens frühe Forschung profitierte enorm von der Zusammenarbeit mit Norwegen, besonders bei der Wiederaufbereitung, und zu einem geringeren Grad auch von der Sowjetunion. Konkurrierend mit dem zivilen Forschungsprogramm initiierte Tito ein Atomwaffenprogramm. Sicherheitsbedenken und der Wunsch nach internationaler Anerkennung spielten dabei wahrscheinlich auch eine Rolle bei der Entscheidung, atomare Abschreckung aufzustellen.

In den 1960ern beendete Tito das Atomwaffenprogramm aus zwei Gründen: erstens auf Grund des Atomunfalls am Vinca Atominstitut am 15. Oktober 1958, bei dem sechs Menschen verstrahlt wurden und einer von ihnen starb. Der zweite Grund waren die riesigen Kosten des Projektes.

1974 wurde das Waffenprogramm wiederbelebt, nachdem Indien, mit dem Jugoslawien um die Führung in der Bewegung der Blockfreien Staaten konkurrierte, eine Atomwaffe testete. Es hausierte nun unter dem Namen "Programm A" und widersprach Jugoslawiens Mitgliedschaft am Atomwaffensperrvertrag seit 1970.

Der Mangel an Enthusiasmus unter Atomwissenschaftler*innen und unzureichende finanzielle Mittel sind oft zitierte Gründe, weshalb Jugoslawiens Kurs hin zur Atomwaffenmacht letztlich nicht erfolgreich war und 1987 beendet wurde.

In den 1970ern wechselte der Fokus von Jugoslawiens zivilem Atomprogramm von der Forschung zur Atomstromproduktion. 1981 ging das erste und einzige Atomkraftwerk des Landes in Krško in Betrieb. Aber die Tschernobyl-Katastrophe im April 1986 führte zu einem Moratorium, welches zuerst vom slowenischen Parlament und dann vom Bundesrat angenommen wurde, und das die gesamte atomkraftbezogene Forschung in Jugoslawien beendete.

1992, nach der Abspaltung Sloweniens, Kroatiens, Mazedoniens und Bosnien-Herzegowinas, schufen Serbien und Montenegro den neuen Staat, genannt Bundesrepublik Jugoslawien, welcher bis 2003 existierte, dann aber vom Staatenbund Serbien und Montenegro ersetzt wurde. Montenegro erklärte seine Unabhängigkeit 2006, nachdem es beinahe 90 Jahre Teil Jugoslawiens gewesen war.

Mitte bis Ende der 1990er Jahre begannen Wissenschaftler*innen vom Atomforschungsinstitut Vinca in der Nähe Belgrads, welches einer der Hauptwissenschaftsstandorte Jugoslawiens war, Bedenken über die Sicherheit der über 40 Kilogramm Kernbrennstoff aus hoch angereichertem Uran und der 2,5 Tonnen abgebrannte Brennelemente zu äußern, die in Vinca gelagert wurden. Im August 2002 wurde der Abtransport von 48 Kilogramm auf 80% angereicherten Urans von Vinca zum russischen Atomreaktoren-Institut in Dmitrovgrad, Russland, organisiert.


Foto: Falk Beyer

Atomkraftwerk Krško im August 2009

Atomkraft in Slowenien

In Slowenien gibt es mehrere Atomanlagen: einen Atomreaktor in Krško, den ehemaligen Uranabbau in Žirovski Vrh bei Škofja Loka und das Atomforschungsinstitut "Jožef Stefan" mit seinem Forschungreaktor "TRIGA" in Ljubljana. Ein zentrales Lager für niedrig- und mittelradioaktiven Müll befindet sich in Brinje bei Ljubljana.

Uranabbau

In Žirovski Vrh wurden die Abfälle des angrenzenden Uranabbaus in der Vergangenheit gelagert. Das Berg-



werk wurde in den 1990ern stillgelegt; das Lager wurde vom für die Stilllegung zuständigen Unternehmen Rudnik Žirovski Vrh gebilligt.

Jožef Stefan-Institut

Das Forschungsinstitut arbeitet seiner Selbstdarstellung zufolge auf dem Gebiet der Reaktorphysik mit Schwerpunkt auf der Entwicklung von Berechnungsmethoden für Forschungs- und Leistungsreaktoren. Entsprechende Modelle wurden für die slowenischen Reaktoren TRIGA und Krško entwickelt. Daneben befasst sich das Institut mit den sogenannten weiterentwickelten Reaktorkonzepten der 4. Generation, mit modernen Neutronenquellen und mit der Erarbeitung von Daten und Materialien für die Fusionstechnologie.

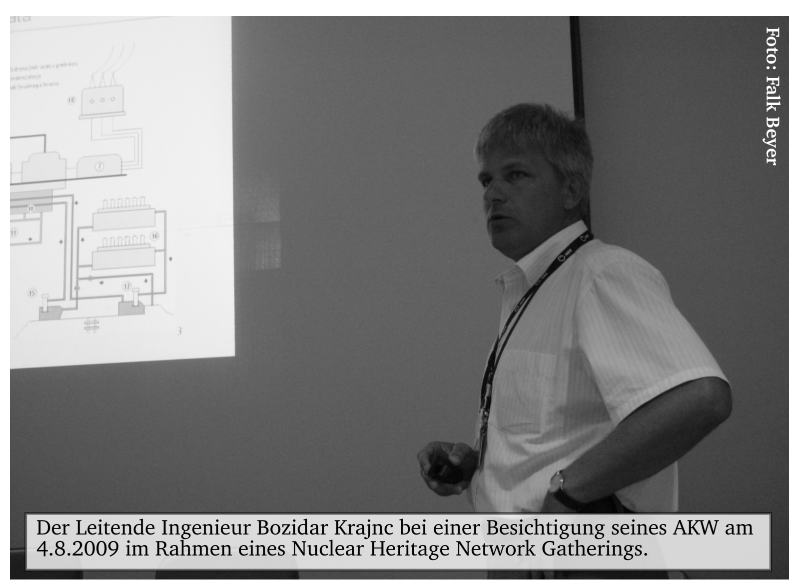


Foto: Falk Beyer

Der Leitende Ingenieur Bozidar Krajnc bei einer Besichtigung seines AKW am 4.8.2009 im Rahmen eines Nuclear Heritage Network Gatherings.

AKW Krško

Krško ist das einzige Atomkraftwerk in Slowenien, ein einzelner Westinghouse-Leichtwasserreaktor (Druckwasserreaktor) mit einer Kapazität von 696 MW. Betreiber ist das slowenisch-kroatische Unternehmen Nuklearna Elekrarna Krško" (NEK). Die Regierungen Sloweniens und Kroatiens schlossen am 11. März 2003 einen Vertrag über Eigentum, Stilllegung und Kosten des AKW ab. 50% des Atomkraftwerks gehören dem slowenischen Energiekonzern GEN-Energija, 50% dem kroatischen Energiekonzern HEP Electric. Aufsichtsbehörde für atomare Sicherheit ist die slowenische Administration.

Krško ging 1983 in Betrieb; die Stilllegung ist für 2023 geplant, aber Energiekonzerne und Politiker*innen wollen eine Laufzeitverlängerung. Die Brennstäbe werden vom deutschen Unternehmen NUKEM geliefert, Uran-Ursprungsort sei Russland, so der Leitende Ingenieur des AKW. Auf dem Produktionsweg wird das Uran zunächst zur Anreicherung zur Columbia-Anlage in die USA verschifft. Am Ende der Prozedur werden die Brennelemente nach Slowenien transportiert.

Nach der Stilllegung des AKW sollen die abgebrannten Brennelemente bis zu 50 Jahre auf dem AKW-Gelände gelagert werden. NEK hat noch keine Pläne, was mit den hochradioaktiven Abfällen am Ende geschehen soll. Sie rechtfertigen dieses Defizit damit, dass der hochradioaktive Atommüll kein Abfall sei, sondern eine "Ressource". Schließlich gab der Leitende Ingenieur des AKW Bozidar Krajnc in einer Diskussion während eines offiziellen Besuchs von Atomkraftgegner*innen aus verschiedenen Ländern zu, dass er keine Ahnung hat, was mit den radioaktiven Abfällen geschehen soll. Vielleicht landen sie am Ende doch in einem Endlager - welches es jedoch noch nicht gibt und bisher in Slowenien auch noch nicht weiter erörtert wurde.

Zur Zeit treiben GEN-Energija und das slowenische Wirtschaftsministerium den Bau eines weiteren Reaktors mit einer Kapazität von 1.000 bis 1.600 MW in Krško voran. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf etwa 1,5 Milliarden EUR, sagt die Atomlobby. Kritiker*innen schätzen, dass sich der finanzielle Aufwand eher auf etwa 5 Milliarden EUR belaufen wird. Für 2013 war der Baubeginn projektiert, um 2017 in Betrieb zu gehen. Noch ist nichts derartiges geschehen.

Endlager für niedrig- und mittelradioaktiven Abfall

Hinsichtlich des leicht- und mittelradioaktiven Abfalls des AKW Krško ist die Lage ein wenig anders. Die Regierung will ein oberflächennahes Endlager, in nur 70 Meter Tiefe, in Vrbina bei Krško errichten lassen. Die Gemeinde von Krško hat diesen Plänen bereits im Juli 2009 zu gestimmt.

Verantwortlich für das Endlager ist die ARAO – Agentur für die Lagerung radioaktiver Abfälle. Laut ihrer Website muss das Lager nur für 300 Jahre sicher sein.

In Brinje bei Ljubljana besteht außerdem ein Zwischenlager für niedrig- und mittelradioaktiven Abfall aus Industrie, Medizin und Forschung, das seit 1986 in Betrieb ist. Ursprünglich wurde es vom Jožef Stefan-Institut betrieben, aber seit 1999 ist die Agentur für die Lagerung radioaktiver Abfälle (ARAO) auch hierfür zuständig. Die Lagerung erfolgt an der Oberfläche. Die radioaktiven Materialien werden unterteilt in: Abfälle in Fässern, umschlossene Strahlenquellen und Sondermüll.

Dieser Artikel basiert auf Beiträgen eins befreundeten atomkraftkritischen slowenischen Wissenschaftlers und Rechercheergebnissen, die auf der Website des Nuclear Heritage Networks gesammelt wurden.



"Tar Sands":

Nachhaltige Zerstörung von Urwäldern indigener Menschen und größter

fb Die bisherigen Teile dieses Artikels gaben einen Überblick über die Tar Sands-Vorkommen und die Ölindustrie in Alberta. Weiterer Fokus waren die ökologischen Auswirkungen der Tar Sands-Industrie, die Technologie der Rohölerzeugung aus den Tar Sands von der Konditionierung bis zum Upgrading sowie die Abbauverfahren. In den letzten Teilen ging es um sogenannte "Renaturierungs"-Beispiele der Tar Sands-Industrie.

Brandkatastrophe

Aus aktuellem Anlass geht es in dieser Folge des Tar Sands-Berichts um den verheerenden Waldbrand, der Anfang Mai 2016 die Region der inoffiziellen Tar Sands-Hauptstadt Fort McMurray heimsuchte. Am 1. Mai startete es südwestlich der kanadischen 78.000-Einwohner*innen-Stadt Fort McMurray, die formal den Status einer "Urban Service Area" hat, eine Sonderform von Verwaltungseinheit in Alberta. Zwei Tage später erfasste es das Stadtgebiet, wo mehr als 2.400 Gebäude (über 10 % aller Häuser) zerstört wurden. Es wird spekuliert, dass dieser Waldbrand zur teuersten Naturkatastrophe in der Geschichte Kanadas werden könnte, falls die Hochrechnungen der Versicherungsgesellschaften zutreffen, die von Schäden in Höhe von etwa 9 Milliarden Kanadischer Dollar ausgehen. Schon jetzt handelt es sich um die größte Waldbrand-Evakuierung, die Kanada jemals erlebt hat.

In *Vice News* beschreibt Matt Smith Vorgänge im Verlauf der Brandkatastrophe als "apokalyptische Szene": "Zehntausende fliehen vor einem heraneilenden Flächenbrand - und haben Probleme, das nötige Benzin zu bekommen - im Herzen von Kanadas *Oil Patch*." Kanadische Rettungskräfte setzten Tanklaster auf dem Highway 63 für gestrandete Flüchtende ein - tausende PKW hatten hier versucht, den Flammen zu entkommen. Von der Katastrophe sind auch verschiedene kleine indigene Communities betroffen, u.a. die "Athabasca Chipewyan First Nation (ACFN)", deren Mitglieder nicht nur in den teils von der Evakuierungsanordnung betroffenen Reservaten, sondern auch in Fort McMurray und anderen Siedlungen gelebt hatten.


Foto: Chris Schwarz/Government of Alberta

7. Mai: Der Flächenbrand erreicht den Highway 63, auf dem Tausende Richtung Süden flüchten wollen. Unzähligen Fahrzeugen am Straßenrand war das Benzin ausgegangen...

Neben der Fort McKay First Nation stellten auch diverse Ölkonzerne Flächen nördlich der brennenden Stadt für die Aufnahme Evakuierter zur Verfügung. - Zur Erinnerung: Die Fort McKay First Nation kämpfte über mehrere Jahrzehnte vehement gegen die Ölindustrie, die sich (vermutlich rechtswidrig) große Gebiete ihrer "traditional lands" aneignete und die lokale Natur zur Ausbeutung der Bodenschätze zerstörte. Ohne jegliche Unterstützung durch die sich damals am Pelzhandel der indigenen Community störenden kanadischen Öko-NGOs gab der Chief der First Nation schließlich den hoffnungslosen Kampf auf.

Nun wurden indigene Unternehmensgründungen gestartet, um zumindest durch Dienstleistungen für die Ölindustrie einen kleinen Teil der Gewinne aus dem Ölgeschäft der leidenden Community zukommen zu lassen. Viele Indigene arbeiten heute (unter schlechterer Bezahlung als die Nachfahren der weißen Siedler*innen) für die Ölkonzerne, weil es nahezu keine Beschäftigungsalternativen gibt, der Einfluss der Industrie auf die indigene Kultur und traditionelle Nahrungsbeschaffung aber marktwirtschaftliche Zwänge beschert hatte.





- Fortsetzung (Teil 10) -

und Feuchtgebieten, Enteignung Einzelverursacher des Treibhauseffekts


Foto: Chris Schwarz/Government of Alberta

Feuerwehrleute zu Boden im Einsatz gegen den Waldbrand am 5. Mai, der inzwischen aus 40 einzelnen Flächenfeuern besteht.

Zum Zeitpunkt der Produktion dieser Ausgabe des grünen blatts ist das Feuer noch immer nicht vollständig gestoppt. Bislang sind 423.000 Hektar Fläche verbrannt, zwei indirekte Todesopfer aus einem Verkehrsunfall im Evakuierungschaos wurden bisher erfasst. Etwa 88.000 Menschen mussten evakuiert werden - großteils über den einzigen, die Stadt mit anderen Teilen Albertas verbindenden Highway 63, der teilweise ebenfalls vom Brand erfasst war, nachdem das Flächenfeuer ihn am Nachmittag des 4. Mais südlich Fort McMurrays überquert hatte. Einige hundert Menschen mussten auf dem Luftweg in Sicherheit gebracht werden. Die Regierung Albertas sagte für die Evakuierten finanzielle Unterstützung in Höhe von 1.250 Kanadischer Dollar pro Erwachsenem und 500 Kanadischer Dollar für Kinder in Form von Debitcards zu. In den ersten Wochen wurden bereits 65,7 Millionen Kanadische Dollar an Opfer der Katastrophe ausgeteilt. Insgesamt wurden zunächst 200 Millionen Kanadische Dollar aus dem Desasterbewältigungs-Programm *DRP* für die Gemeinden und ihre Einwohner*innen bereitgestellt, welche vorsorglich bereits für den 2016er Haushalt der Provinz für Notsituationen eingeplant worden waren.

Mindestens eine Tankstelle der hier die Tar Sands ausbeutenden Konzerne explodierte, als das Feuer Besitz von der Stadt ergriff. Neben den offenkundigen Gefahren durch die Feuer stellen die Rauchwolken, die sich von Fort McMurray in südöstlicher und östlicher Richtung über bis zu 3.400 Kilometer ausgebreitet haben und dabei Auswirkungen bis in südliche Gebiete der USA zeigen, eine akute Gesundheitsgefahr für die betroffenen Menschen dar. Mehr noch als bei gewöhnlichen Waldbränden dürfte das Feuer Schadstoffe einschließlich Quecksilber, andere Schwermetalle, und "polycyclic aromatic hydrocarbons (PAHs)" mobilisiert haben, die sich zuvor infolge der industrie- und siedlungsbedingten Luftverschmutzung auf Bäumen und in den Böden abgesetzt hatten. Auf dem Höhepunkt der Katastrophe haben die Einwohner*innen Fort McMurrays wahrscheinlich "die Lungen voller Toxine geatmet", so Wissenschaftler der Universität von Alberta David Schindler. Die giftigen Partikel in der Luft können zu schweren Lungenschäden führen. Forstökologin Ellen Macdonald, ebenfalls von der Universität von Alberta in Edmonton, zufolge wird dieses außergewöhnlich heftige Feuer auch massive Auswirkungen auf das Ökosystem haben.

Vortragsangebot Tar Sands

*Die Autor*in bietet Vorträge zum Thema an - basierend auf mehr als hundert Bildern, die im Zuge offener und verdeckter Recherchen in Alberta gewonnen wurden. Dutzende Interviews mit Indigenen, Wirtschaftsvertreter*innen und Menschen aus Umwelt-NGOs sind in diese Präsentation eingeflossen.*

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich. Technische Voraussetzung ist insbesondere ein Beamer.

Kontakt: falk@greenkids.de



Ablauf der Ereignisse

Zuerst wurde der Waldbrand mit der Seriennummer "MWF-009" (9. Waldbrand der Saison im Gebiet Fort McMurrays) von einer Mannschaft des Ministeriums für Landwirtschaft und Forstwirtschaft am Sonntagmorgen des 1. Mai lokalisiert. Zunächst wurde nichts bemerkenswertes daran befunden, obwohl bereits 15 Kilometer südwestlich der Stadt 500 Hektar außer Kontrolle brannten und alle Voraussetzungen für einen katastrophalen Flächenbrand inmitten dichten borealen Waldes erfüllt waren: heißes trockenes Wetter, starke Winde und geringe Luftfeuchtigkeit. Im Gegensatz zum nächsten registrierten Waldbrand der Region, MWF-010, der schnell gelöscht werden konnte, stellte sich Nummer 9, nach seinem Ausgangsort als "Horse River Fire" bezeichnet, als schwer zu bekämpfen heraus. Mehr als 1.700 Feuerwehrleute, bis zu 208 Helikopter, bis zu 28 Feuerlöschflugzeuge und eine riesige Flotte diversen anderen schweren Gerätes zur Brandbekämpfung waren im Einsatz - darunter zur Unterstützung gesandte Kräfte aus den kanadischen Provinzen Manitoba, Quebec, Saskatchewan und Ontario. Zeitweise wurden auch Militärmaschinen zur Unterstützung der Rettungskräfte angefordert. In der Zeitung "The Globe and Mail" wird der Manager der Forstwirtschaft Fort McMurrays zitiert, es sei ein "sehr komplexes Feuer mit vielfachen Fronten und explosiven Begleitumständen". Die Brandursache ist bis heute nicht aufgeklärt - sowohl menschliche Auslöser als auch natürliche Phänomene wie Blitzschlag könnten die Katastrophe ausgelöst haben.

Eine Karte der Brandherde und des Ausbreitungsgebietes des Feuers zeigt, dass nahezu das ganze Stadtgebiet von den immer wiederkehrenden Bränden überrollt wurde. Lediglich ein kleiner Stadtkern und ein südlicher Zipfel scheinen verschont geblieben zu sein. Wie "The Globe and Mail" berichtet, wurden alle Kräfte aufgewandt, um Schlüsselinfrastruktur zu retten - so z.B. den Flughafen der Stadt und die Innenstadt. Bis zum Morgen des 5. Mai hatten sich inzwischen auch fern des Hauptbrandgebietes unzählige kleinere Brandherde sowie ein weiterer Flächenbrand südöstlich und östlich von Fort McMurray gebildet. Bereits in die südlich von Fort McMurray gelegene Siedlung Anzac evakuierte Menschen mussten ein weiteres mal vor den sich nähernden Flammen gerettet werden. Einen Tag später hatten sich die Brandflächen nochmals vervielfacht und umfassten nun auch mehrere riesige Flächenbrände. Die Ausbreitungsrichtung war im wesentlichen der Südosten von Fort McMurray, aber auch ein großes Gebiet weiter im Osten der Stadt. Insgesamt waren in den ersten zwei Maiwochen bis zu 49 Flächenbrände gleichzeitig aktiv.


Foto: Chris Schwarz/Government of Alberta

Ein Helikopter mit Löschmittel unterwegs zur Eindämmung der Brandkatastrophe am 4. Mai.

Aufgrund der Entwicklung einer eigenen Wetterlage einschließlich Blitzschlägen und Feuerwolken, die besonders hohe rußhaltige Wolken umfassen, die zu massiven Stürmen und Gewittern führen und weitere Flächenbrände auslösen kann, wurde der Brand seit dem 4. Mai als "Feuersturm" klassifiziert. Durch die starke Hitzeentwicklung steigt heiße Luft über dem Brandherd hoch empor und zieht aufgrund des entstehenden



Kamineffekts Frischluft nach sich, die wiederum das Feuer weiter anfacht.

Derzeit haben sich die Brände bis auf etwa 5 Kilometer an die Provinzgrenze westlich von Saskatchewan vorgearbeitet. Wissenschaftler*innen, Greenpeace und andere Quellen gehen davon aus, dass es Wochen oder gar Monate dauern wird, bis das Feuer gelöscht ist; vermutlich werden es erst naturbedingte starke Regenfälle sein, die es letztlich endgültig erstikken. Ellen Macdonald befürchtet, dass das Feuer trotz Regen in der dicken Torfschicht weiter glimmen und einige Hotspots monatelang überleben könnten, die dann im wieder trokkeneren Herbst erneut entfacht werden könnten und neue Waldbrände auslösen würden.

Hintergründe

Bis zur zweiten Mai-Woche hatte Alberta bereits 329 Waldbrände in diesem Jahr erlebt. Greenpeace zufolge sei vor allem bedenklich, dass die heißesten Monate erst noch bevorstehen. Der Tag, an dem das Horse River Fire begann, stellte einen Temperaturrekord für den Monat Mai in Fort McMurray dar: 32,6 °C - das sind etwa 20 °C mehr als durchschnittlich zu dieser Jahreszeit zu erwarten und immerhin 4,8 °C mehr als der bisher gemessene Höchstwert im Jahr 1945. Der Frühling ist damit etwa einen Monat früher gekommen als gewöhnlich, ebenso begann die Waldbrandsaison statt wie normalerweise zu Anfang April bereits am 1. März.

"Wir haben schon höhere Brandgeschwindigkeiten und größere Flächenbrände erlebt", erläutert Chad Morrison, Manager der Waldbrandbekämpfung in Alberta, gegenüber "The Guardian", "doch seine Auswirkungen und wo es sich ausgebreitet hat - das ist definitiv neu in der Geschichte. Ich glaube nicht, dass wir jemals eine Gemeinde dieser Größe und Bedeutung hatten, die einem Waldbrand dieser Größe und Bösartigkeit ausgeliefert war."

Waldbrandexperte Mike Flannigan von der Universität von Alberta zufolge führten die warmen Wetterbedingungen dazu, dass Brandherde, sobald sie sich einmal festgesetzt hatten, im Untergrund schwelen konnten, sodass irgendwann aufkommende Winde sie immer wieder aufleben ließen. Einige Feuer seien bis zu zwei Meter tief in den Untergrund gebrannt, so dass Feuerwehrleute die Brandherde regelrecht ausgraben oder den Untergrund mit Wasser fluten mussten. Es sei zu befürchten, dass die Region dieses Jahr eine sehr intensive Waldbrandsaison erleben wird.

Die Tar Sands-Vorkommen waren dagegen wenig gefährdet selbst in Brand zu geraten. Zum einen, weil der überwiegende Teil davon in tiefen Bodenschichten liegt und nur über Bohrungen extrahiert wird, wodurch sie nicht so leicht Feuer fangen und dann nicht so stark brennen können, zum anderen aufgrund der schwereren Entzündlichkeit des in Sand gebundenen Bitumens, selbst wenn es per Tagebau erschlossen ist und damit genügend Sauerstoffzufuhr erfährt. Im Gegensatz dazu hätten die oberirdischen Anlagen und Infrastruktur der Ölkonzerne in Brand geraten können.


Foto: Chris Schwarz/Government of Alberta

Waldbrand in der Nähe Fort McMurrays am 4. Mai.

Der größte kanadische Ölkonzern Suncor hatte sich auf derartige Feuerkatastrophen bereits eingestellt und war dadurch in der Lage, ein auf das Gelände zukommendes Feuer durch Einsatz schwerer Maschinen wie Bulldozern zu stoppen, welche die Vegetation beseitigt und eine Feuerschneise angelegt hatten. Außerdem waren neben Tausenden Sensoren auch Sprinkleranlagen zum Schutz des Geländes installiert worden.

Kritik nicht erwünscht

"Das Feuer in Fort McMurray ist eine Tragödie, die kein Mensch und keine Gemeinde zu ertragen haben sollte." *(NGO-Statement)*

Inhaltliche Kritik zu diesem Zeitpunkt, insbesondere die Thematisierung der Wechselwirkung zwischen Fort McMurrays Tar Sands-Industrie und Klimawandel, wird von verschiedenen Seiten als pietätlos betrachtet. Die Direktoren von Greenpeace Kanada und neun andere Umwelt-NGOs gaben vor diesem Hintergrund am 6. Mai eine gemeinsame Erklärung zum Großbrand in Fort McMurray heraus, in der festgestellt wird: "Dies ist nicht der Zeitpunkt für Schuldzuweisungen. Es ist der Zeitpunkt zusammen zu stehen



und dafür zu sorgen, dass die Menschen sicher sind und gut versorgt werden." Auch andere gegen die Tar Sands-Industrie Kampagnen führende NGOs, wie der kanadische Sierra Club, drückten in erster Linie Solidarität aus und deuteten die Zusammenhänge mit der die ganze Region direkt und via Klimawandel austrocknenden Industrieaktivitäten lediglich am Rande an. Trotzdem sollte ein kritischer Blick auf die Vorgänge und Hintergründe erlaubt sein...

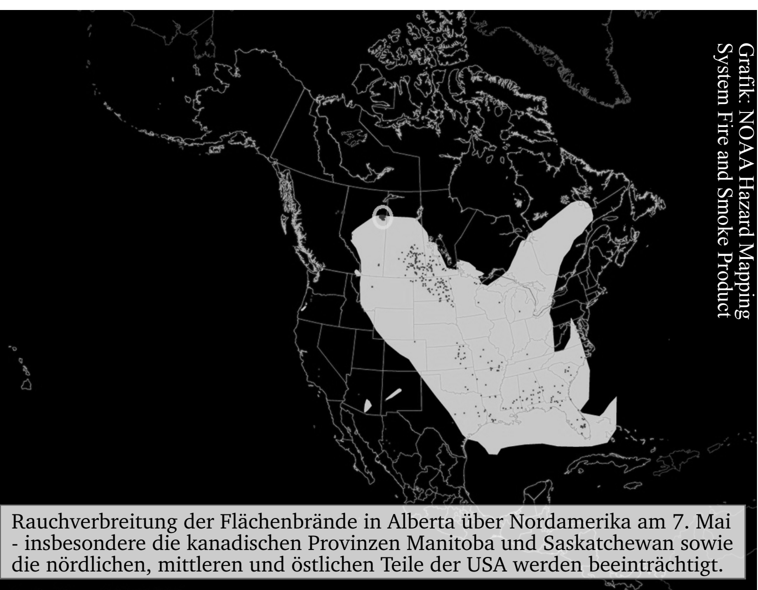
Greenpeace-Kanada-Campaigner Mike Hudema weist darauf hin, dass dieser und die große Zahl in diesem Jahr in Alberta bereits registrierten Waldbrände wahrscheinlich Auswirkungen des Treibhauseffekts sind und dass die Region um Fort McMurray durch die Eingriffe der letzten Jahrzehnte bereits prädestiniert war. Der Einfluss des Klimawandels auf die Vermehrung und Verstärkung der Flächenbrände wird auch von Prof. Judith Kulig von der Universität von Lethbridge bestätigt. Wissenschaftlern der Universität von Alberta in Edmonton zufolge ist mit weiteren Katastrophen dieser Art und einer steigenden Häufigkeit zu rechnen. "Waldbrände waren immer Teil des natürlichen Kreislaufs", so Hudema. "Was wir nicht länger bestreiten können, ist dass wir uns weit außerhalb der natürlichen Abläufe bewegen." Das Forstministerium der Nachbarprovinz British Columbia sagt im Entwurf seines Klimawandel-Waldbrand-Aktionsplan voraus, dass die Größe der Flächenbrände von durchschnittlich 7.961 auf 19.076 Hektar wachsen wird und dass sich die Schwere der Feuer um 40 % im Frühling und 95 % im Sommer steigern wird. Auch soll sich die Länge der Waldbrandsaison um 30 % ausdehnen.

Rettung der Ölbetriebe

Erwartungsgemäß wurde ein Großteil der Rettungskräfte zum Schutz der Investitionen der Ölindustrie eingesetzt. So bestätigte beispielsweise Albertas Waldbrandbekämpfungs-Manager Chad Morrison, Feuerlöschflugzeuge, Helikopter und Bulldozer seien eingesetzt worden, um die Stammbetriebe der kanadischen Tar Sands-Konzerne Suncor und Syncrude vor der Feuerwalze zu bewahren. Diese Firmen haben ihren Sitz aber im Norden Fort McMurrays, wo so gut wie nichts von der Feuerkatastrophe ankam.

Zuallererst wurde der Highway 63 wieder für die Tar Sands-Industrie freigegeben, "um Arbeitern und Zulieferern der Ölsand-Betriebe die Rückkehr und Wiederaufnahme der Produktion zu ermöglichen", während der öffentliche Zugang weiterhin verwehrt blieb. Die südlich von Fort McMurray auf den Highway 63 treffende zweite Verbindungsstraße aus der Region in den Zentralteil der Provinz, Highway 881, wurde aufgrund der Waldbrände auf den nördlichsten etwa 100 Kilometern ebenfalls gesperrt.

Unzähligen Fahrzeugen war auf der zum Teil hunderte Kilometer weiten Flucht aus der Ölstadt Fort McMurray in südliche und nördliche Richtung das Benzin ausgegangen, sodass sie am Straßenrand stehen gelassen wurden. Die kanadische Polizei tankte sie für die Besitzer kostenlos auf, nachdem sie im Zuge der Aufräumarbeiten abgeschleppt worden waren. So sieht Service für eine reiche katastrophengeschädigte Industrieregion aus, die bis letztes Jahr noch als florierendste Stadt Kanadas galt - die steigenden Profite aus der Tar Sands-Industrie hatten als einzige ernste Herausforderungen das ungezügelte Wachstum, die Wohnungsnot und daraus resultierende soziale Probleme erscheinen lassen.



Rauchverbreitung der Flächenbrände in Alberta über Nordamerika am 7. Mai - insbesondere die kanadischen Provinzen Manitoba und Saskatchewan sowie die nördlichen, mittleren und östlichen Teile der USA werden beeinträchtigt.

Die Stadt Fort McMurray selbst wird im Gegensatz zur Ölindustrie, die bereits innerhalb der nächsten Tage bis Wochen wieder auf Höchstleistung gebracht werden soll, noch für längere Zeit nicht bewohnbar sein. Konkrete Angaben zum Zeitraum, bis Betreten oder gar Bewohnen der Region wieder erlaubt wird, wollte die Regierung Albertas bisher nicht machen. Selbst die Bewohner*innen unzerstörter Häuser dürfen vorerst nicht zurück. Zunächst muss die Infrastruktur einschließlich Schulen, Gesundheitsversorgung, Behörden und Polizei wiederhergestellt werden; ebenso muss erst die lokale Verwaltung wieder eingerichtet werden.

Außerdem ist das Stromnetz der Stadt beschädigt, die Erdgasversorgung wurde abgestellt und das Trinkwasser ist kontaminiert. Einige Evakuierte werden im Nachrichtenportal *CNBC International* zitiert, sie rechneten erst einmal damit, für ein Jahr woanders leben zu müssen. Dass die Einwohner*innen Fort McMurrays letztlich trotz der zur Zeit desaströsen Lage zurückkehren würden,



ist sich der städtische Pressearbeitsmitarbeiter Curtis Philipps nach einer Ansprache in einem der Auffanglager sicher, denn die würden schon allein von der Aussicht auf hohe Löhne und weitere Vorteile angezogen werden.

Sofern die derzeit noch unvollständigen Informationen korrekt sind, wurden neben den Tausenden Wohnhäusern auch der historisch wertvolle "Heritage Park", eine Museums-Siedlung aus vielzähligen Blockhäusern aus der Siedlerzeit, sowie das Oil Sands Discovery Center, das Propaganda-Museum der Tar Sands-Industrie, von dem diverse in diesem Artikel verwendete Bilder stammen, vom Horse River Fire erfasst. Die Internetseiten letztgenannter geben zu deren Status allerdings noch nichts preis. Auf einem NASA-Satellitenbild deuten die grünen Flecken inmitten brauner verbrannter Flächen darauf hin, dass Rettungskräfte speziell diese Orte geschützt hatten.

Auswirkungen auf Tar Sands-Unternehmen

Die Tar Sands-Industrieanlage von **Syncrude** etwa 35 Kilometer im Norden Fort McMurrays wurde am 7. Mai vorläufig stillgelegt und etwa 1.500 Beschäftigte von dort auf dem Luftweg evakuiert. Der Betrieb zweier Syncrude-Abbaue und des Upgraders, der unter enormem Energieaufwand und Schadstofffreisetzung aus dem gewonnenen Bitumen synthetisches Rohöl herstellt, wurden auf Minimalbetrieb umgestellt. Auch der größte im Tar Sands-Geschäft aktive kanadische Ölkonzern **Suncor**, der einen weiteren Tagebau 25 Kilometer nördlich Fort McMurrays betreibt, dessen Südflanke vom Flächenbrand erfasst wurde, teilte die Stilllegung von Betriebsteilen bzw. reduzierte Produktionsmenge und die Ausfliegung von Mitarbeiter*innen mit.

Shell Canada legte alle in der Region operierenden Betriebe bis auf den Minimalbetrieb seiner 60 Kilometer nördlich von Fort McMurray gelegenen "Albian Sands"-Mine still. Ein weiterer Tar Sands-Konzern, **Husky Oil**, verringerte seine Produktion um zwei Drittel auf täglich 10.000 Barrel.

Aufgrund der Marktsituation waren zuvor einige sehr kleine Demonstrationsanlagen geschlossen worden, mehrere neue Abbauvorhaben wurden ausgesetzt sowie die Ausweitung schon bestehender Betriebe abgebrochen.

Industrieangaben zufolge wurden infolge des Feuers etwa 1 Million Barrel Öl pro Tag weniger extrahiert; aber das Wiederanfahren der Produktion beginnt bereits, peinlicherweise von Shell-Oil Sands-Vizepräsidentin Zoe Yujnovich damit gerechtfertigt, dass der Konzern nur so in der Lage sei, den Rettungskräften ein bisschen Benzin zu geben - obwohl die Tar Sands-Industrie hier im wesentlichen Bitumen fördert und im besten Falle synthetisches Rohöl produziert, das erst noch für den Einsatz in Fahrzeugen veredelt werden muss.

Leider werden die hierdurch bewirkten massiven CO_2-Reduktionen von den freigesetzten Treibhausgasen infolge der Flächenbrände vermutlich wieder wettgemacht. Wie im Atomsektor scheint einzig die wirtschaftliche Seite - der mögliche Bankrott der Firmen infolge langer Stillstandszeiten nach dem Feuer - eine realistische Chance auf dauerhafte CO_2-Minimierung darzustellen.

Im Süden Fort McMurrays wurden einige Ölindustrie-Betriebe vom Feuer überrollt, was Suncor-Direktor Williams zufolge bei dieser Art Brand in der Regel wenig Auswirkung auf die eigentlichen Anlagen habe, aber noch zu prüfen sei.

Die nichtkonventionelle Ölindustrie hatte zuvor zwar mit fallenden Ölpreisen auf dem Weltmarkt zu kämpfen, das hatte aber keine relevanten Auswirkungen auf die Betriebe. Erst das Horse River Fire bewirkte nun die starke Drosselung der Produktion in mehreren Tar Sands-Betrieben und in einem Fall gab ein Unternehmen die Einstellung seiner Aktivitäten bekannt. Konkrete Zahlen wollte die Lobbyorganisation der Industrie, die "Canadian Association of Petroleum Producers", nicht geben und zog sich darauf zurück, derzeit nur auf die Evakuierungsmaßnahmen zu blicken. "Niemand kann sagen, wie lange die verminderte Produktion anhalten wird, ebenso wenig, wie jemand prognostizieren kann, wann das Feuer sich ausbrennen wird", resümiert die New York Times. Allerdings sei klar, dass dies erhebliche Auswirkungen auf die kanadische Wirtschaft haben wird, da die Tar Sands-Industrie derzeit 2,1 Millionen Barrel der kanadischen Tagesproduktion von 3,9 Millionen Barrel ausmacht - wovon fast alles in die USA abgeleitet wird.

Albertas Premierministerin Rachel Notleys sagte in *ABC News*, dass "Tausende Kanadier*innen einschließlich Ölunternehmen und Regierungen" schwer darunter zu leiden hätten, wenn die Tar Sands-Industrie nicht wieder zu vorigen Höchstleistungen angekurbelt würde. "Wir werden schnellstmöglich wieder zur Normalität zurückkehren", so Notley gegenüber ABC News. Nach seinem überfälligen Besuch der Krisenregion fast zwei Wochen nach Ausbruch der Katastrophe versprach Kanadas Ministerpräsident Justin Trudeau "erhebliche Bundesmittel" für die "Wiederbelebung und den Wiederaufbau der Ölsand-Stadt".

Fortsetzung folgt! Weiter geht es mit diesem Hintergrundbericht in der nächsten Ausgabe - oder, wer nicht so lange warten will, kann auf der Internetseite des grünen blatts bereits weiter lesen. Fußnoten und Quellenangaben gibt es ebenfalls online.

*Dieser Artikel basiert auf Vorort-Recherchen in Alberta, Interviews mit Vertreter*innen von kanadischen Umwelt-NGOs, First Nations, aus Ölindustrie und Politik sowie auf Internet-Recherchen.*



Break Free from Fossil Fuels

ENDE GELÄNDE! - Tausende Aktivist*innen legen Tagebau still

Reka Laut Wetteraufzeichnungen des letzten Jahres wurden wieder alle Hitzerekorde gebrochen. Aber auch dieses Jahr 2016 wird alle bisherigen Rekorde brechen, denn schon im April haben die globalen Temperaturen alles vorherige in den Schatten gestellt. In Paris wurde zwar endlich ein neues Klimaschutzabkommen von den Herrschenden beschlossen, aber da es nicht weit genug geht, um den Klimawandel wirklich ernsthaft etwas entgegenzusetzen und weil es natürlich das Grundproblem des kapitalistischen Systems nicht löst, sondern bestehende, ausbeuterische Verhältnisse zu Gunsten der Reichen nur weiter zementiert, haben sich Menschen der Klimabewegung zusammengeschlossen und die Kampagne „Break Free from Fossil Fuels" ins Leben gerufen.

„System change! Not climate change!“

ist einer der Rufe der internationalen Aktionswochen „Break Free from Fossil Fuels", die vom 3. bis zum 16. Mai 2016 stattfanden. Dabei leisteten Menschen auf sechs Kontinenten mittels Aktionen zivilen Ungehorsams Widerstand gegen den Abbau und die Verbrennung fossiler Energieträger, denn um die globale Erwärmung auf unter 2 Grad zu begrenzen, müssen weltweit 80 Prozent der fossilen Energieträger im Boden bleiben. Mit 20 direkten Aktionen und über 30.000 Teilnehmenden weltweit ist es eine der erfolgreichsten Kampagnen der Klimabewegung in den letzten Jahren.

Es gab Blockaden unter anderem des weltgrößten Kohlehafens in Newcastle/Australien, des Pecém Kohlekraftwerks in Brasilien, Englands größten Tagebaus in Wales, einer Kohleabfallhalde in Izmir/Türkei, einer Ölraffinerie in Washington/USA und im kanadischen Vancouver demonstrierten hunderte Menschen in Kayaks gegen die Verschiffung von Öl, das mit schlimmsten Umweltfolgen aus Teersanden (siehe auch Artikel S. 20) gewonnen wird.



Aussicht von der besetzten Kohleverladestation, Foto: Paul Venuß

Mit der Massenaktion „Ende Gelände" hat sich auch die hiesige Klimaschutzbewegung an den Protesten beteiligt, wobei durch die Aktions-Teilnahme von mindestens 1000 Menschen aus ganz Europa der internationale Charakter auch in die Lausitz getragen wurde.

Insgesamt haben mehr als 3500 Aktivist*innen über Pfingsten den Tagebau Welzow-Süd im Lausitzer Braunkohlerevier stillgelegt sowie das Kohlekraftwerk Schwarze Pumpe durch Besetzungen und Blockaden der Kohlebahnen zum Herunterfahren gezwungen. Dies gelang neben der Massenblockaden auf den Gleisen auch durch Ankettvorrichtungen und einer Betonpyramide auf den Gleisen. Zentrale Forderung ist: sofort aus der Kohleverstromung auszusteigen.

Die Aktionen begannen spontaner Weise schon am Freitag, denn Vattenfall hat in vorauseilendem Gehorsam ankündigt, den Betrieb im Tagebau wegen der angekündigten Aktionen am Wochenende herunterzufahren. Damit hatten die Aktivist*innen eigentlich schon gewonnen, ohne überhaupt losgegangen zu sein.

Da mensch sich der Richtigkeit von Konzernaussagen aber nie sicher sein kann, starteten am Freitag über 1500 Menschen aus dem Klimacamp in Proschim und erreichten die Förderanlagen im Tagebau praktisch ohne Widerstand der Polizei. Damit begann die Blockade des Tagebaus und von Industrieanlagen: zweier Radschaufelbagger, einer zentralen Kohleverladestation und zahlreicher Schienenabschnitte.

Geprägt wurde der Aktionstag durch die nichtvorhandene Polizeipräsenz, denn die Cops ließen sich kaum blicken. Die Staatsanwaltschaft Cottbus sah im Hinblick auf die Besetzung des Braunkohletagebaus „die Tatbestandmäßigkeit des Hausfriedensbruchs wegen des Problemfeldes der Umfriedung nicht gegeben.“ , d.h. da kein Zaun um den Tagebau ist, muss auch damit gerechnet werden, dass er betreten wird.

Da der Tagebau im Vorhinein heruntergefahren wurde, meinte die Polizei Cottbus: „Nötigungen durch Eingriffe in die Betriebsabläufe des Unternehmens wegen des Besetzens in verschiedenster Form von Gleisanlagen oder Klettern auf Großgeräte sind



ebenfalls nach erster Bewertung durch die Staatsanwaltschaft nicht strafrechtlich relevant.“

Vattenfall erstattete trotzdem Anzeige gegen Unbekannt wegen Land- und Hausfriedensbruchs sowie Nötigung und Störung öffentlicher Betriebe.

Da der Tagebau nun still stand, war das Aktionsziel für Samstag, das Kohlekraftwerk Schwarze Pumpe von der Kohleversorgung mittels Gleisblockaden abzuschneiden und somit das Herunterfahren zu erzwingen. Am Samstagvormittag brachen deshalb über 2000 Menschen mit Fahrrädern, zu Fuß und in Bussen vom Camp in Richtung Kraftwerk auf.

Auch diese Blockaden der Zufahrtsschienen gelang ohne große Mühe.

Ergebnis: Weil der Kohlenachschub ausblieb, musste Vattenfall die Leistung des Kraftwerks um 80 Prozent drosseln. Denn alle Gleiszugänge zum Kraftwerk wurden blockiert, so dass Vattenfall keine weitere Braunkohle aus dem Tagebau ins Kraftwerk transportieren konnte und auch vorbereitete Vorratszüge mit Braunkohle konnten nicht im Kraftwerk verfeuert werden.

Ein Riesenerfolg: Das Kraftwerk Schwarze Pumpe konnte jetzt nur noch im Notbetrieb arbeiten. Vattenfall musste die Leistung der beiden 800-MW-Blöcke des Kraftwerks laut Leipziger Strombörse im Block A schon am Freitagabend um 100 Megawatt und im Block B um fast 380 MW reduzieren. Am Samstagmittag regelte der Energiekonzern Block A um 452 MW herunter, Block B um 755 MW.

„What do we want? Climate justice now!“

Da alles so super lief, bildete sich bei den Gleisblockaden recht schnell eine Gruppe Aktiver, die die Erstürmung des inneren Kraftwerksgeländes initiierte. Dem folgten etwa 700 Aktivist*innen, dabei wurden auch Zäune



Die Finger-Taktik war wieder ein wichtiger Faktor für den Erfolg der Aktion, Foto: Paul Venuß

überwunden und sogar das Kraftwerksgebäude betreten, wobei unter anderem der Feueralarm ausgelöst wurde. Die Cops versuchten darufhin zu kesseln und nahmen anschließend über 120 Menschen fest. Mit dieser Massenfestnahme hatte die Polizei anscheinend ihre eigenen logistischen Kapazitäten gesprengt, denn viele Gefangenen mussten in den Gefangenentransporten übernachten und ihnen wurde der Zugang zu Sanitäranlagen sowie Nahrungsmitteln verwehrt.

Auch eine Demo gab es am Samstag mit 1000 Menschen am Rand des Tagebaus Welzow Süd.

Am Sonntag kündigte Vattenfall an, „das Kraftwerk in Kürze stilllegen zu müssen.“ Denn inzwischen wurde der Tagebaubetrieb und die Verladestation 48 Stunden lang blockiert; und das Kraftwerk war seit 24 Stunden vom Kohlenachschub abgetrennt. Somit wurde mit den vielen Besetzungen und Aktionen Europas zehntgrößter CO^2-Verursacher für über 48 Stunden lahmgelegt. Und Vattenfall musste vermelden: „Nur die zusätzliche Energieerzeugung durch starken Wind verhindert an diesem Wochenende einen Energieengpass in der Region.“

Die erfolgreiche Aktion wurde mit einer Jubelparty auf den Schienen nach 48 Stunden auf den Blockaden gefeiert und während das Aktionsbündnis „Ende Gelände“ die Blockaden offiziell für beendet erklärte, wurden sie von Aktivist*innen einfach bis zur Räumung durch die Cops am Abend weitergeführt. Die Blockade der Bagger konnte bis Montag in den frühen Morgenstunden gehalten werden.

Leider gab es Samstagnacht Übergriffe von Neonazis und „besorgten Bürgern“ auf Mahnwachen, Gleisblockaden und auch einzelne Aktivist*innen, beispielsweise wurde im anliegenden Terpe eine Mahnwache angegriffen, indem die Menschen bedroht, der Pavillon zerstört und Fahrräder umgeworfen wurden.

Gegen rechtsradikale Täter ging die Polizei erst in der Sonntagnacht vor. Laut einer Mitteilung der Polizei Cottbus wurden nahe des Dorfes Proschim die Personalien von 57 Personen festgestellt, die teils »als Straftäter rechts motiviert bekannt sind«.



Nach diesen sehr erfolgreichen Aktionswochen der „Break Free from Fossil Fuels" Kampagne kann mensch nur hoffen, dass es gelingt die Energie und Hoffnung durch die vielen, vielfältigen, weltweiten Aktionen zu nutzen, um weitere konkrete Handlungsperspektiven und Optionen für die Menschen zu entwickeln, und dass sich noch mehr Menschen auch in die täglichen Klimakämpfe direkt vor der Haustür einbringen und organisieren, wie z.B. in den Besetzungen des Hambacher Forstes und in LAUtonomia. Denn „system change“ ist auch Handarbeit, muss erkämpft werden und findet täglich statt, nicht nur einmal im Jahr im Sommer während irgendwelcher Camps. Es gab nie einen besseren Zeitpunkt für eine endgültige Energiewende, denn die Energiekonzerne sind auch in einer Finanzkrise. Lasst uns sie angreifen und enteignen!

„Burn Borders not Coal!“

Hier eine Übersicht der Aktionen weltweit:

3. Mai 2016 in Ffos-y-fran, Wales/ GB: Großbritanniens größte, offene Kohlemine in Ffos-y-Fran wurde über 12 Stunden von 300 Aktivist*innen besetzt, es gab keine Verwundeten oder Festnahmen.

4. Mai 2016 in Batangas City, Philippinen: Eine Großdemonstration mit über 10.000 Menschen fordert das geplante 600-Megawatt Kohlekraftwerk in Barangay Pinamucan Ibaba nicht zu bauen.

7. Mai 2016 in Christchurch, Neuseeland: Mit friedlichen Protesten wird die Riccarton, eine Filiale der ANZ Bank, erfolgreich blockiert, die $13.5 Milliarden Dollar in fossile Energieträger investiert hat.

8. Mai 2016 in Newcastle, Australien: 2000 Menschen besetzen den weltgrößten Kohlehafen für einen Tag. Während Kayaks den Hafeneingang blockieren, werden die wichtigen Zufahrtsgleise besetzt.

9. Mai 2016 in Maringá, Paraná, Brasilien: Tausende Menschen feiern protestierend gegen Fracking während eines Konzertes in Expo Ingá, das jährliche Hauptfest im Staat Paraná.

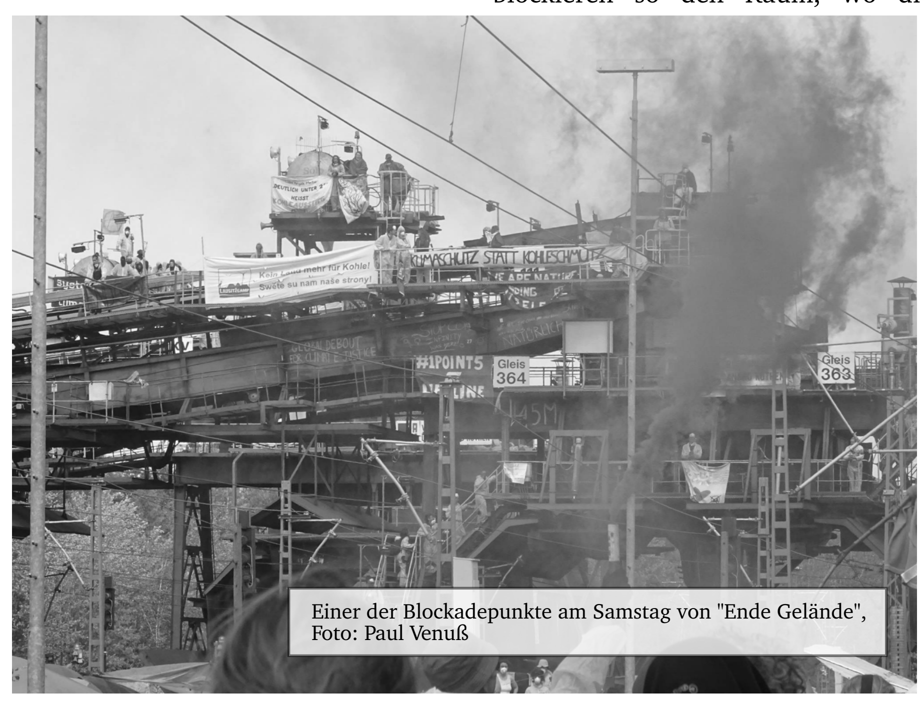
10. Mai 2016 in Oloibiri, Nigeria: An der historisch ersten Ölquelle Nigerias wird gegen den sozialen und ökologischen Schaden demonstriert, der nach der Trockenlegung der Ölquelle entsteht, wenn die Gemeinde mit der Umweltverschmutzung und ohne Geld zurückgelassen wird.

In Wellington, Neuseeland: Aktivist*innen blockieren die Lambton Kai Filiale der ANZ Bank in Wellington und legen diese damit still. Es gibt keine Festnahmen.

In Kwaguqa, Emalahleni, Südafrika: Gemeindemitglieder versammeln sich und sprechen sich gegen die Effekte des Klimawandels auf ihren Alltag aus: von Korruption über Lebensmittelsouveränität, Wasser, Energie und Gesundheit.

In Ogoni, Nigeria: gibt es eine große Demonstration für den Widerstand gegen die Ölindustrie mit der Forderung, das Öl in der Erde zu lassen, wo es hingehört.

In Lakewood, Colorado, USA: Hunderte Menschen stören eine Auktion, auf der tausende Hektar öffentliches Land für Öl-und Gasbohrungen verkauft werden sollen. Sieben Menschen machen eine Sitzblockade und blockieren so den Raum, wo die Auktion veranstaltet wurde, während viele weitere in der Lobby und außerhalb des Gebäudes mitmachen. Es gibt keine Festnahmen. Die Auktion wird verschoben und dann beendet – ohne einige potenziell Mitbietende, die nicht ins Gebäude kommen.



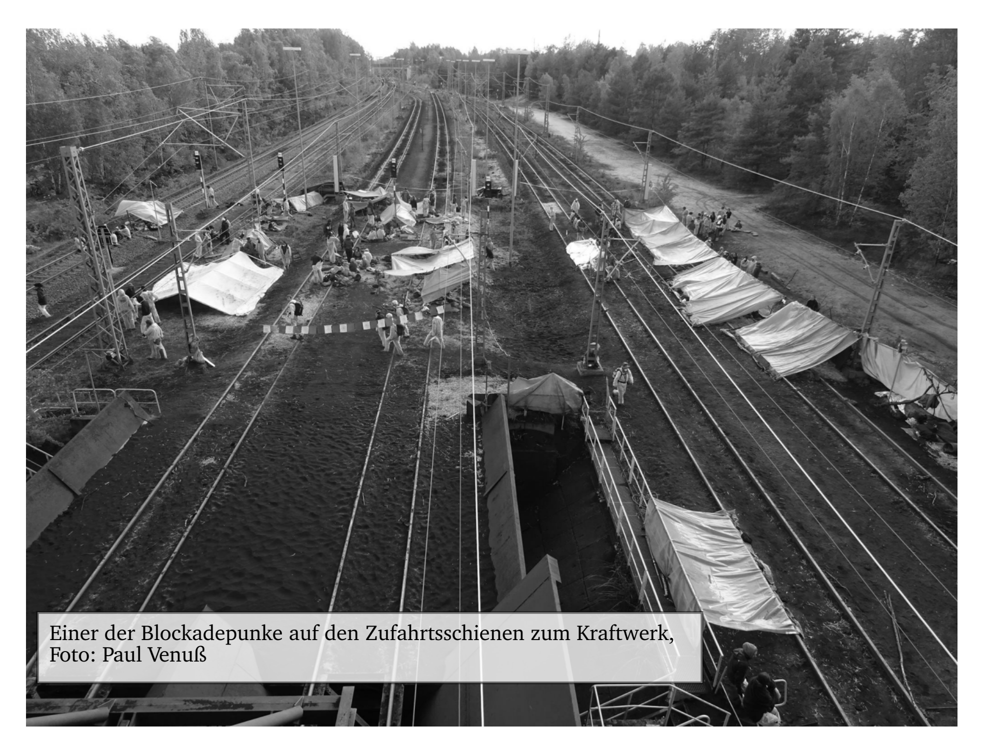
Einer der Blockadepunkte am Samstag von "Ende Gelände", Foto: Paul Venuß

11. Mai 2016 in Jakarta, Indonesien: Über 3000 Menschen demonstrieren, um zu verdeutlichen, dass Kohle wegen der Verschmutzung keine Lösung ist und das es Zeit ist, die Energiewende einzuleiten.

12. Mai 2016 in Dunedin, Neuseeland: Alle drei Filialen der ANZ Bank werden blockiert und es wird gefordert, dass sich die Bank aus dem Geschäft mit fossilen Energieträgern zurückzieht.

13. Mai 2016 in Auckland, Neuseeland: Mit der Blockade der ANZ Filiale machen hunderte Menschen klar, dass zugunsten des Klimas „business as usual“ nicht weitergehen




Einer der Blockadepunke auf den Zufahrtsschienen zum Kraftwerk, Foto: Paul Venuß

kann. Die ANZ Bank soll sich von der Investition in fossile Energieträger zurückziehen.

Constitutional Hill, Südafrika: Auf Grund einer Rede über von Dürre betroffene Gemeinden und Bauern, demonstrieren sie danach gemeinsam gegen den Klimawandel.

14. Mai 2016 in Johannesburg, Südafrika: Es gibt Proteste außerhalb des Gupta Standorts, denn der Guptas' "Oakbay Resources Ltd" Konzern symbolisiert alles, was mit der Kohleindusrie in Südafrika heutzutage falsch ist.

In Ibeno, Nigeria: Aktivist*innen fordern die Reinigung des Niger Deltas an den Küsten des Atlantiks.

In Umuarama, Paraná, Brasilien gibt es eine große Demonstration in der Innenstadt, der die Unterzeichnung eines Gesetzes, welches Fracking in der Stadt verbietet, folgt.

In Denver, Colorado, USA gibt es eine starke Mobilisierung, um eine Gemeinde vor Fracking zu schützen, „Wir stehen auf, um unsere Gesundheit, unser Zuhause, unsere Atmosphäre und die Zukunft unserer Kinder zu schützen."

In Manabí, Ecuador: Aktivist*innen pflanzen Bäume an dem Ort einer zukünftigen Ölraffinerie im Yasuni Nationalpark.

In Los Angeles, Kalifornien, USA findet eine große Versammlung und Demonstration durch die Innenstadt statt, dem Zuhause des größten amerikanischen, städtischen Ölfeldes.

Vancouver, Kanada: Aktionen an Land und auf dem Wasser blockieren den "Kinder Morgan Öl Terminal" und zeigen, dass Selbstbestimmung der Menschen und 100 Prozent erneuerbare Energien die Zukunft sind.

In Fortaleza, Ceara, Brasilien gibt es Aktionen gegen das Pecém Kraftwerk. Es ist das größte Heizkraftwerk in Brasilien und ein Symbol des realpolitischen Widerspruchs der Regierung mit dem COP21-Vertrag, den sie unterschrieben hat.

Cirebon, West Java, Indonesien: Aktivist*innen spannen Banner auf Kohleverlademaschinen und bringen so den Kohleterminal für Stunden zum Stillstand.

14. bis 15. Mai 2016 in Albany, New York, USA: Hunderte versammeln sich für eine Demonstration und eine Sitzblockade, um die Ölzüge zu stoppen, die durch Albany fahren, und dadurch anliegende Gemeinden gefährden sowie zum Klimawandel beitragen.

15. Mai 2016 bei Izmir, Türkei: Es gab es eine Massenaktion, um gegen eine Kohlehalde und weitere Kraftwerke in der Region zu demonstrieren.

13. bis 15 Mai 2016 in Anacortes, Washington, USA: Tausende Menschen versammeln sich an Land und im Wasser in March Point, dem Standort zweier Ölraffinerien, und führen drei Tage lang Protestaktionen durch, u.a. verschiedene Kayakfahrten, eine Demo, geführt von Indigenen, und eine Sitzblockade über Nacht auf den Zufahrtsgleisen, wobei es über 50 Festnahmen gibt.

15. Mai 2016 Washington DC, USA: Aktionen rufen Obama dazu auf, neue Offshore-Bohrungen in der Antarktis, dem Atlantik und dem Golf von Mexiko zu beenden.

Chicago, Illinois, USA: Es gibt Aktionen im Whiting Lakefront Park nahe der BP Whiting Raffinerie und nahe der Ölkatastrophe von 2014, bei der Öl in die Gewässer des Michigan Sees floss.

Weitere Informationen zu der internationalen Kampagne und Aktionen: https://breakfree2016.org

und zu Ende Gelände: https://www.ende-gelaende.org

Die Fotos im Filmstreifen sind von Isabelle Vandre.



Rassismus damals, Rassismus zwischendurch, Rassismus heute

– wie der Bundesgerichtshof seinen eigenen Rassismus kritisiert und was man dabei für die Flüchtlingsdebatte lernen kann.

Seit Merkels „Wir schaffen das“ kann man in der bürgerlichen Presse am laufenden Meter Artikel zu diversen Themen finden, die skeptisch beäugen, ob das so stimme. Klassisch ist etwa die Kostenfrage in Sachen Sozialstaat. Dann gibt es die Artikel, die sich um ordnungsgemäße Verwaltungsabläufe Sorgen machen. Die Integration als Anspruch wird unterstrichen und gleichzeitig vor Terroristen gewarnt. Und nicht erst seit der Silvesternacht in Köln geht es um das Thema Kriminalität, jetzt aber intensiver und verknüpft mit dem Thema sexuelle Übergriffe.

Und zwischendurch stolpert man über eine Auseinandersetzung des Bundesgerichtshofes mit seiner eigenen rassistischen Vergangenheit, wobei dessen Präsidentin explizit eine Parallele zur Flüchtlingsdebatte sieht. In einem Urteil von 1956 hat der BGH Entschädigungsforderungen von Roma und Sinti wegen ihrer Zwangsumsiedlung im Jahr 1940 zurückgewiesen. Der BGH befand 1956, dass zwar die Deportation nach Auschwitz im Jahr 1942 rassistisch gewesen sei. Aber zwei Jahre vorher, bei der Zwangsumsiedlung von Sinti und Roma nach Polen, seien die Gründe nachvollziehbare kriminalpolitische gewesen. Das BGH befand: „Sie neigen, wie die Erfahrung zeigt, zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und Betrügereien, es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe der Achtung vor fremdem Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist.“[1]

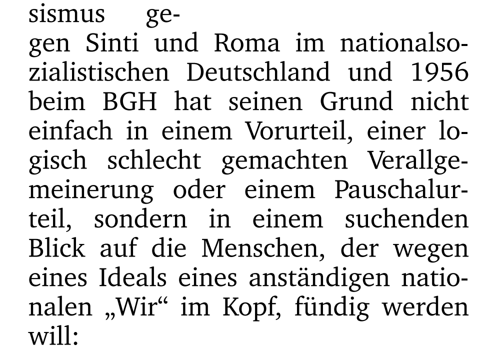
Vom Zentralrat der Sinti und Roma vor anderthalb Jahren darauf angesprochen, gibt der heutige BGH auf einem Symposium zu, das Urteil von 1956 war rassistisch. Was ist die Lehre für heute? „Die aktuelle Flüchtlingsdebatte macht uns bewusst, wie rasch wir auch dieser Tage mit weit verbreiteten Pauschalierungen von angeblichen und vielfach an bloßen Äußerlichkeiten festgemachten Wesensmerkmalen betroffener Gruppen konfrontiert sind.“[2] (Bettina Limperg, BGH-Präsidentin)

Hat sie was bemerkt? Fällt ihr eine Parallele zum politischen Vorhaben ein, kriminelle Ausländer noch einfacher abzuschieben als schon bislang möglich? Vermutlich nicht, denn das große „Sorry“ wurde zusammen mit einer Stellvertreterin genau des Ministeriums vorgetragen, das heute mit Justizminister Heiko Maas (SPD) die Abschiebung von „kriminellen Ausländern“ vorantreiben will.

Die Suche nach dem kriminellen Wesen



Die Lehre, die Limperg zieht, geht auch völlig am Kern von rassistischem Denken vorbei. Dieser Rassismus gegen Sinti und Roma im nationalsozialistischen Deutschland und 1956 beim BGH hat seinen Grund nicht einfach in einem Vorurteil, einer logisch schlecht gemachten Verallgemeinerung oder einem Pauschalurteil, sondern in einem suchenden Blick auf die Menschen, der wegen eines Ideals eines anständigen nationalen „Wir“ im Kopf, fündig werden will:



Der Ausgangspunkt des suchenden Blicks ist die Vorstellung, dass die Gesellschaft eine gute Sache für alle ist, wenn jeder sich an die Regeln hält, also gewillt ist, sich im Zweifelsfall zurückzunehmen. Darüber hinaus soll jeder auch bereit sein, sich für das große Ganze ordentlich einzusetzen, also auch zu opfern. Das meint das BGH-Urteil von 1956 mit der Sittlichkeit. Diese Vorstellung ist ein Ideal, weil nicht behauptet wird, dass alles bestens ist, sondern nur, dass alles bestens sein könnte, wenn sich die Gesellschaftsmitglieder nur richtig verhielten.

Nun kann man in dieser Gesellschaft Armut in den verschiedensten Formen massenhaft beobachten. Arbeitslosigkeit ist keine Ausnahme und steht als Drohung hinter jeder regulären Beschäftigung. Ein normaler Lohn reicht zum sorgenfreien Leben nicht hin und das nicht erst, wenn die Mieten mal wieder kräftig steigen. Diese Armut wird gerade unter Beachtung der Gesetze hergestellt und das könnte einem das Ideal eines harmonischen Miteinanders bei allseitiger Rechtstreue schon mal madig machen.

Wer aber an dem Ideal festhalten will (und das sind leider 99% der Bevölkerung), dem fallen insbesondere Handlungen anderer auf, die verboten sind. Davon gibt es viele. Es gibt wenige, die nicht wenigstens bei der Steuer schummeln und hier und da mal bescheißen. Unternehmen tricksen bei Abgaswerten oder schmieren den einen oder anderen Beamten. Das ist kein Wunder: Wenn alle den Auftrag bekommen, ihren Lebensunterhalt übers Geld abzuwickeln und diesen in Konkurrenz gegen andere erwirtschaften müssen, dann sind die Gesetze einerseits das Mittel der Konkurrenz und zugleich eine Beschränkung des eigenen Vorankommens. Der Kapitalismus funktioniert und zeitigt seine Konsequenzen in Sachen Armut und Existenzunsicherheit, weil sich alle im Großen und Ganzen an die Gesetze halten. Aber Gesetzesübertretungen sind seine ständige Begleiterscheinung. Wer dagegen das Ideal des anständigen Miteinanders, das sich für alle auszahlen würde, hoch hält, bei dem kommt nur die Frage auf, warum Leute ohne guten Grund dieses Miteinander versauen. Schon ist man nicht mehr bei einer theoretischen Debatte darüber, warum Leute Gesetze übertreten, sondern ist im Bereich der Moral, des Anstands. Gesetzesübertreter haben nicht einfach ihre vielleicht zu kritisierenden Gründe, dieses oder jenes zu machen, sondern sie seien schlecht und handelten in böser Absicht.


Foto: ssalonso

In der Regel wird vor Gericht die konkrete Handlung des Angeklagten mit dem Gesetz verglichen. Die Motivation spielt bei diesem Vergleich zunächst keine Rolle. Ist eine Abweichung festgestellt worden, geht es um das Strafmaß. An dieser Stelle spielt die Motivation eine sehr eigentümliche Rolle. Das Gericht will jetzt feststellen, wie sehr der Täter eigentlich das Gesetz übertreten wollte.[3] Als ob der Hauptzweck des Diebes beim Klauen das Gesetzesübertreten war und nicht vielleicht schlicht die Tatsache, dass er Hunger hatte. Hat sich der Täter lange vorbereitet, dann kommt eine höhere Strafe zu Stande. War der Täter betrunken, dann gilt das als strafmindernd, weil der Wille nicht ganz zurechnungsfähig war. Innere Gründe werden so zu dem entscheidenden Punkt an einer Tat erklärt und damit wird der Übergang zum inneren Wesen des Menschen gemacht: Der Täter hat nicht einfach etwas Verbotenes getan, sondern er hat aus „krimineller Energie“ gehandelt.[4] Plötzlich soll es eine innere Kraft geben, die einen Menschen dazu drängt, Gesetze zu übertreten. Wichtig ist jetzt nicht mehr, dass jemand regelmäßig Fahrräder klaut, weil er sich über den Weiterverkauf sein Geld zum Leben organisiert, sondern die Regelmäßigkeit wird jetzt zum Beweis, dass in ihm eine unanständige Kraft wirke, eben die kriminelle Energie.[5] In Erinnerung an das BGH-Urteil von 1956: Die guten Menschen haben eine innere positive Kraft „sittliche Antriebe“, den anderen geht dieser Trieb ab („es fehlen“), stattdessen sitzt da im Wesen ein anderer Trieb, der „Okkupationstrieb“.

Ein Zwischenfazit lässt sich festhalten, noch bevor man zum Rassismus im engeren Sinne kommt: Idealisten des guten Miteinanders durch Anstand finden laufend Anlässe in der Gesellschaft, „schlechte“ Menschen ausfindig zu machen und dichten ihnen dann dieses Böse-Sein, das Unanständig-Sein, als inneres Wesen an.

Wer da suchet, der findet

Dieser suchende Blick in die Gesellschaft kann sich an allerlei Sachen festmachen. An Individuen (das ist so einer!), an Familien (der Apfel fällt nicht weit vom Stamm), an Klassen oder Schichten (z.B. Sarrazin, der meint, dass 20% jeder Gesellschaft von Natur aus unbrauchbar sind für eine Gesellschaft), an Regionen (ob die „Jammer-Ossis“ wirklich für Deutschland ein Beitrag sind, fragt sich ja mancher „Wessi“ immer noch). Oder eben an „Rassen“. Auf der einen Seite bestreiten die meisten bürgerlichen Menschen mittlerweile, dass es sowas gäbe. Aber Ethnien, Völker und Kulturkreise stehen ja als Kategorien weiterhin hoch im Kurs und daran lässt sich ebenso gut anknüpfen, wenn man fündig werden will – im Kern sind es nur neue Wörter für denselben rassistischen Gedanken. Und dass die Körperpigmentierung für eine Menge an Verhaltensweisen stehen soll, die einem inneren Wesen entspringen würden, ist ebenfalls ein weit verbreiteter, wenn auch falscher Gedanke.[6]

Als Rassismus gelten vielen Kritikern heutzutage in der Regel nur solche Aussagen, die explizit auf Vererbungsmerkmale Bezug nehmen. Nur völkischer Rassismus ist dann Rassismus. Dagegen soll hier nochmal darauf hingewiesen werden, dass das Urteil „eine Gruppe sei unhintergehbar charakterlich so oder so aufgestellt“ auch ohne Vererbungslehre auskommt. Das BHG-Urteil von 1956 spielt zwar mit dem „Urmenschen“-Vergleich auf Vererbungslehre an, es lässt sich aber auch anders verstehen: Menschen halten sich in einer Gruppe (oder Region, Kulturkreis) auf, und durch das Leben in dieser Gruppe würde ihnen ein bestimmter Charakter anerzogen, den sie nicht wieder ablegen können. Dies ist kulturalistischer Rassismus in Abgrenzung zum völkischen oder biologistischen Rassismus. Der Unterschied besteht darin, dass nicht die Natur einen Menschen unhintergehbar zu so einem oder zu solch einem Menschen macht, sondern die soziale Umwelt. Gemeinsam ist beiden Varianten des Rassismus der suchende Blick nach einem moralischen Wesen, der dann in beiden Fällen im Ergebnis unabänderliche Charaktermerkmale findet.

Das rassistische Differenzierungsvermögen heute

Die Nazis haben es für ihr großes Weltmachtprojekt für absolut notwendig erachtet, das deutsche „Wir“ neu und radikal zu sortieren: Nur mit einem anständigen „Wir“ als Grundlage konnte für sie Deutschland wieder etwas werden in der Welt. Und je größer die Anstrengungen waren, die Hitler dem deutschen Volk abverlangen wollte (zunehmend mit dem Krieg), umso härter haben die Nazis aussortiert, bis hin zur Vernichtung von Menschen.

Diese Vernichtungspolitik hielt der Bundesgerichtshof 1956 für rassistisch motiviert, weil sie für den damaligen BGH keinen Sinn machte.[7] Dass die Nazis aber die Sinti und Ro-

ma kurz vorher aus Deutschland heraus deportieren wollten, erschien dem BGH 1956 wiederum als sehr plausibel. Manche Menschengruppen würden eben prinzipiell nicht in eine anständige Gemeinschaft passen, weil sie ihrem Wesen nach zur Kriminalität neigen würden.

Heute kritisiert sich der BGH selbst als ehemals rassistisch und das Justizministerium stimmt dem zu: Roma und Sinti sind nicht von Natur aus kriminell, so das offizielle Statement, und wer das Gegenteil behauptet, der macht eine falsche Verallgemeinerung. Der suchende Blick ist damit überhaupt nicht angesprochen, so dass bleibt: Nur manche Sinti und Roma sind ihrem Wesen nach kriminell, nicht alle!

Und mit diesem rassistischen Differenzierungsvermögen vom Standpunkt des Nationalisten wird derzeit die Flüchtlingsdebatte geführt. Dass „wir“ Flüchtlingen aus Kriegsgebieten helfen, das spricht für „uns“ als Gemeinschaft der Anständigen. Wenn die aber mehr wollen als keine Bombe auf den Kopf bekommen, z.B. sich berechnend eine neue Existenz lieber in Deutschland als in der Türkei oder Griechenland aufzubauen, dann nutzen die „unsere“ Hilfsbereitschaft aus und das spricht schon mal für einen schlechten Charakter der Flüchtlinge. Nun gut, ganz sicherstellen, dass „die“ in Griechenland bleiben, kann man wohl gerade nicht, so das bisschen Pragmatismus der Merkel-Politik, also wird fortgeschritten, dass „die“ sich zu integrieren haben.[8] Integration umfasst dabei alles, was dazugehört, eben ein anständiges Mitglied in der deutschen Gesellschaft zu werden.

Und ob „die“ das überhaupt können, dahinter steht ein dickes rassistisches Fragezeichen. Und je nachdem, welchen politischen Weitblick man hat, findet die rassistische Sortierung statt: „Ausländer raus“ ist der Standpunkt des ganz rechten Rands. Flüchtlingszahlen deutlich mindern und kriminelle Ausländer leichter abschieben, ist der Standpunkt der bürgerlichen Mitte.[9] „Aufklärung“ wird in dem Sinne betrieben, dass es vor allem die Nord-Afrikaner seien, die kriminell sind, Syrer dagegen nicht so doll. Und damit man die skeptische Bevölkerung beruhigen kann, soll jetzt schön nach Herkunftsregionen statistisch erfasst werden, wer was wie oft anstellt. Das gilt natürlich alles nicht als Rassismus, sondern als eine verständliche kriminalpolitische Maßnahme.

Das Wissen über Rassismus als Kulturgut

Noch eine letzte Überlegung zum Thema dieser Variante Rassismus. Manchmal kommt er sehr abstrakt daher, wenn „die Anderen“ sowieso einfach nicht zu „uns“ passen. Soweit es um konkretere Schuldzuweisungen an das innere Wesen irgendeiner vorhandenen oder empfundenen Bevölkerungsgruppe geht, gibt es plötzliche Änderungen, bei manchen aber recht beharrliche Urteile, die auch jeder kennt, selbst wenn er sie nicht teilt. So ist der Diebstahl ein Thema in Sachen Unanständigkeit, das mit dem Antiziganismus recht deutlich verwoben ist. „Dem Juden“ wird dagegen u.a. die besondere Geldgier nachgesagt, also ein mangelnder Wille sich für die Gesellschaft zurückzuhalten. Im Rassismus gegen „Schwarze“ spielt die natürliche Wildheit (als Idee und Legitimation dafür, dass er von „Weißen“ nur zu seinem eigenen Besten geführt werden müsse, bestimmte Tätigkeiten zugewiesen bekommen müsse, von bestimmten Tätigkeiten in einer Gesellschaft ausgeschlossen werden müsse oder aber, radikalisiert, gleich aus der Gesellschaft ausgeschlossen gehöre) und dabei spielt wiederum der männliche Sexualtrieb eine beharrliche Rolle. Diese gesellschaftlich gültige Assoziation ist mit der Köln-Silvester-Diskussion erfolgreich abgerufen und bestätigt worden. Keine gute antirassistische Praxis ist dann der Versuch, darauf hinzuweisen, dass 50 Täter nicht alle sind, dass „überwiegend nordafrikanisch“ eben auch sagt, dass auch andere dabei waren oder dass Deutsche sowas doch auch machen, etwa auf dem Oktoberfest. Damit verfehlt man den ganzen Kern der Debatte, wie sie geführt wurde. Dieser besteht vermeintlich darin, dass es für eine allseitig gut funktionierende Gesellschaft gute, anständige Menschen bräuchte. Damit wird die Suche nach wesensmäßig schlechten Menschen am Leben erhalten.

Wie Staatspersonal und Bürger sich im Rassismus aus unterschiedlichen Gründen leider einig werden

Für diesen Rassismus braucht es keine Schädelmessungen wie im Nationalsozialismus. Man darf hingegen gespannt sein, was die Neurowissenschaften irgendwann mal zur Kriminalitätsbereitschaft so „erforschen“ – die kühne These, dass man das Kriminalitätsgen bald finden wird, gibt es ja schon. Rassismus beruht aber nicht auf falscher Wissenschaft, sondern die falsche Wissenschaft gibt es wegen des Rassismus' der Wissenschaftler und sie liefert fortwährend Belege für einen Standpunkt, den es aus ganz anderen Gründen gibt:

Der Staat und seine Organe (Politik, Justiz und Polizei) sind interessiert an einer freiwilligen Unterordnung zum Zwecke des glatten Durchregierens für einen wachsenden nationalen Reichtum, der dann wiederum den Staat mächtig macht. Dafür wollen sie ein anständiges Volk. Eine rassistische Antwort ist eine Variante bei der berufsmäßigen nationalistischen Suche nach Störern. Die Bürger meinen, sie stünden besser da, wenn alle Menschen endlich anständig wären und wollen dafür einen starken Staat, der Mores lehrt und Unverbesserliche aus der Gesellschaft ausschließt. Deutsche, bei denen ein schlechter Charakter ausgemacht wurde, gehören für sie in den Knast,

kriminelle Ausländer sollen weg.

So geraten die meisten Menschen armutstechnisch unter die Räder, weil die Gesetze mit Erfolg durchgesetzt werden. Die Bürger gehen dennoch auf diesen gesellschaftlichen Zustand mit dem unabrückbaren Ideal los, dass wenn sich nur alle anständig – also der nationalen Moral gemäß – benehmen würden, es hier schon zu einem harmonischen Leben kommen sollte. Dass dieses Ideal permanent und notwendig gestört wird – eine Welt des Eigentums ist nun mal eine des permanenten Hauen und Stechens – nehmen sie nicht zum Anlass, sich ihre meist prekäre Existenz zu erklären, die ihnen der Staat mit der Verpflichtung aufs Geldverdienen einbrockt und vom Ideal abzurücken, sondern sich auf die Suche nach den Schuldigen – den Störern der Harmonie – zu machen. Eine Konsequenz, die sie ziehen, ist die Welt des Rassismus, deren Bilder und Inhalte mal plump, mal hochwissenschaftlich daher kommen, die Konsequenzen aber immer brutal für die Betroffenen sind. Und zwar nicht erst dann, wenn er wie jüngst in Clausnitz oder Bautzen handfest wird.

Autor*innen: Gruppen gegen Kapital und Nation

Fußnoten:

1: Das ganze Urteil (im folgenden als „BGH 1956" zitiert) ist nachzulesen auf: https://www.jurion.de/Urteile/BGH/1956-01-07/IV-ZR-273_55; gefunden am 23.02.2016.

2: Zitiert nach Süddeutsche Zeitung 18.02.2016, S. 6.

3: Siehe dazu den Text „Das staatliche Strafen" das Unterkapitel: „6. Die strafrechtliche Bestimmung von Schuld: mangelnder Wille zur Unterordnung unter die bürgerliche Rechtsordnung": https://gegen-kapital-und-nation.org/das-staatliche-strafen/#6

4: Zum Vergleich mit der heutigen Verschärfung der Abschiebung von Ausländern, die ein Gesetz übertreten haben, im Folgenden in den Fußnoten einige Zitate an den entsprechenden Stellen. Hervorhebungen dabei von GKN. Hier sei die CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann zitiert, die bereits im Sommer 2015 forderte: „Wer hier durch kriminelle Energie und Straftaten sein Asylrecht missbraucht, Menschen und Sachen bedroht, hat sein Aufenthaltsrecht in unserem Lande verwirkt, muss zwingend abgeschoben und bis zum Vollzug inhaftiert werden, um die Allgemeinheit zu schützen". Zitiert nach dem Handelsblatt vom 29.09.2015. http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fluechtlingsdebatte-cdu-innenminister-will-kriminelle-asylbewerber-abschieben/12380020-2.html; gefunden am 05.03.2016



5: In dieser Denke hat der Täter dann nicht ein Gesetz gebrochen, sondern ihm wird als Motiv untergeschoben, gleich eine ganze Rechtsordnung abzulehnen. Spiegel online zitiert am 07.01.2016 die Bundeskanzlerin: „Zu reden sei auch über möglichen Handlungsbedarf bei der Ausweisung straffälliger Ausländer, sagte Merkel. Es sei zu prüfen, `ob wir, was Ausreisenotwendigkeiten anbelangt (...) schon alles getan haben, was notwendig ist, um hier auch klare Zeichen zu setzen an diejenigen, die nicht gewillt sind, unsere Rechtsordnung einzuhalten.`"

http://www.spiegel.de/politik/deutschland/koeln-angela-merkel-bringt-striktere-abschiebepraxis-ins-spiel-a-1070958.html; gefunden am 05.03.2016.

6: Wobei hier daran erinnert werden soll, dass ein nach Anstand suchender Mensch sich unterschiedliche Hautfarben auch ordentlich einbilden kann.

7: „Die Klägerin ist auch nach dem schon erwähnten Auschwitz-Erlaß Himmlers vom 16. Dezember 1942 festgehalten worden. Dieser Erlaß bedeutet, darüber besteht allgemeines Einverständnis in Rechtsprechung und im Schrifttum, eine entscheidende Wendung in der Zigeunerpolitik des sogenannten `Dritten Reiches`. Er unterwirft alle Zigeuner Maßnahmen, die nur aus der Rassenideologie des Nationalsozialismus erklärt werden können." (BGH 1956)

8: Für eine differenziertere Analyse der deutschen Flüchtlingspolitik siehe https://gegen-kapital-und-nation.org/was-merkels-kurzer-sommer-der-menschlichkeit-über-die-deutsche-realität-aussagt/ Der Text ist im Oktober 2015 geschrieben worden, seit dem hat sich natürlich einiges getan.

9: Spiegel online stellt am 08.01.2016 die Position des SPD-Vorsitzenden und Vizekanzlers vor: „`Ich sage: Null Toleranz gegenüber Kriminalität und sexuellen Übergriffen`, zitiert die `Bild`-Zeitung Gabriel. Der Staat müsse stark und handlungsfähig bleiben: `Das sind wir den Deutschen und der überwiegenden Mehrheit der anständigen Flüchtlinge schuldig.`". http://www.spiegel.de/politik/deutschland/koeln-uebergriffe-an-silvester-vize-kanzler-gabriel-fordert-hartes-vorgehen-gegen-taeter-a-1071009.html; gefunden am 05.03.2016. Man achte darauf, dass in dem Zitat die Deutschen irgendwie prinzipiell als anständig unterstellt werden im Vergleich zu den Flüchtlingen, bei denen es solche und solche gäbe.



Flüchtlingsunterstützung auf Lesvos/Griechenland

Reka Ein Erfahrungsbericht

Februar 2016: Ich bin an der Küste im Norden von Lesvos mit Blick zum Meer und überschaue die Meerenge zwischen Griechenland und der Türkei. Es beginnt gerade ein weiterer Tag, an dem ich versuchen werde, in einem NGO-Projekt von Greenpeace und Ärzte ohne Grenzen mithilfe weiterer Freiwilliger Menschen vor dem Ertrinken zu retten.

Wir versuchen von einem Aussichtspunkt aus Flüchtlingsboote mit Hilfe von Teleskopen und Ferngläsern zu entdecken und melden dann ihren Standort, Bootstyp und die aktuelle Situation an unsere Rettungsboote weiter, welche Übersetzer*innen und Ärzt*innen an Bord haben und sich sofort auf den Weg machen, um das Boot zu retten.

Die Rettungsboote werden versuchen das Flüchtlingsboot zu stabilisieren und sicher an Land zu bringen, wo sie von Helfer*innen mit Kleidung, Decken und Essen empfangen werden. Durch die Ärzt*innen an Bord kann sofort 1. Hilfe geleistet werden, wenn notwendig. Außerdem organisieren wir weitere medizinische Versorgung an den Landungsstrand, sobald dieser feststeht.

Es ist gut, endlich hier zu sein und handeln zu können, statt die traurigen Bilder der vor Krieg flüchtenden Menschen nur hilflos in den Nachrichten ansehen zu müssen und nicht helfen zu können.

Diese lebensgefährliche Odysee über viele tausende Kilometer nehmen ganze Familien vom Baby bis zum Opa auf sich, weil sie dem Krieg entfliehen müssen, was z.B. in Syrien oder Afghanistan den fast sicheren Tod bedeuten würde. Ihre einzige Chance ist die Flucht, aber hier auf Lesvos frage ich mich: Wie verzweifelt muss eine Mutter sein, die nicht nur ihr eigenes Leben auf's Spiel setzt, um diese gefährliche Seeüberfahrt zu machen, bei der jedes Jahr Tausende sterben, sondern auch das Leben ihres eigenen Kindes? Wenn Menschen es schaffen, selbst in der größten Not so mutig zu sein und nicht aufzugeben, was haben wir super-privilegierte Weiße das Recht, nach Jahren des politischen Kampfes gegen den Kapitalismus ans Aufgeben auch nur zu denken?

Die Rolle, die wir als Helfer*innen hier übernehmen, ist nicht leicht, denn die Menschen kommen mit großer Hoffnung und sind so dankbar, wenn wir sie aus dem Wasser holen und versorgen. Manche weinen, manche beten, manche singen, manche lachen nach der Ankunft, aber ich schaffe es nicht immer, zurückzulächeln, weil ich die Bilder brennender Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland im Kopf habe.

Heute begann meine Schicht auf dem Aussichtspunkt um 11 Uhr, aber bevor wir starteten, wurde das medizinische Team nach Petra, einem Nachbarhafen gerufen, weil es einen Notruf wegen eines Kindes gab.

Später frage ich mich, was wohl aus dem Kind geworden ist und höre, dass 'auch' eine Frau starb... Auch? Was bedeutet 'auch'? Sie starben an Unterkühlung. Wie viele Tausend andere, weil die Boote überfüllt sind, weil sie nicht schwimmen können, weil sie Angst haben vor dem Meer, weil die Schwimmwesten nicht funktionieren, weil Krieg und Kapitalismus und das europäische Grenzregime sie dazu zwingen, ihr zuhause zu verlassen, um diese lebensgefährliche Reise zu machen...


Ankunft 500 Geflüchteter, nachdem sie von der griechischen Küstenwache eingesammelt wurden

Foto: Reka

Auch erschreckende Menschenrechtsverletzungen (neben dem täglichen Wahnsinn der europäischen Grenzpolitik) mussten wir leider beobachten. Beispielsweise haben Boote der türkischen Küstenwache oft Flüchtlingsboote sinnlos in Gefahr gebracht, indem sie mittels Seilen, die sie in den Propeller des Motors geworfen haben, diesen zerstörten, sodass das Boot im schlimmsten Fall stundenlang führerlos durch die Gegend trieb. Ebenfalls von der türkische Küstenwache wurden Flüchtlingsboote etwa 20 Minuten lang mit Wasser aus Schläuchen bespritzt, was gerade in den Wintermonaten gefährlich ist, da die Menschen, wenn sie erst einmal nass sind, schnell unterkühlen und die Fahrt ja mindestens zwei Stunden dauert. Gerade viele Kinder sterben im Winter an Unterkühlung, da sie meist in der Mitte des Bootes sitzen müssen und dort schneller nass werden, bzw. im Boot ertrinken, wenn es in schlechtem Zustand oder überfüllt ist und daher viel Wasser reinlässt. In diesen Momenten bleibt nichts anderes üb-

rig, als die Vorfälle zu dokumentieren, zu veröffentlichen und dem medizinischen Team an Land schon mal Bescheid zu geben...

Manchmal werden die Boote dann weiter in griechische Gewässer gelassen, wo sie von unseren Booten erwartet werden oder die Geflüchteten werden auf das Boot der türkischen Küstenwache geholt und wieder zurück in die Türkei gebracht.

Das schönste Gefühl ist es, wenn abends die Schicht vorbei ist und keiner gestorben ist. Wenn du denkst: „Puh, heute haben es alle lebend rüber geschafft.“.

Kein Tag ist wie der andere, jede Schicht ist anders und eine neue Herausforderung. Schon am ersten Tag lernte ich: „Always expect the unexpected! - Erwarte immer das Unerwartete!“

Dies ist auch mein erstes Projekt mit NGOs, da ich normalerweise in Graswurzelzusammenhängen aktiv bin und sich zufällig die Gelegenheit hier ergeben hat. Es ist wirklich krass, wie das kapitalistische System selbst aus dieser Notsituation und diesen helfenden Strukturen Profit schlägt, denn es scheint, als wäre hier in den letzten Monaten eine Helfer-Industrie entstanden. Am Ende des Monats auf Lesvos stehe ich am Hafen und warte mit Hunderten Geflüchteten auf die Fähre, da kommt so ein Reporter zu mir und fragt mich, wie es sich anfühlt, hier zu stehen mit all den Geflüchteten. Ich antworte: „Ist einfach nur Schlange stehen. Warum sollte sich das hier anders anfühlen als woanders?“ Ich kann das Wort „refugee“ nicht mehr hören, weil es hier irgendwie inzwischen eine unsichtbare Linie zieht, die ich nicht verstehe, denn wir sind doch alle Menschen.


Foto: Reka

Beim Aussichtspunkt auf der Suche nach Flüchtlingsbooten

Berg aus Rettungswesten tausender Geflüchteter auf Lesvos


Foto: Reka

Hier in der Helferindustrie werden sie aber zu Konsument*innen für die NGO-Industrie.

Aktuelle Entwicklungen

Ab **Mitte März** tritt das Flüchtlings-(Aschiebe)Abkommen der EU mit der Türkei in Kraft, woraufhin die Flüchtlingslager noch mehr in Abschiebeknäste umgewandelt werden, ohne ausreichende medizinische oder sanitäre Versorgung der Menschen. Des Weiteren beginnen nun die Abschiebungen hunderter Menschen direkt von Lesvos mit Booten zurück in die Türkei, obwohl relativ klar ist, dass dort Menschenrechte noch weniger zählen und die Gefahr groß ist, zurück ins Kriegsgebiet abgeschoben zu werden.

Nachdem die Zustände in Moria (Abschiebeknast auf Lesvos) durch den EU-Türkei-Deal immer schlimmer werden, verlassen „Ärzte ohne Grenzen“ Mitte April den Abschiebeknast und stellen ihre Hilfe ein, da sie sich nicht vom EU-Grenzregime als Werkzeug für ihre menschenverachtende Flüchtlingspolitik benutzen lassen wollen.

Am **26. April** besuchten der griechische und der niederländische Einwanderungsminister das Abschiebegefängnis in Moria/Lesvos. Dabei kam es zu Ausschreitungen, nachdem die Minister von unbegleiteten jungen Geflüchteten gefragt wurden, ob Europa jemals die Grenzen für sie öffnen werde und der niederländische Minister mit einem harten „Nein.“ antwortete. Daraufhin wurde er von natürlich wütenden Teenagern mit Wasser bespritzt, was die griechischen Robo-Cops zum Anlass nahmen, sie zu verprügeln.

Dieser Zwischenfall provozierte weitere Ausschreitungen mit Steinwürfen und Bränden, die von weiteren Polizeieinheiten mit Tränengas beantwortet wurden. Es gab mindestens 20 verwundete Geflüchtete.

Die Zustände sind weiterhin schrecklich im Abschiebegefängnis mit 3500 Menschen auf engstem Raum, wo die meisten draußen auf dem Boden schlafen müssen; ohne Decke, ohne medizinische Versorgung für Kranke, Kinder und Schwangere. Die einzige Information, die sie über ihren aktuellen Status oder ihr mögliches Schicksal haben, ist, dass der Staat gerade ihre Abschiebung in die Türkei vorbereitet.

3. Mai: Die Polizei hat begonnen, den Geflüchteten aus Syrien, Afghanistan und dem Irak Papiere zu geben, die ihnen erlauben, sich frei auf der Insel zu bewegen. Aber diese Papiere ermöglichen ihnen dennoch nicht, die Insel zu verlassen, d.h. das Abschiebegefängnis wurde einfach nur vergrößert.

Neoimperialismus im Deckmantel sogenannter Entwicklungshilfe

dr **Das „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (BMZ) ist in Deutschland nach Eigendarstellung zuständig „für die Bekämpfung der Armut, für Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, für eine faire Gestaltung der Globalisierung und für den Erhalt der Umwelt und der natürlichen Ressourcen.“[1] in aller Welt. Und weiter für „Eine Welt, in der alle Menschen selbstbestimmt und in Freiheit ihr Leben gestalten können, eine Welt ohne Armut, gewaltsame Konflikte und ökologische Zerstörung.“[2] Schön, oder?**

Und in in Echt?

Wenn man sich jedoch die Realität anschaut, wird man das Gefühl nicht los, dass es sich hierbei um orwellsches Neusprech handelt, dass das Gegenteil meint, als es in Wirklichkeit ist.

Wichtigstes Werkzeug der „internationalen Entwickungszusammenarbeit“ ist heute die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Die ist an sich schon ein neoliberales Highlight, 2011 aus der Fusion verschiedener Entwicklungsbehörden hervorgegangen. (Übrigens in der Ägide von Minister Dirk Niebel. Das ist derjenige, der das eigentlich schon abgeschlossene internationale Abkommen zum Erhalt des Yasuni-Waldes in Ecuador hat platzen lassen – das wäre wohl noch zu schön, dass Deutschland Geld für Naturschutz in Ecuador ausgibt – und der heute für den Rüstungskonzern Rheinmetall arbeitet.) Die GIZ ist jetzt ein privatwirtschaftlich organisiertes – jedoch zu 100% im Besitz des BMZ befindliches – gewinnorientiertes Dienstleistungsunternehmen. Als solches verkauft es einen Service, wie Unternehmen am Markt das nun mal tun. Hauptsächlich an das BMZ, also seinen Eigentümer, aber auch an andere nationale und internationale öffentliche Institutionen oder privatwirtschaftliche Unternehmen.

Die Kernkompetenz ihres Leistungsspektrums sieht die GIZ darin: „Menschen [zu unterstützen] Fachwissen sowie Handlungs- und Steuerungskompetenz zu erwerben. Organisationen, Behörden und Unternehmen erhalten Beratung, um ihre Organisations-, Management- und Produktionsstrukturen leistungsfähiger zu machen. Und nicht zuletzt berät die GIZ Regierungen darin, Ziele und Veränderungsprozesse in Gesetzen und Strategien zu verankern und landesweit umzusetzen. Denn entscheidend für wirkungsvolle und nachhaltige Reformen sind die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.“[3]

Was dass dann konkret heißt, lässt die GIZ ihre Kunden erzählen, so zum Beispiel Dr. Andreas Blüthner, von der BASF: „Die GIZ hat das Mandat sowie eine beeindruckende Kompetenz, Regierungen von der Notwendigkeit von Standards zu überzeugen und sie auf dem Weg dorthin zu beraten.“[4], der sie für ihre Unterstützung in der Realisierung „eines überregionalen Projekts zur Anreicherung von Nahrungsmitteln gegen Mangelernährung.“ lobt. Dieses sieht – als zugegebenermaßen harmlosere Variante zu den auf Gentechnik basierenden „Goldenrice“ Machenschaften – die Anreicherung von Grundnahrungsmitteln durch Vitamin A vor. Selbstverständlich „made in Ludwigshafen“. Dabei wird künstlich hergestelltes Vitamin A, nachdem es entsprechend aufbereitet wurde, exportiert und wiederum mit Hilfe von BASF Technikern in den Zielländern Grundnahrungsmitteln wie Öl oder Mehl beigemengt. Bei BASF legt mensch wert auf die Feststellung, dass „Wir […] unseren Kunden und Partnern nicht nur das Vitamin A [anbieten], sondern sie erhalten von uns eine Gesamtlösung“[5]

Im Klartext: eine offizielle, von einem deutschen Bundesministerium getragene Organisation, betreibt Lobbyismus für eine Gesetzgebung, die für dergestalt sympathische, für ihre ökologische und soziale Verantwortung bekannte Unternehmen wie der BASF bessere Absatzmöglichkeiten eröffnet, bzw. überhaupt erst den legalen Rahmen für den Absatz ihrer industriellen Hightechprodukte ermöglicht. Dem entsprechend findet die GIZ auch, dass eine tatsächliche Ernährungssouveränität der Menschen in den zu entwickelnden Ländern, im Rahmen selbstbestimmter, kleinbäuerlicher Landwirtschaft, auch als Vor-



Ergebnis deutscher Entwicklungshilfe: Teakplantage in Nicaragua



Ticker: Agrogentechnik und ihre Seilschaften

Neues vom Acker (machen)!

jb Kampagne „Monsanto auf Deutsch“
c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/903283
saasen@projektwerkstatt.de, www.biotech-seilschaften.de.vu

Wesentlicher Rückzug aus der Gentechnik durch BASF

BASF hat sein Biotech-Personal halbiert und Versuchsstandorte in Hawaii, Indien und Puerto Rico geschlossen sowie sein GVO-Portfolio beschnitten. Es scheint, als ob BASF realisiert hätte, dass es mit dem Gentech-Ansatz auf das falsche Pferd gesetzt hat.

ChemChina bietet mehr als 43 Milliarden Dollar für Syngenta

Der im Staatsbesitz befindliche Konzern China National Chemical Corp. hat ein Angebot zur Übernahme des Schweizer Pestizid- und GV-Saatgutherstellers Syngenta für einen Preis von mehr als 43 Milliarden US-Dollar bar vorgelegt.

Nochmal einige Worte zu Glyphosat

Das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat ist ein Gift. Gifte sind giftig, das ist ihr Sinn. Es ist auch nicht überraschend, wenn Gifte mehr ungünstige Wirkungen haben als nur das, wofür sie ausgebracht werden. Das gilt also auch für Glyphosat. Laut der Krebsforschungsstelle der Weltgesundheitsorganisation (IRAC) ist es nun ein möglicherweise krebserregender Stoff. Gift ist Materie. So etwas verschwindet nicht einfach, sondern lagert sich ab oder reagiert zu andreen Stoffen. Die logische Folge: Glyphosat konnte in allen der 14 meistverkauften Biersorten in Deutschland festgestellt werden. Jedes Gift weniger ist ein Beitrag, die Welt lebenswerter zu erhalten. Insofern wäre das Verbot von Glyphosat eine gute Sache. Doch ein paar Fragen stellen sich doch: Wurde im Bier auch nach anderen Giften gesucht - und wenn nein, warum nicht? Was kommt, wenn Glyphosat geht? Stellen die Landwirt_innen, Garten- und Hauseinfahrts-Hobbyspritzer_innen dann auf Öko um? Wie kommt es, dass diese Fragen gar nicht gestellt werden? Glyphosat ist mittlerweile das am weitesten verbreitete und am stärksten eingesetzte Unkrautvernichtungsmittel in der Geschichte der chemischen Landwirtschaft sowohl in den USA als auch weltweit, wie ein Bericht in dem Journal „Environmental Sciences Europe“ besagt. Gentech-Pflanzen sind verantwortlich für 56 Prozent des weltweiten Glyphosat-Einsatzes. Das liegt auch daran, dass Glyphosat seit Auslaufen von Patenten ziemlich billig geworden ist. Haben die Firmen daher vielleicht sogar selbst ein Interesse am Glyphosatverbot? Sind Grüne, BUND, Umweltinstitut & Co. also eher selbstverschuldet dumme Erfüllungsgehilfen des Kapitals? Sicher ist, dass vor allem deutsche Firmen in den Startlöchern stehen, um mit den schon vorhandenen Nachfolgeprodukten (Gift plus gentechnisch veränderte und dadurch resistente Pflanze) fette Gewinne zu machen. Eines ist Cultivance von BASF (Wirkstoff: Imidazolinon), ein anderes Liberty Link von Bayer (mit Wirkstoff Glufosinat), die unter anderem in Südamerika eindringen (www.keine-gentechnik.de/nachricht/31744/). Aber auch andersorts schläft die kapitalistische Maschinerie nicht, z.B. mit dem Mittel Enlist Duo von Dow - dazu eine aktuelle Info: Eine Gerichtsentscheidung hat die Bemühungen von Dow Chemical, ein Unkrautvernichtungsmittel aus der Ära des Zweiten Weltkrieges wiederzubeleben, mit einem Sieg belohnt und bringt damit die nächste Generation von Gentech-Pflanzen einen Schritt näher an die US-amerikanischen Abendessen. Das 9. US-Berufungsgericht lehnte den Antrag der US-Umweltschutzbehörde (EPA) ab, die Genehmigung ihrer eigenen Wissenschaftler aus dem Jahre 2014 des Dow Unkrautvernichtungsmittels mit der Produktbezeichnung „Enlist Duo" auszusetzen.

Frage: Wem dient die einseitige Kampagne gegen Glyphosat? Der Umwelt? Den Konzernen? Den Umwelt-NGOs und ihren Mitglieds-/Spendenzugängen? (Quellen dieser Nachrichten: Eigenrecherche und GM-Watch Nr. 365)

Rezension in GID Nr. 234 (Februar 2016, S. 48): Hinter den Laboren

Den Hinweis „Ähnlichkeiten mit lebenden Personen sind rein zufällig.“ suchen Sie in diesem Buch vergeblich. Die Nähe zu bekannten Skandalen macht den Reiz von „Hinter den Laboren“ aus. Wer sich in den vergangenen zehn, fünfzehn Jahren in der Gentechnik-kritischen Bewegung Deutschlands getummelt hat, wird in Jörg Bergstedts Roman Vieles (wieder-)entdecken. Das hat dem Rezensenten oft großen Spaß bereitet. Ein interessanter, in weiten Teilen gelungener Versuch verdient Erwähnung: Bergstedt hat mit Unterstützung „mehrere[r] Personen unterschiedlicher Geschlechtszuweisung“ eine geschlechterrollenfreie Sprache entwickelt; mit neuen Wortformen, Artikeln und anderem. Die vielleicht spannendste Frage, die am Ende offen bleibt, ist: Wo bekomme ich die Liste mit den Auflösungen welcher reale Name sich hinter welchem Namen im Roman verbirgt?

Christof Potthof

* Jörg Bergstedt: Hinter den Laboren. Roman, SeitenHieb-Verlag (2015), 298 Seiten plus Glossar, 10 €, ISBN 978-3-86747-056-8. (Quelle: http://gen-ethisches-netzwerk.de/GID/234/rezension-hinter-laboren)

Kampagne für Nulltarif und gegen die Kriminalisierung des „Schwarzfahrens“

Fünf Freisprüche in Gießen!!!

jb **Automaten, Werbung, Kontrolleur_innen und die ganze Strafverfolgung fressen einen guten Teil der Fahrkarteneinnahmen wieder auf (Schwarzfahren hingegen kosten gar nichts, auch wenn oft Gegenteiliges gepöbelt wird). Das Fahrkartenwesen ist nicht effizient - und schon gar nicht sozial, umweltfreundlich usw. Schwarzfahren als Protestform gegen den Unsinn ist nicht nur politisch sinnvoll und wirksam, sondern zudem keine Straftat mehr: Wer als Schwarzfahrer_in demonstrativ agiert und erkennbar ist, begeht keine „Erschleichung“ mehr. Sollte das ein Massenphänomen werden, haben die Organisator_innen des ständigen Bezahlens und Vermarktens ein Problem. Oder einen Grund, mal was anderes zu versuchen als Profit auf Kosten von Mensch und Umwelt. Mehr Infos und Hintergrundinfos sowie Tipps zum straffreien Fahren und zu den Aktionen für Nulltarif unter www.schwarzstrafen.de.vu. Die Kampagne heißt Schwarzstrafen, was darauf hinweisen soll, dass nicht das Fahren, sondern das Bestrafen illegal ist.**

Endlich: 5 Freisprüche wegen demonstrativem Schwarzfahren in Gießen

Es ist soweit: Die ersten Gerichte erkennen an, dass demonstratives Schwarzfahren keine „Erschleichung von Leistungen“ ist – und damit keine Straftat. Das ist vom Gesetzeswortlaut eigentlich auch klar, zumal die üblichen Kommentarbücher das vielfach noch deutlicher ausdrücken. Doch längere Zeit wurde getrickst und das Recht verbogen. In Gießen gab es jetzt aber fünf Freisprüche in Serie. Es begann am 21.12.2015 und vor dem Amtsgericht Gießen. Richter Seichter erließ drei Freisprüche – unter anderem zur spektakulären Aktionsschwarzfahrt am 2.3.2015, als fünf Aktivisten mit Flyern, Transparent, Megafon und Schildern am Körper von Kempten über München, Nürnberg, Würzburg und Frankfurt nach Gießen – mit Demonstrationen in einigen der Bahnhöfe. Berichte des Prozesses gibt es unter https://de.indymedia.org/node/7222, über die allgemeine Infoseite zum straflos-demonstrativen Schwarzfahren (www.schwarzstrafen. de.vu) und auf www.giessener-allgemeine.de/Home/Stadt/Uebersicht/Artikel,-Gruenes-Licht-fuer-Aktivist-des-Umsonstfahrens-arid,615141_regid,1_puid,1_pageid,113.html.

Doch das war erst der Anfang. Spektakulärer verlief der Prozess am 18.4.2016 – diesmal sogar vor dem Landgericht Gießen. Verlauf und Freispruch schafften es bis in die Heute-Nachrichten des ZDF. Die Gießener Allgemeine veröffentlichte am Folge einen so schönen Artikel, dass wir den einfach abdrucken als Beleg, wie politisch Gerichtsprozesse sein können ... Übrigens geht es noch weiter: Die Staatsanwaltschaft hat Revision eingelegt. Das bedeutet Chance und Gefahr, denn auf jeden Fall fällt nun ein Urteil auf höchster Gerichtsebene für solche Fälle. Das hätte dann endgültig bundesweite Bedeutung.

Böhmermann als Vorbild

Freispruch für Bergstedt im Schwarzfahrer-Prozess – Gericht: »Erschleichungsparagraf« hat sich überholt

Gießen (mö). Voll besetzte Zuhörerreihen im Saal 15 und ein Team des ZDF auf dem Flur: Im Landgericht schien sich am Montag nicht Alltägliches zu ereignen. Und tatsächlich hat die 3. Kleine Strafkammer unter Vorsitz von Richter Dr. Johannes Nink mit ihrem Freispruch für den Gießener Gesellschafts- und Kapitalismuskritiker Jörg Bergstedt womöglich ein kleines Stück Rechtsgeschichte geschrieben. Denn der Entscheidung, der Berufung Bergstedts gegen ein Urteil des Gießener Amtsgerichts vom Juli 2014 stattzugeben, liegt die Auffassung zugrunde, dass sich der Strafrechtsparagraf 265 a (Erschleichen von Leistungen) zumindest, was den Nahverkehr betrifft, überholt hat. »Wenn Juristen Kapriolen drehen, um eine Norm zu retten, wird's peinlich und der Schwarze Peter von Gericht zu Gericht weitergereicht«, sagte Nink in seiner Urteilsbegründung.

Und darum ging es in dem Fall: Im Juni 2013 hatte Bergstedt in der Nähe von Köln zweimal eine S-Bahn genutzt, ohne zuvor ein Ticket gelöst zu haben. Der Fahrpreis betrug jeweils 6,20 Euro. Folge: Die Bahn zeigte ihn an. Bergstedt freilich trug einen Sticker mit der Aufschrift »Ich fahre umsonst«, denn der Politaktivist aus Saasen gehört seit Jahren zu den führenden Köpfen der sozialen Bewegung der »Umsonstfahrer«. Sie propagieren den Nulltarif im Nahverkehr, damit sozialschwache Menschen ihre Mobilität nicht verlieren.

Schwarzfahren beschreibt das, was Bergstedt und dessen Mitstreiter bundesweit praktizieren, eigentlich nicht richtig. Denn sie tun mit ihren »Ausweisen« demonstrativ kund, dass sie keinen Fahrschein lösen. Insofern, argumentieren die Umsonstfahrer, könne von einem Erschleichen der Transportleistung keine Rede sein. Mithin sei ihr Handeln nicht strafbar. In den Kölner Fällen folgte das Amtsgericht dieser Sichtweise nicht und verurteilte Bergstedt zu einer Geldstrafe.

Staatsanwalt Volker Bützler hielt an der Argumentation aus dem erstinstanzlichen Verfahren fest, wonach Bergstedt seinen Status als Umsonstfahrer mit den Stickern nicht ausreichend deutlich gemacht habe. »Man muss als Kontrolleur auf Sie zugehen, dann erst wird klar, dass Sie bekennender Schwarzfahrer sind«, sagte der Ankläger.

Dieser Sichtweise schloss sich Nink nicht an. »Natürlich sind diese Sticker eine Demonstration«, so der Richter und zog einen Vergleich zu einem aktuellen Thema. »Das ist der Böhmermann-Trick: Man tut demonstrativ Verbotenes, um das Verbot zu erklären. Aber ich glaube, der Böhmermann hat das eher von Ihnen gelernt, Herr Bergstedt.«



Mitstreiter Bergstedts haben am Montag das Pflaster vor dem Landgericht mit den Parolen der »Umsonstfahrer« beschriftet. (Foto: Schepp)

> „Herr Bergstedt: Sie sind erstmals bei einer Urteilsverkündung aufgestanden“
>
> „Oh, das ist mir jetzt aber peinlich“
>
> Richter Johannes Nink im Dialog mit dem Angeklagten Jörg Bergstedt

Nink machte deutlich, dass sich der – aus dem Jahr 1935 stammende – Paragraf 265 a im Zeitalter der »modernen Massenverkehrsmittel« überholt hat. »Früher, als man ohne Ticket gar nicht zum Bahnsteig kam, musste man zum Erschleichen der Leistung aktiv etwas beitragen.« Heutzutage dagegen werde im Nahverkehr kaum noch kontrolliert. Im Übrigen sei die Frage, ob das demonstrative Umsonstfahren eine Straftat sei, für den heimischen Gerichtsbezirk durch ein Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt vom Juli 2010 im Grunde bereits verneint worden.

In seinem Schlusswort betonte Bergstedt, dass es beim Nulltarif im Nahverkehr um eine »zutiefst soziale und ökologische Frage mit einer politischen Dimension« gehe. Es gehe einerseits um die Teilhabe von Armen am gesellschaftlichen Leben und andererseits um die Notwendigkeit einer »massiven Kehrtwende in der Verkehrspolitik«. Es gebe aber auch noch ein persönliches Motiv. Bergstedt: »Einmal im Leben sollte man es schaffen, einen Strafrechtsparagrafen abzuschaffen. Der Jan Böhmermann hat das mit der Majestätsbeleidigung geschafft, ich schaffe es jetzt vielleicht mit dem 265a.«

Meistgelesen

> Freispruch für Bergstedt im Schwarzfahrer-Prozess

> 14-jährige aus Linden vermisst

Oben: Artikel in der Gießener Allgemeinen am 19.4.2016

Zahlen: Jede 12. Verurteilung in NRW ist wegen Schwarzfahrens ... Kosten pro Gefangenen: 3500 Euro/Monat (Quelle: einsfestival-Doku hierundheute.de 2014)

Amtsgericht Kerpen: Beleidigter Richter zieht Strafantrag zurück

Es ging um eine Hausbesetzung im Zuge des Klimacamps 2014. Teilnehmer_innen eines dorthin verlegten Workshops (der einzige Workshop, der damals aus seinem Stattfinden gleichzeitig eine Aktion machte) wurden wegen Hausfriedensbruch angeklagt - und zunächst verurteilt. Dabei ging in einem Prozess der Amtsrichter Witzel mit etlichen Verstößen gegen die StPO und bizarren Beleidigungen gegen die Angeklagte vor. Protestierende Zuschauer warf er aus dem Saal. Einer quittierte das mit dem Vorwurf der Rechtsbeugung. Statt nun dazu zu ermitteln, eröffnete die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen den Vorwurf der Rechtsbeugung. Das sei eine Beleidigung. Ob der Vorwurf stimmte oder nicht, interessierte die Staatsanwaltschaft dabei nie. Wer Justiz kritisiert, begeht per se eine Straftat. Die heißt nicht mehr Majestätsbeleidigung, aber eine Beleidigung wurde angeklagt. Der beleidigte Richter geriet allerdings im Zeugenstand und erheblichen Fragedruck des Angeklagten. Daraufhin zog er seinen Strafantrag zurück.

Der Beschluss jetzt, der das Verfahren beendet, steht unter www.projektwerkstatt.de/kohle/strafrecht/beleidigung140509/160322ende_beschluss.pdf zum Download bereit.

Besetzung gegen Landgrabbing

Die beiden Dörfer Sanamadougou und Sahou in Mali haben seit 2010 einen Großteil ihrer landwirtschaftlich genutzten Flächen durch Landgrabbing verloren. Seitdem hat sich vieles getan: Der malische Investor Modibo Keita (der indirekt auch von Geldern aus der deutschen Entwicklungszusammenarbeit profitiert) ist durch diverse Aktionen in Mali und Deutschland massiv unter Druck geraten, und auch die malischen Behörden stehen unter Zugzwang, nachdem immer neue skandalöse Details ans Licht gekommen sind. Vor diesem Hintergrund haben die Dorfbewohner_innen am Montag mit einer mindestens einwöchigen Feldbesetzung auf einem Teil ihres geraubten Landes begonnen. Ursprünglich hatten wir bereits im vergangenen Juni und Juli ein entsprechendes Sit-in angekündigt. Doch jedes Mal sind die Bauern und Bäuerinnen zurückgeschreckt, weil die Polizei ein massives Vorgehen angedroht hatte. An diesen Drohungen hat sich nicht wirklich etwas geändert – beispielsweise ist am Mittwoch der Präfekt mit 21 Mitarbeiter_innen aufgeschlagen und hat den Bauern und Bäuerinnen angedroht, dass dem Investor demnächst 20.000 weitere Hektar verpachtet würden und dann alle Dörfer verschwinden müssten. Geändert hat sich allerdings die Entschlossenheit der Bauern und Bäuerinnen. Denn immer mehr Familien sehen sich mit der Frage konfrontiert, ob sie endgültig abwandern müssen, d.h. mittlerweile geht es um alles oder nichts: Entweder die uralten Dörfer erhalten ihre Flächen zurück oder sie verschwinden schrittweise. Landgrabbing ist eine Fluchtursache - eine der vielen, die von Außen ausgelöst werden.

Die Besetzung hat in Mali bereits ein lebhaftes Echo ausgelöst. Darüber hinaus hat Afrique-Europe-Interact in den letzten Tagen nicht nur zahlreiche malische Regierungsvertreter_innen von Europa aus telefonisch kontaktiert, sondern auch den Investor Modibo Keita selbst. Dabei hat der Investor ganz ungeniert sein Leid geklagt, zudem hat er gefragt, ob wir denn Lösungsvorschläge hätten. Auf den naheliegenden Vorschlag, das Land zurückzugeben, wollte er sich aber (noch) nicht einlassen - gleichwohl ist nunmehr ein Gespräch mit den Dorfbewohner_innen ins Auge gefasst.

Wer Lebensmittel aus dem Müll rettet, begeht eine Straftat!

Supermärkte und Justiz schlagen wieder zu: In Aachen und in Gießen sollen Menschen vor Gericht gestellt werden, die sich am Müll bedienten statt durch Kaufkonsum die Ausbeutung von Mensch und Natur weiter anzukurbeln bei gleichzeitiger Notwendigkeit, Geld in (meist auch problematischen) Jobs zu verdienen. Kapital und Klassenjustiz nennen das Diebstahl. Der Termin in Gießen steht fest: Mi, 29.6. um 9.30 Uhr vor dem Amtsgericht Gießen (Gutfleischstr. 1, Raum 200A). Rund um den Aachener Prozess ist mehr auf http://aachencontainert.blogsport.de/ zu finden.



Idee für das Klimacamp 2016 im Rheinland „Aktionslabor"

***jb* Auch 2016 wird es wieder ein Klimacamp im Rheinland (http://klimacamp-im-rheinland.de) geben! Vom 19.-29. August geht es wieder um Vernetzung, Bildung und Aktionen ... und darum, die Gesellschaft von morgen schon heute zu leben - sozial, basisdemokratisch und umweltgerecht.**

Auf dem Klimacamp planen einige Menschen in bunter Zusammensetzung aus ausgeCO2hlt, Hambacherforst, Projektwerkstatt, AntiRRR usw. nicht nur bunte Aktionstage, sondern ein ständiges "Labor" zum Kennenlernen und Üben von Aktionen. Unter anderem sind geplant:

- Trainings und Workshops zu Aktionsmethoden
- 3-4 Aktionstage, an denen aber nicht eine zentrale Aktion, sondern viele kleine selbstorganisierte, miteinander vernetzte Störungen usw. stattfinden sollen (eventuell mit Schwerpunktsetzungen, z.B. einmal rund um ein Kraftwerk, einmal am Tagebau, einmal an den Transportstrecken usw.)
- Ausstellungen, Beratungszeiten, natürlich auch wieder eine Rechtshilfegruppe usw.

Eine zusätzliche Idee ist eine Art Theaterzelt, wo durchgehend (also z.B. von 10 Uhr morgens bis 24 Uhr abends) ein Bühnenprogramm läuft, auf dem Aktionstipps, Erfahrungsberichte usw. weitergegeben werden. Mit Beiträgen von 10 bis 30 min zeigen dort Aktivist_innen, wie mensch sich ankettet, wie Lockons geschweißt oder Stinkeflüssigkeiten gemixt werden, wie Fakes entstehen oder Auftritte in Polizeiuniformen wirken. MarsTV tritt irgendwann mal auf, vielleicht auch Clowns, Stelzenläufer_innen und viele mehr, die damit zeigen, wie bunter Protest aussehen kann. Zwischendurch gibt es Interviews, Bilder und Filme von gelaufenene Aktionen. Insgesamt ist es so ein Dauerprogramm zum Kennenlernen von Aktionsformen. Das Ganze wird laufend mitgeschnitten, um dann im Laufe der Tage auch immer mal wieder als Film eingespielt zu werden (also z.B. so, das am zweiten Tag eine Schweißvorführung live läuft, wie Lockons entstehen - der Film wird dann an Tag 5 und 7 nochmal wiederholt). Außerdem werden die Filme als Tutorials für Aktionen später auf Youtube gestellt. Das Theaterzelt soll nett eingerichtet sein, vielleicht auch mit Ausstellungen, Catering usw. Wer hat Lust, mitzumachen??? Kontakt über die Projektwerkstatt per Mail oder 06401-903283.

Film „freaks" gesucht

Wir suchen Menschen, die Lust haben, mit der Kamera bei Aktionen dabei zu sein oder Teil der Aktion zu werden (wenn der Film bzw. die Weiterverarbeitung dazugehört). Am schönsten wären Menschen, die sowohl Filmen als auch Filme schneiden können und auch Lust hätten, dass in einer Aktion ziemlich direkt zu verbinden. Näheres dann, wenn ein Kontakt entsteht.

Filmemacher gewinnt Prozess gegen Rechtspopulisten

Das Landgericht Hamburg hat das Zitierrecht gestärkt. In einem Verfahren des weit ins rechtspopulistische und antisemitische Denken abgedrifteten ehemaligen Anti-Atom-Kämpfers Holger Strohm gegen einen Filmemacher gab das Gericht Letzterem Recht. Der hatte einen kritischen Film über Strohms Film „Friedlich in die Katastrophe" gemacht und dabei als Beleg Originalsequenzen des Filmes verwendet. Darf er – urteilte jetzt das Gericht, wenn es dem Beleg und der Illustration der Kernaussage dient. Der 18-minütige Film ist unter www.youtube.com/watch?v=wLorayDYVIw anzuschauen. Inzwischen gibt es die Langfassung unter dem Titel „Empörung und Verschwörung" (siehe www.projektwerkstatt.de/filme/verschw.html).

Lautonomia – Hüttendorf gegen Braunkohleabbau jetzt auch im Osten!

„Am vergangenen Wochenende haben wir eine Waldbesetzung nahe des Dorfes Rohne, das für den Tagebau abgebaggert werden soll, errichtet. Mit dem heutigen Tag wird unser Projekt öffentlich. Es wurden zunächst drei Plattformen in die Kronen einer Gruppe uralter Eichen direkt an der Rodungskante gezogen. Kommt vorbei!

Die Besetzung ist ein offener Raum – wir laden euch alle ganz herzlich ein, mit uns dort zu leben und zu kämpfen. Kommt vorbei, zieht ein, macht mit! Wir wollen dauerhaft in der Lausitz bleiben und Widerstand gegen den Braunkohleabbau und andere Unterdrückungsformen leisten. Für Hintergründe und mehr Infos schaut einfach auf twitter.com/LAUtonomia oder www.facebook.com/LAUtonomia-947245221990480

Zum Verhältnis von Umwelt und Macht

Ansichten

jb **Natur- und Umweltschutz verbrüdern sich gern mit der Macht, sei es der Staat mit seinen ordnungspolitischen Mitteln oder die Konzerne mit ihrer Marktmacht.**

Das zeigt Peter Clausing in „Die grüne Matrix" (2013, Unrast in Münster, 13 €) am Beispiel von Schutzgebieten und dem Kungeln von Umweltverbänden mit Industrie und Regierungen auf. Im Ergebnis werden immer wieder Menschen vertrieben oder unterdrückt. Als Gegenentwürfe werden vor allem Beispiele für angepasste Anbausysteme beschrieben.

Mehrere für diese Themenstellung relevante Bücher sind in der Reihe „unrast transparent" erschienen. Die kleinen Werke eignen sich hervorragend als Einstiegslektüre ins jeweilige Thema, weisen aber überraschende und völlig unnötige Schwächen auf. Sowohl Peter Bierls „Grüne Braune" zu Führungsfiguren mit rechtem Gedankengut in Umweltorganisationen und –parteien (2014, 78 S., 7,80 €) wie auch Christof Mackingers „Radikale Ökologie" als recht zusammenhangslose Abfolge von Einzeldarstellungen aktionistischer bzw. fundamentalistisch argumentierender Umweltgruppen (2015, 88 S., 7,80 €) kommen völlig ohne Quellen und Belegangaben aus. Beide wirken schnell runtergeschrieben – einfach das, was die beiden (durchaus fachkundigen) Autoren halt so im Kopf haben. Bierls Buch erreicht die 90er Jahre kaum, geschweige denn aktuelle Phasen – eine unerklärliche Lücke. Mackinger sind in der erkennbaren Eile des Runterschreibens beeindruckend viele Fehler unterlaufen. Im Gentechnikkapitel sind z.B. fast alle Orts- und Zeitangaben falsch. Wesentliche Strömungen und inhaltliche Beiträge zur Fragestellung, die bereits vorliegen, hat er auch nicht verarbeitet. Insofern lautet das Fazit: Gut gemeint. Mehr nicht.

Ganz anders geht John Bellamy Foster in „Die ökologische Revolution" vor (2012, Laika in Hamburg, 148 S., 19,80 €). Sein Blickwinkel ist streng marxistisch. Das hilft ihm bei seiner Analyse der Ursachen und der konkreten Umweltpolitiken, die sich angenehm von bürgerlichen NGOs und Parteien, die auf eine kritisch an Herrschaftsverhältnissen ganz verzichten. So schafft es Forster immerhin, z.B. die in bürgerlichen Kreisen bejubelte Umweltkonferenz von Rio 1992 kritisch zu beleuchten. Doch dann verfällt er in den Schreibstil, der schon seine anderen Bücher prägt: Das Buch wird zu einer Festschrift für Karl Marx. Seite für Seite versucht Foster zu beweisen, dass Marx der erste ökologische Theoretiker war. Ob das stimmt oder aus Marx-weiß-alles-und-hat-immer-recht-Verblendung folgt, sei dahingestellt. Denn für die eigentliche Frage des Buches ist das eigentlich egal. Statt einer brauchbaren ökosozialistischen Theorie schreibt Foster ein Werbebuch über Marx – und verfehlt damit (zumindest im zweiten Teil) das Thema des Buches. Schade, denn überzeugende ökologische Theorien sind in der sozialistischen Debatte und erst recht Praxis alles andere als häufig. Dass Foster den Erdölfördergigangten Venezuela als leuchtendes Öko-Land und die „Überbevölkerung" (S. 55) als Umweltproblem darstellt, zeigt denn auch, dass ihm diese Theorie fehlt.

Hans Joachim Schellnhuber
Selbstverbrennung
(2015, C. Bertelsmann/ Random House in München, 778 S., 29,99 €)

Ein dickes Lesebuch zur Klimaerwärmung und dem Ringen um eine brauchbare Klimapolitik hinter den Kulissen. Der Autor ist ein Schwergewicht in der Klimaforschung – und er ist viel als politischer Berater unterwegs. Das Buch ist mehr Autobiografie als Fachaufsatz. Zu lesen ist vom Tauziehen um die Deutungshoheit in der Klimadebatte, um die langen Wege in die Politik und die Art des Wirkens dort. Schellnhuber berichtet von den Anfeindungen gegen sich, Verirrungen in politischen Konzepten und seinen eigenen Ideen zur Problemlösung. Schon die geringe Zahl an Quellenangaben passt eher zu einem Politkrimi oder –tagebuch denn zu einem echten Fachbuch. So sollte es auch gelesen werden – und hat dann seine, auch unterhaltende Qualität.

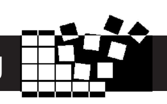
Klaus Petrus
Tierrechtsbewegung
(2013, Unrast in Münster, 85 S., 7,80 €)

Die Reihe „unrast transparent: bewegungslehre" reihte kleine und übersichtliches Bücher aneinander. Das vorliegende überzeugt durch die kompakte Darstellung sowohl über die Geschichte der Tierrechtsbewegungen als auch über verschiedene Strömungen. Der Autor erwähnt Brücken und Abgrenzungen zu rechten Tierrechtsgruppen, aber lässt eine Lücke: Die Kontakte zu anderen aktivistischen oder ökologisch orientierten Kreisen, obwohl sich hier am deutlichsten das Interesse an emanzipatorischen Gedanken niederschlägt.

Alan Weisman
Die Welt ohne uns
(2009, Piper in München, ca. 400 S., 9,99 €)



Das Buch soll „eines der größten Gedankenexperimente unserer Zeit" sein – so verspricht es die Werbezeile auf der Rückseite. Tatsächlich ist die Idee witzig: Wie würde sich die aktuelle Welt weiterentwickeln, wenn der Mensch schlagartig einfach verschwindet. Das ist zwar nicht zu erwarten (eher geht das profitträchtige Dauerelend weiter oder die Ausbeutung der Welt macht das Leben Stück für Stück unerträglicher), aber als Kopfgeburt interessant. Der Autor beschreibt sowohl kleine Effekte (Kakerlaken erfrieren im Winter, wenn die Häuser ungeheizt sind) als auch die Wirkungen explodierender Atomkraftwerke. Zur Illustration nutzt er auch Abläufe aus der Vergangenheit. Quellenangaben oder kritische Blicke auf die kapitalistisch-technische Durchdringung der Welt enthält das Buch allerdings nicht – stattdessen ist ein höchst merkwürdiges Kapitel am Ende eingefügt, indem die Anzahl der Menschen als Problem für das Überleben der Spezies angesehen wird. Zitiert werden dabei zwar nur gegenteilige Quellen, der Autor aber bleibt bei seiner Meinung. Einen Grund oder eine Quelle dafür benennt er nicht.



Wohlfühl-Film „Projekt A“

Widerstand ist zwecklos, die Anarchie wird assimiliert!

_jb_ Aus bürgerlichen Quellen gefördert, urheberrechtlich gut geschützt zwecks kommerziellen Erfolgs - schon der Rahmen hat mit Herrschaftsfreiheit eher nichts zu tun. Die verschiedenen Geschichten des Film „Projekt A“ passen dazu. Nur im Athener Stadtteil Exarchia weht ein kleiner Hauch revolutionärer Ideen, doch die Kamera streift diese nur – fast wie versehentlich. Prägend bleibt ein absurder Brandanschlag auf ein Feuerwehrauto, um den gedanklichen Abschied von militanten Aktionsformen vorzubereiten, den der Film im Folgenden beschreitet.



Die weitere Darstellung zeigt Menschen, die auch im spießigen Bereich als Schwiegertöchter und -söhne in Frage kommen dürften – und mit jedem der vorgestellten Projekte wird das ein Stück schlimmer. Am Ende steht der Exodus katalonischer Aktivist_innen in die Wildnis der Peripherie und die Organisierung der Lebensmittelversorgung als straff geführte, solidarische Landwirtschaft. Dort fällt auch der beeindruckendste Satz des Filmes: Ein Macher der Münchener SoLaWi „Kartoffelkombinat“ erklärt der zum Zuhören verdammten Vollversammlung, dass Transparenz nicht bedeute, dass alle alle Informationen haben. Das an Mitentscheiden offensichtlich desinteressierte Publikum applaudiert. Das ist Anarchie 2.0 – kompatibel zu Kapitalismus und bürgerlichem Rechtsstaat bis zum Abwinken. In Film und Werbung wird das auch gar nicht verschwiegen. Die „Herrschaft des Volkes“, wird zum Leitbild dessen, was die Filmemacher und ihre auserwählten Protagonist_innen vorschlagen. Zitat: „Individuelle Freiheit ist das höchste Gut und soll sich bestenfalls im Kontext von Demokratie und Gleichheit entfalten.“ Anarchie ist also am besten, wenn sie ein Teil der Demokratie wird. Genau das zeigt „Projekt A“ - und genau deshalb hat der Film mit Anarchie eher nichts zu tun.

Um nicht missverstanden zu werden: Die dargestellten Projekte sind aus ihrem jeweiligen Blickwinkel und bei Verzicht auf einen herrschaftskritischen Anspruch durchaus begrüßenswert. Aber damit sind sie eben genau das nicht: Anarchie. Anarchie ist der Anspruch, Herrschaft zu überwinden. Statt Experimente dieser Art und die Schwierigkeiten zu zeigen, das „richtige Leben im falschen“ zu erreichen, zeigt der Film, dass alles ganz einfach ist. Bürgerliches Leben und anarchistische Attitüde seien nicht nur vereinbar, sondern passten super zueinander. Da freut sich der Mainstream – und die langen Schlangen vor dem Kino sprechen eine deutliche Sprache. Es ist kaum zu erwarten, dass der Film kritisch beäugt wird: Anarchie verkommt zum Werbegag und zum Wohlfühlprojekt des Anarchischen im Bürgerlichen. Personen als Projekte zu bezeichnen, folgt erkennbar Marketinggründen. Dass jedoch alle dargestellten Fallbeispiele auf politische Positionen weitgehend verzichten, in den Binnenverhältnisse der Porträtierten klare Hierarchien ganz normal erscheinen und nirgendwo der Anspruch erkennbar wird, das Herrschaftskritische überhaupt zu thematisieren, deutet im günstigsten Fall darauf hin, dass hier ein Film entstehen sollte, der gut ankommt statt verändert. Im schlechteren Fall ist es das Ziel des Films, einen der letzten uneroberten Bereiche für den Kapitalismus einzugemeinden. Für Letzteres sprich leider einiges: Der

Zitate aus und über Film und Begleitmaterial

Projekt A

Chaos, Gewalt und Umsturz sind die Vorstellungen, die viele mit Anarchismus verbinden. Mit anarchistischer Lebenswirklichkeit und Utopie haben diese Assoziationen jedoch wenig gemein. In der heutigen Gesellschaft wird Anarchismus fälschlicherweise oft mit Zerstörung und Desorganisation gleichgesetzt, dabei existiert durchaus eine Organisationsstruktur (Gemeineigentum, Selbstverwaltung etc.). Diese aber wird hierarchie-, zwangs- und gewaltfrei gedacht, individuelle Freiheit ist das höchste Gut und soll sich bestenfalls im Kontext von Demokratie und Gleichheit entfalten.

Aus dem Blog der Internetseite zum Film (eine Art Tagebuch der Filmemacher) und dem Haupttext im Pressekit

Bedanken möchten wir uns an dieser Stelle auch bei allen Stiftungen und Gruppen, die uns die Filmtour ermöglichen: Petra Kelly – Heinrich-Böll Stiftung Bayern / Umdenken – Heinrich-Böll Stiftung Hamburg / Heinrich-Böll Stiftung Mecklenburg-Vorpommern / Heinrich-Böll Stiftung Sachsen-Anhalt / FAU Dresden / Attac Regionalgruppe Dresden / UT Connewitz / Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg / Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung / Stern e.V. / Kulturbüro Stadt Burghausen / FAU Regensburg / Ostentor Kino Regensburg / und manche die noch dazu kommen und andere, die wir vergessen haben.

Das Kartoffelkombinat ist nach der Selbstdefinition der Genossen kein anarchistisches Projekt, im Kontext des Films ist es für uns dennoch von großem Interesse. ... Die Vorstände Daniel und Simon vertreten einen pragmatischen Ansatz ohne einen ideologischen Hintergrund und verzichten auf einige der weitverbreiteten anarchistischen Organisationsformen, wie z.B. das basis-demokratische Entscheiden im Konsens.

Aus dem Blog des Kartoffelkombinats (die Macher kommen z.T. aus öko-kommerziellen Kreisen wie Utopia)

Nur 5 Prozent sind demnach als sehr aktiv einzustufen, weitere 18 Prozent weisen einen mittleren Grad an Aktivität auf. Der Großteil der Mitglieder, 77 Prozent, sind stille Genießer, die nur selten an gemeinschaftlichen Aktivitäten teilnehmen. ... Vegetarier und Veganer sind mit einem Anteil von jeweils 8 Prozent in der Minderheit.

Aus „Punk im System“ über den wissenschaftlichen Berater des Films, auf: DeutschlandRadio, 2.6.2014

„Arbeit ist Scheiße!“ Den Werbespruch der Anarchistischen-Pogo-Partei-Deutschland würde Peter Seyferth heute gewählter formulieren. Doch mit dem Inhalt identifiziert er sich noch. Und das, obwohl Peter einen ganz normalen Job hat. Er ist Dozent für Politik.

Als Peter Seyferth Dozent an der Uni in München wurde, musste er erstmal seine Klamotten wechseln. Er sah vorher aus wie ein klassischer Punk. Jetzt ist ihm eine gewisse Affinität zu dieser Lebenseinstellung immer noch anzuerkennen, doch kann er sich im Wissenschaftsbetrieb bewegen, ohne Aufsehen zu erregen. Er hat sogar einen Doktortitel.

Und noch einen Wandel musste Peter vollziehen: Bisher war er immer radikal, er wollte mit seiner Meinung provozieren. Jetzt als Dozent muss er auch andere Meinungen zulassen. „Wenn ein Student einen konservativen Standpunkt vertritt und diesen gut begründen kann, dann muss ich ihm zuhören und ihm sogar eine gute Note geben“, sagt er.

Obwohl Peter beruflich nicht mehr sonderlich punkig unterwegs ist - die Ideen findet er immer noch gut. Die Ablehnung jeglicher Herrschaft sitzt tief, sagt er. Und fragt sich: Wie kann man eine Gesellschaft ohne Machtstrukturen organisieren?



Filmausschnitt: Frontales Kartoffelkombinatsplenum mit Applaus für Transparenz- und Mitsprachebegtrenzung

peinliche Jubel der drei Hauptprotagonist_innen (beide Filmemacher und die Einzeldarstellerin) über den Applaus des bürgerliches Publikum, der bürgerlichen Presse und über die Großzügigkeit bürgerlicher Geldgeber, dazu die pressetaugliche Präsentierung und der kommerzielle Rahmen. „Projekt A“ wäre damit eher ein „Projekt Omega“ – nämlich das Ende der Idee der Anarchie. Der bürgerlich verklärte Kapitalismus ist so erfolgreich, weil er einfach alles vereinnahmt. Aus den Riots gegen die globalisierte Ausbeutung wurden Attac und andere Politikberatungsinstitutionen. Aus den - ohnehin kaum (noch) staatskritischen - Initiativen gegen Atom- und Gentechnik, gegen Freihandelsabkommen & Co. wuchs der Politkonzern Campact ... übrigens auch aufgebaut von ehemaligen Anarchist_innen, die in der heutigen NGO-Hauptstadt Verden eigentlich eine anarchistische Unterwanderung starten wollten. Arbeitstitel damals: „Projekt A“. Klingelt es? Der Film gemeindet nun die ganze Anarchie in die unpolitische Landschaft des Gutbürger_innentums ein. Dass ein stylischer Punk mit Doktortitel, der den gut bezahlten Staatsjob mit einem „Arbeit-ist-Scheiße“-Hemd verknüpft, diesen Film sogenannt „wissenschaftlich beraten“ hat, passt. Radikaler Charme ist nur noch in Attitüde - werbetaktisch umgesetzt in der kommerziellen Filmwerbung, in der - wie so oft - mit dem Filmgeschehen wenig verbundenen Hintergrundmusik und auf einigen verblassten T-Shirts rüber. Das war's. Warum auch mehr? „Ein solcher Lifestyle-Anarchismus wird vom Feuilleton geliebt und von der Kulturindustrie vereinnahmt, weil er gesellschaftliche Verhältnisse nicht wirklich in Frage stellt, mit der neoliberalen Ideologie kompatibel ist, aber einen rebellischen Glamour verbreitet“, kritisierte Peter Bierl 2015 in seinem Text „Making Anarchism a Threat again?“. Die meisten Anarchist_innen kommen aus gut situierten Schichten, fühlen sich dort wohl und dürften - von einigen identitätssichernden Scharmützeln mit der Polizei abgesehen - eher selten im Streit mit der Obrigkeit liegen. Sie sind die Revolutionsromantik in der Begleitfolklore des Unabwendbaren, zu der politischer Protest heute fast überall verkommt. „Projekt A“ macht aus der Anarchie ein Projekt zum Zugucken - gegen Bezahlung selbstverständlich. Das Publikum, selbst auf der Suche nach einfachen Lösungen, wie die eigene Lebenspraxis mit der Sehnsucht einer besseren Welt zumindest gefühlsmäßig in Einklang zu bringen ist, wird „Projekt A“ nicht nur unreflektiert hinnehmen, sondern sich sogar freuen. Der Trailer belohnt sie gleich zu Beginn mit dem Spruch: „Keine Angst, es wird kein Putsch geplant.“ Wie schön, richtig niedlich. Und etwas später: „Das ist jetzt keine Revolution. Aber es hilft!“ Mit dem Ringen um Herrschaftsabbau hat das Ganze eher wenig zu tun - mit dem Kampf gegen die Herrschaftsverhältnisse in uns und um uns ohnehin nicht. Die komplizierte Idee, Herrschaftsfreiheit in einer herrschaftsförmigen Welt auszuprobieren, verschwindet im Film in einem Brei guten Willens und guten Gefühls. Nach der Premiere gab es denn auch keine Straßenschlacht, keine Kommunikationsguerilla, Besetzung oder Schwarzkopieraktion des urheberrechtsgeschützten Films, sondern Trinken und Tanzen. Prost A!


Revolutionsersatz Gestrüpp: Wohlfühlinsel zwischen Büschen und Ruinen in Katalonien

Bücher zu Macht und Herrschaftsfreiheit

Raymond Walden
Sentenzen von Freiheit
(2005, Angelika Lenz Verlag in Neustadt, 113 S.)
Das Buch besteht aus 926 Thesen und einem dreiseitigen Manifest. In ihnen sollen sich Aspekte von Freiheit ausdrücken. Tatsächlich sind sie aber zu einem großen Teil eher profan (z.B. Nr. 514 „Man kann tatsächlich Menschen dressieren“), zu einem anderen überraschend angepasst an die herrschenden Verhältnisse. Dazwischen finden sich schlaue und eher wirre Sprüche deutlichem Schwerpunkt auf der Kritik an Dogmen, Göttern und Religionen. Das Ziel der Zusammenstellung bleibt unklar.

Ian H. Robertson
Macht
(2014, dtv in München, 336 S., 12,90 €)
Erst der Untertitel verrät, worum es geht: Erfolg (und ebenso Misserfolg) wirken sich auf den Körper aus. Das Erleben brennt sich materiell ein und führt zu verändertem Handeln und Wahrnehmen. Diese Binsenweisheit moderner Biologie wird hier auf Erfolg und Misserfolg angewendet. Dabei will der Autor zeigen, dass ständige Erfolgsmeldungen eine Art Rausch erzeugen. Er erklärt damit den Missbrauch von Macht, der gerade durch die erfolgt, die viel Macht und danach süchtig werden. Eine doppelte Ausblendung dabei besteht zum einen durch den mangelnden Blick auf die Systemzwänge, die ebenso hineinwirken, und auf die seltsame Gleichsetzung zwischen Macht und Erfolg. Denn der Mensch ist, so jedenfalls moderne Evolutionsforschung, vor allem so erfolgreich geworden, weil er kooperiert – und nicht weil er ständig dominieren will.

Cerstin Gammelin/
Raimund Löw
Europas Drahtzieher
(2014, Econ/Ullstein in Berlin, 384 S., 19,99 €)
Ein tiefer Blick hinter die Seilschaften der EU-Zentralen – sowohl auf eher unbekannte Personenkreise, die hinter den Kulissen an Strippen ziehen, als auch auf die bekannten Köpfe und ihren Einfluss. Heilsam für viele vereinfachte Welterklärer_innen in Deutschland dürften die Informationen sein, wie prägend deutsche Kreise sind. Schonungslos wird Angela Merkel als „Monarchin“ bezeichnet und ihre Dominanz beschrieben. Andere Kapitel handelt von den weniger sichtbaren Sphären der Führungsbeamt_innen hinter den gewählten Köpfen.

Martin H.W. Möllers
Volkssouveränität und Sicherheitspolitik
(2014, Verlag für Polizeiwissenschaft in Wiesbaden, 111 S., 16,80 €)
Ein kluges Buch – und im ersten Teil eher ein staatskundliches. Der Autor untersucht den Begriff der Volkssouveränität und kommt zu einem klaren Ergebnis: Es gibt sie nicht und gab sie nie. Sie ist nichts als eine Propagandalüge. Dem folgen Überlegungen, wie ein zumindest ein Hauch davon zukünftig doch verwirklicht werden kann. Dabei unterläuft aber ein schwerer Analysefehler. Denn nicht nur die Idee des Volkes als Souverän ist „Fiktion“, sondern das Volk selbst. Zweimal erwähnt der Autor das zwar (S. 22 und 33), hätte sich aus dieser Erkenntnis aber den Versuch sparen können, das Volk politisch aufzuwerten. Die zweite Hälfte widmet sich dann der Sicherheitspolitik und beschreibt, wie Innen- und Außenpolitik zu einem Geflecht verschiedener Akteure geworden sind, die Bedrohungen abwenden wollen. Auch hier dominiert eine Auslassung, nämlich dass machtförmige, vor allem bewaffnete Einheiten selbst das größte Sicherheitsrisiko sind – zumindest für die Menschen, während Staaten und Konzerne von ihnen oft profitieren.



Wolf-Dieter Narr
Niemands-Herrschaft
(2015, VSA in Hamburg, 316 S., 26,80 €)
Es ist nicht einfach, dieses Buch zu bewerten. Spannende Gedanken wechseln mit eher verschwurbelten Ausführungen, zusammengewürfelt in einem unübersichtlich gegliederten Buch. Es sind Skizzen, die etliche Kapitel ausfüllen und die dortigen Fragestellungen anregend erörtern. Andere, auch längere Passagen des Buches wirken hingegen in ihrer Skizzenhaftigkeit wirr oder zumindest unvollständig. Als Folge fällt das Lesen des kompletten Buches schwer, während das gezielte Auswählen einzelner Kapitel lohnenswert scheint.

Michael Grandt
Die Grünen
(2015, Kopp-Verlag in Rottenburg, 326 S.)
Das Positive vorweg: Das Buch ist eine Fleißarbeit. Der Autor trägt eine Vielzahl von Zitaten zu unterschiedlichen Themen zusammen, um damit die Grünen wahlweise als linksextremistische Partei oder als Verräter von „linken“ Positionen darzustellen. Das ist nützlich für alle, die zu den Grünen, ihrer Geschichte und ihren Themen recherchieren. Damit aber endet schon alles Lob, denn bereits darin liegt ein Widerspruch: Sind die Grünen nun radikal oder haben sie ihre Radikalität verraten? Dem Autor ist das sichtbar egal. Er hasst die Grünen und nutzt alles, was er bekommen kann. Das Buch wimmelt von Aufforderungen an die Leser_innen, in eine bestimmte Richtung zu denken. Wer aber, wie der Autor auf Seite 208, „Pädophile“ (also Menschen, die sexuelle Kontakte mit Kindern anregend finden – was ja eine sexuelle Orientierung ist, die mensch sich nicht aussucht) bereits für „Kinderschänder“ hält (also für solche, die das auch praktizieren), zeigt ebenso vor allem selbst eine ziemlich extreme politische und zudem diskriminierende Position wie bei der Denkvorgabe auf S. 44, wo „Profit“ und „Herrschaft“ als etwas erstrebenswert Gutes bezeichnet werden. Aus solchem Blickwinkel ist dann die Kritik an den Grünen derer Ehre zuviel.

Jetzt auf Youtube zu „Pegida, Chemtrails & Co." und zu Direct Action

Bebilderte Vortragsmitschnitte

_jb_ Aus dem vor zwei Jahren geschaffenen Filmstudio in der Projektwerkstatt in Saasen sind bereits erste Dokumentarfilme hervorgegangen, unter anderem „Aufstieg und Fall einer Patentlösung" über den erfolgreichen Widerstand gegen die Agrogentechnik und „Empörung und Verschwörung" über das Abdriften des Anti-Atom-Aktivsten Holger Strohm ins Lager der Rechtspopulisten und Verschwörungsgläubigen (siehe Beitrag in der Anti-Atom-Rubrik). Zur Zeit werden fleißig Vorträge mitgeschnitten, mit passenden Bildern und Belegen versehen und dann als Dokumentationen auf Youtube eingestellt.

Zwei aktuelle Vorträge liefen auf dem Kölner Membran-Festival. Am 20. Februar 2016 hielt der Aktivist, Buchautor und Filmemacher Jörg Bergstedt einen Vortrag zu Rechtspopulismen und Verschwörungstheorien in der Kolbhalle in Köln-Ehrenfeld. Vor einem gut gefüllten Zuschauer_innenraum zeigte er an Beispielen die Methoden, wie gesellschaftliche Ereignisse durch eine bestimmte „Brille" (er nannte es „Matrix") betrachtet werden und sich so feste Gut-Böse-Schemata durchsetzen. Ein Mitschnitt ist im Filmstudio der Projektwerkstatt mit passenden Bildern, Belegen und Filmausschnitten unterlegt worden. Der Vortrag ist anzusehen unter https://www.youtube.com/watch?v=qG45bWS_EkA. Die Quellen und viele weitere Hintergrundinformationen gibt es auf www.kopfentlastung.de.vu

Schon im Dezember 2015 lief ein Vortrag zur Kunst des kreativen Widerstands. An zahlreichen Beispielen wurden Handlungsmöglichkeiten im politischen Widerstand aufgezeigt – angefangen von sehr einfachen Möglichkeiten wie der Nutzung von Kreide im öffentlichen Raunm oder verstecktem Theater. Von dort ging es über Formen der Kommunikationsguerilla bis zu kreativer Sabotage und Militanz. Der Vortrag kann und soll anregen, sich mehr Knowhow über Aktionen anzueignen, damit politischer Protest mehr Wirkung zeigt. Wer Lust bekommt, alles noch genauer kennenzulernen, kann auch ein Direct-Action-Training besuchen oder selbst organisieren (Kontakte und Themen siehe www.vortragsangebote.de.vu). Der Mitschnitt des Vortrags befindet sich auf https://youtu.be/ cruXcOk1egw.

Rezensionen

Halina Wawzyniak
Demokratie demokratisieren
(2015, VSA in Hamburg, 198 S.)
Ein Buch der Präzision im Kleinteiligen. Die Autorin beschränkt sich darauf, Miniveränderungen im herrschenden parlamentarischen System aufzulisten. Dass das gesamte repräsentative System Mitbestimmungsrechte weitgehend ausschließt, wird dabei völlig ausgeblendet. Insofern ist das Buch aus der Feder einer Linken-Abgeordneten überraschend, andererseits innerhalb des Mikrokosmos von Machttechnologien rund um Parlamente und Wahlen eine recht umfassende und auch gut beschriebene Sammlung, was am Falschen etwas weniger falsch gemacht werden könnte.

Jörg Dräger/Christina Tillmann/Frank Frick
Wie politische Ideen Wirklichkeit werden
(2015, Verlag Bertelsmann-Stiftung in Gütersloh, 151 S., 21 €)
Die Buchrückseite verspricht viel: „Früher sehen, klüger planen, besser entscheiden" steht da. Das Buch solle sich an „Praktiker und Strategen in Politik, NGOs, Verwaltung und Verbänden" richten. Doch für die Arbeit der Vielen, die in diese Reihe fallen, dürfte das Buch wenig Verwertbares bringen. Es betrachtet nämlich Führungsstile für die ganz oberen Sphären, vor allem die Bundesregierung. Fast alle Beispiele stammen aus deren Bereich. Auch die praktischen Vorschläge zur Organisierung, (manipulativen) Kommunikation und Bündnisbildung betreffen nur die obersten Führungsebenen der Republik. Daraus lässt sich dann doch ein Nutzen des Buches ableiten: Um Techniken moderner Herrschaft kennen zu lernen. Schließlich kommt das Buch direkt aus der Ecke, wo solche gesellschaftliche Steuerung auch praktiziert wird.

Slavoj Zizek
Gewalt
(2. Auflage 2011, Laika in Hamburg, 188 S., 19,90 €)
„Einer der bedeutendsten Intellektuellen der Linken" (Bucheinband) schreibt „sechs abseitige Reflexionen" über das Thema Gewalt. Was auch immer er als „abseitig" bezeichnet – eine verwirrende Aneinanderreihung von Gedankensplittern, mitunter in geheimnisvoll wirkenden Formulierungen ist das Buch allemal. Durch den Schleier der tagebuchähnlichen Abschnitte scheint schemenhaft die Hauptmitteilung durch, dass Gewalt in allen Verhältnissen steckt und insbesondere die Norm definiert. Üblicherweise wird nur die Abweichung von der Norm als Gewalt dargestellt, nicht aber deren Existenz und Dominanz. Um solche versteckte Verhältnisse aufzuzeigen, hilft das Buch. Als Theoriewerk enttäuscht es, weil es das Niveau von Tagebuch- oder (moderner) Blog-Einträgen kaum übersteigt.

Club of Vienna
Arbeit: Wohl oder Übel?
(2015, Mandelbaum in Wien, 169 S., 15 €)
Gesammelte Gedanken zu Sinn und Unsinn der Erwerbsarbeit. Nach einem – eher kurzen – Kapitel zum System Arbeit und seiner Einbettung in gesellschaftliche Organisation werden konkrete Aspekte abgehandelt, so die Fragen von Niedriglohn, Arbeitsverteilung und die Wirkung eines Grundeinkommens.

Meinhard Creydt
Wie der Kapitalismus unnötig werden kann
(2014, Westfälisches Dampfboot in Münster, 419 €)
Keine Frage: Das Buch ist nicht leicht zu lesen. Es geht in die Tiefe der gesellschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen, die der Kapitalismus schafft oder prägt. Der Autor verabschiedet sich von vereinfachenden Schablonen, z.B. der Einteilung in Klassen – zumindest ein Stück weit. Mehr Mut hätte hier sogar gut getan, denn mit der Behauptung einer Konsument_innenmacht (S. 51) werden neue Schubladen gebildet, die erstens nicht bestehen und zweitens als Konstrukt vor allem der Propaganda von Kapitaleigner_innen dienen. Doch jenseits solcher Nachlässigkeiten ist das Buch insgesamt geeignet, beim Begreifen gesellschaftlicher Verhältnisse und damit dem Nachdenken über nötige und mögliche Veränderungen zu helfen.

Giacomo Corneo
Bessere Welt
(2014, Goldegg in Wien, 368 S., 24,90 €)
Das spannendste beim Lesen des Buches ist die bis kurz vor dem Ende offene Frage, ob der Autor es schaffen wird, dem herrschenden Wirtschaftssystem eine echte Alternative entgegen zu setzen – oder doch nur in kleinen Reparaturarbeiten hängen zu bleiben. Dazu trägt auch die ungewöhnliche Schreibweise bei: Die Handlung entsteht aus einem Streitdialog zwischen Vater und Tochter, der eine Suche nach Alternativen zum Kapitalismus nach sich zieht. Am Ende aber kommt doch nicht der ganz große Entwurf heraus. Ängstlich klammer sich Corneo an die Überzeugung, dass das ständige Konkurrieren im Markt doch etwas Gutes hat. Er verknüpft das mit dem Glauben an das Gute an Regulierung und tauft sein Mischwesen dann Marktsozialismus. Aus manchen Gedanken im Buch hätte etwas Spannendes entstehen können. Doch dazu kommt es nicht, in Gegenteil: Am Ende stimmt die unzufriedene Tochter den Vorschlägen zu, die doch irgendwie nur ein Viertel des nötigen Weges darstellen.

Richard Wilkinson/
Kate Pickett
Gleichheit ist Glück
(2009, Haffmanns&Tolkemitt in Berlin, 368 S., 19,90 €)
Die Lage der Welt aus nur einem Blickwinkel zu betrachten, führt regelmäßig nicht zu einem umfassenden Bild des Ganzen. Und es beinhaltet die Gefahr, aus der einseitigen Beleuchtung vorschnell abzuleiten, den entscheidenden Mechanismus herausgegriffen zu haben. Denn in einer komplexen Welt hängt alles mit allem zusammen. Das aber beweist eben gerade nicht, dass der jeweils betrachtete Punkt nur deshalb der Wichtigste ist, weil er überall hineinwirkt. So ist es auch mit der Gleichheit – dem Aspekt, der in diesem Buch im Mittelpunkt steht. Es ist dennoch lohnenswert, die Beispiele, Zahlen und Tabellen nachzulesen. Denn es ist schon erstaunlich, wie stark Gleichheit als Mitursache und als Indikator für menschlichere Gesellschaftsverhältnisse in Frage kommt. Insofern ist das Buch eine Fleißarbeit mit erstaunlicher Eindeutigkeit.

Jens Libbe
Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung
(2014, Dt. Institut für Urbanistik in Berlin, 211 S.)
Das Buch soll strategische Hilfen geben für Planungsprozesse in einer Stadt. Das gilt z.B. für die Schulentwicklungsplanung und die Energieversorgung – zwei Beispiele, die im Buch immer wieder im Mittelpunkt stehen. Zu ihnen sind auch die Fallbeispiele gesammelt aus mehreren Orten. Vorher geht es in den systematischen Abhandlungen zu Planungsverfahren, Entscheidungsfindung und Erfolgskontrolle allgemeiner um die Möglichkeiten kommunaler Politiken.

Update zu vereinfachten Welterklärungen

Neues Lieblingsthema „Migration“

***jb* Vereinfachte Welterklärer_innen (wobei es eine fast reine Männerdomäne ist) wechseln ihre Lieblingsthemen wie andere die Unterhose. Das ist nicht überraschend, denn es geht darum, den dominanten gesellschaftlichen Fragestellungen den eigenen Interpretationsstempel aufzudrücken. Seit Frühjahr 2015 beschäftigt die Flüchtlingsfrage fast alle Medien – und folglich auch die, hier hinter allen Ereignissen Verschwörungen wittern.**

Ob Jürgen Elsässer, Michael Vogt, der Kopp-Verlag oder wie sie alle heißen: Die Welle von Flüchtlingen, die im letzten Jahr endlich mal die Festungsmauern um Europa durchbrechen konnten, wurde von ihnen zu einer Verschwörung umdefiniert. Sie machten aus der Flucht eine Waffe, die Migrationswaffe. Sie sei, so ihre Gedankenpirouetten, gegen die vermeintlich guten Staaten wie Deutschalnd gerichtet, um diese zu destabilisieren. Dahinter würdenen die Schurkenstaaten stecken, also vor allem – wie immer – die USA. Genau das behauptet Gerhard Wisnewski in seinem Jahrbuch „2016: verheimlicht, vertuscht, vergessen“ (2016, Kopp-Verlag in Rottenburg, 368 S.). Dort deckt er vermeintlich auf, was in den Medien verschwiegen wurde. Dass er komplett ohne Quellenangaben auskommt, gibt dem Buch schon auf den ersten Blick ein merkwürdiges Design. Die Flüchtlinge sind sein Hauptthema – und er zieht ordentlich vom Leder, was wohl die bösartigen Ziele einer vermeintlichen Überflutung Deutschlands mit Menschen aus anderen Ländern ist. Für Wisnewski gibt es ein Hauptmotiv aller internationaler Politik: Die neue Weltordnung mit einer Einheitsrasse und die Vernichtung Deutschlands. Selbst die Atombomben, die in Israel stationiert sind, sollen am Ende auf Deutschland geworfen werden. Die Bibel sagt das. Ähnlich seriös sind auch andere Statements. Autoabgase sind sauberer als die Luft drumherum. Wisnewski weiß das von EIKE, einem Tarnverein der Atom- und Kohlelobby. Jaja, und Flüchtlinge sind eine Waffe und die Erde eine Scheibe ...

Etwas fundierte geht da schon Kelly M. Greenhill in ihrem Buch „Die Migrationswaffe“ vor (2016, Kopp-Verlag in Rottenburg, 429 S.). Sie zählt eine Vielzahl von Beispielen auf, die Flüchtlingsströme Regierungen unter Druck setzten und somit erpressbar waren für Forderungen anderer. Allerdings nimmt sie ständig an, dass solches geplant war und nicht im Laufe der Prozesse als nützlicher Nebeneffekt entstand. „Cui bono?“ (wem nützt es) wird so zu einer Beweisführung, wer etwas geplant und verursacht hat. So durchdacht aber funktioniert Politik selten. Dennoch nützt das Buch, um zu begreifen, wie relevant Migration auch in der jüngeren Geschichte war und ist. Sie als Waffe zu bezeichnen, ist jedoch eine absurde Unterstellung, solche Bewegungen genau planen und steuern zu können.

Phalanx der Russland-Versteher_innen

Gut und Böse sind die wirkungsvollste Logik in der Überzeugungskraft vereinfachter Welterklärungen. Die konkreten Feinde lassen sich dabei beliebig austauschen: Juden, Jesuiten oder der Islam, Monsanto oder BlackRock, Illuminaten oder Bilderberger, Amerika oder Russland. Letztere hatten vorübergehend an Wirkungskraft verloren, war das große eurasische Land doch etwas zerfallen. Spätestens seit den Kämpfen zwischen hegemonialen Gruppen in der Ukraine ist das alte Feindbild aber wieder entstanden – und so haben Welterklärer_innen wieder die Chance, sich den richtigen „großen Bruder“ auszusuchen und den anderen zu verdammen. Jürgen Roth, bisher bekannt durch viele spannende Recherchebücher, wählt die antirussische Karte. Er macht das in „Verschlussakte S... - Smolenks, MH 17 und Putins Krieg in der Ukraine“ (2015, Econ/Ullstein in Berlin, 317 S., 19,99 €) nach allen Regeln der Kunst: Zuerst an das Verbrechen von Katyn, dann an die jahrzehntelange Vertuschung danach erinnern und im anschießenden Kapitel den Flugzeugabsturz mit polnischem Führungspersonal behandeln. Da braucht es schon kaum noch irgendwelcher Argumente, um Aha-Effekte zu landen. Das ist auch nötig, denn das Buch ist zwar dick, aber es erinnert eher an Bücher zum 11.9.2001: Einzelne Fakten werden aneinandergereiht und durch eine von Beginn an vorhandene Brille der Interpretation gewertet. Vereinfachte Welterklärung bestätigt sich so immer selbst.

Vereinfachung geht aber auch anders herum. Thomas Fassbender zeichnet in „Freiheit statt Demokratie“ (2015, manuscriptum in Waltrop, 361 S., 19,80 €) ein russlandfreundliches Bild. Zumindest entschuldigt er russische Politiken nach Innen und Außen, deren autoritären bis unmenschlichen Zügen sogar ab und zu anklingen, mit einer besonderen Mentalität, die er wahlweise der Geschichte, dem Klima oder einer vermeintlich asiatischen Mentalität zuschreibt. „Der“ Russe ist irgendwie eigen, anders und eben nicht europäisch. Sagt der Europäer, der seit zwanzig Jahren in Russland lebt – im europäischen Teil. Sein Buch handelt auch viel von Zaren und Zarenmörder_innen, wenig vom Leben in Russland, von Menschen und ihren Mühen, Macht und Auflehnung. Das wiederum ist eine eher europäische Art, die Welt zu betrachten.

Bundesweite Vernetzung soll entstehen

Antipsychiatrie aktiv

***jb* Vom 7. bis 9. Oktober findet in Kassel das bundesweite Treffen des BPE, ausgeschreiben „Bundesverband der Psychiatrie-Erfahrenen“ statt. Das lohnt ohnehin, um Einblicke in den Alltag und die Kämpfe von Betroffenen zu bekommen. Diesmal soll dort aber auch eine Arbeitsgruppe gegründet werden, die fortan konkrete Aktionen gegen die Zumutungen hinter Mauern und Stacheldraht durchführt. Das folgende ist der Einladungstext dieser AG mit dem Titel „Kreative Aktionen und Kampagnen gegen die Zwangspsychiatrie“.**

Nach mehreren Trainings zu kreativen Aktionsformen gegen die Zwangspsychiatrie im Jahr 2015 unter anderem in Wasserburg, Berlin und Bochum wollen wir die Jahrestagung nutzen, um unsere Erfahrungen auszutauschen, neue Aktionen zu besprechen und gemeinsame Kampagnen neu zu planen. Die AG soll im ersten Teil dem Austausch über laufende Aktionen und dann der Planung neuer Idee in den kommenden Monaten dienen. Dabei können auch Fragen zu Aktionsdurchführung einschließlich technischer und rechtlicher Aspekte beantwortet werden. Wenn wir es schaffen, wollen wir für die Mitgliederversammlung oder das Abschlussplenum konkrete Vorschläge formulieren, was an Aktionsideen besteht und was wir uns an Aktionen vornehmen, an denen dann auch mehr Menschen teilnehmen können. Zudem haben wir den Vorschlag, gemeinsam und mit allen weiteren Interessierten nur eine kurze Mittagspause zu „genießen“ und danach bis zur Kaffeepause in die Innenstadt zu gehen, um dort kleine Aktionen zu machen - vom Verteilen von Flugblättern über kleine Straßentheater, Malen mit Kreide usw.

- Infoseiten: www.bpe-online.de

aussetzung für eine Ernährung, die künstliche Vitaminaufnahme unnötig machen würde, nun leider, leider, nicht drin ist: „Wir müssen uns von der Illusion verabschieden, dass alle Kleinbauern im landwirtschaftliche Sektor bleiben können“.[6] Denn: „Bei allen Kooperationen und Projekten steht eines im Mittelpunkt: Wirtschaftliche Interessen und entwicklungspolitische Ziele so miteinander zu verknüpfen, dass alle Beteiligten davon profitieren.“[7]

Im Umkehrschluss heißt das dann wohl, dass Leute, deren entwicklungspolitische Ziele sich nicht mit deutschen Kapitalinteressen verknüpfen lassen, eben nicht beteiligt werden. Sie können sich ja beteiligen, wenn sie sich zum Beispiel, von der Illusion verabschieden Kleinbauern bleiben zu wollen. Und das Kleinbauern bald keine Kleinbauern mehr sind, dafür tut die GIZ so manches. Als Resultat ihrer Entwicklungshilfe in Kambodscha zum Beispiel lobt sie sich: „Heute sind in den ländlichen Gebieten [Kambodschas] hochwertiges Saatgut und Düngemittel verfügbar. Zwischenhändler und Verarbeitungsbetriebe bieten Beratung, Marktinformationen und Finanzierungsmöglichkeiten an.“[8]

German Food Partnership

Was „hochwertiges Saatgut“ und „Düngemittel“ wahrscheinlich auch in diesem Fall heißt, verdeutlicht ein anderes Beispiel aus Kenia, wo die GIZ im Rahmen der German Food Partership (GFP) tätig war: „Insgesamt verkauft der Konzern nach eigenen Angaben durch die Aktion über 20 Prozent mehr Pestizide an Kleinbauern in Kenia. Und das, obwohl Bayer hier sehr teuer ist. Wie hilfreich das deutsche Staatsgeld dabei ist, gibt der Bayer-Verkaufsmanager in Kenia unumwunden zu.“ Titus Kinoti, Verkaufsmanager Bayer, Kenia: „Durch dieses Programm sind wir effektiver geworden. Wir können uns jetzt in einem umkämpften Markt behaupten. Wir bedienen die Bedürfnisse der Kunden und bringen sie dazu, unsere Produkte zu kaufen.“[9]

Die GFP ist ein internationales Jointventure zwischen GIZ, privaten Charity Organisationen wie der Gates-Stiftung, und führenden Agrarkonzernen, darunter Bayer und BASF. Ziel ist im Allgemeinen die

Der NSU-VS-Komplex

In der dritten, aktualisierten, Auflage des NSU-VS-Komplex bringt Wetzel in gewohnter Weise den aktuellen „Stand der Ermittlungen“ auf den Punkt. Seiner Ermittlungen versteht sich, nicht der so bezeichneten Tätigkeiten irgendwelcher Behörden. Die generelle Grundskepsis gegenüber allen offiziellen Stellen ist die ausgezeichnete Grundlage, auf der Wetzel aus der bekannten Faktenlage das NSU – Phänomen zu rekonstruieren versucht und die Unhaltbarkeit der offiziellen Thesen herausarbeitet. Wie der Titel schon nahe legt, liegt der Fokus auf einer systematischen Analyse, die vor allem an den verschiedenen VS-Behörden ansetzt, was Wetzel davor bewahrt sich allzu sehr in Aufklärungsversuchen zu seltsamen Detailbereichen – wie zum Beispiel dem Tot von Mundlos und Bönhart in Eisenach – zu verlieren, worüber ja manch anderer Autor stolpert. Systematisch und akribisch werden die zahllosen Nähen der Verfassungsschutzbehörden zu den Neonaziszenen nachgezeichnet, und wer noch an den Rechtsstaat glaubt wird erschrecken, wie weit der braune Sumpf sich in den selbigen hinein erstreckt.

Was Wetzel allerdings, wie vielen anderen kritischen Beobachtern auch passiert, ist eine eher zu großes Vertrauen in die Fähigkeiten der Polizei ihren Job zu erledigen. Das führt hier wie anderswo etwas vorschnell zu dem Verdacht, dass absichtlich nicht oder schlampig ermittelt würde. Die schlichte Tatsache, dass Polizisten sich oft auch einfach ganz schön doof anstellen, dass Beweismittel – nachweislich – aus einfacher Blödheit nicht gesichert oder verschlampt werden, findet praktisch keine Beachtung. Das führt ein bisschen zu schnell zu weitreichenden Unterstellungen, denen die Gefahr droht ins Verwöhrungstheoretische überzugleiten. Jedoch in jedem Fall eine wertvolle Lektüre, und für alle, die den NSU-Komplex nicht ohnehin genau verfolgen ist diese aktualisierte Auflage das passende Update zum Thema.

Der NSU-VS-Komplex; 3. Erweiterte Auflage
Wolf Wetzel
Unrast Verlag
ISBN: 978-3-89771-589-9

Aus kontrolliertem Raubbau

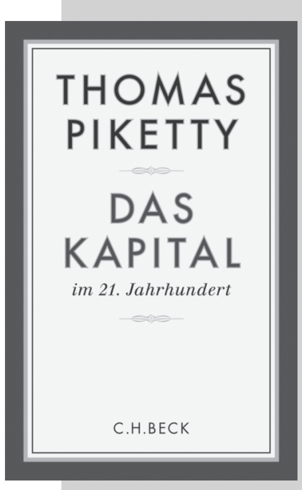
Für alle, die tatsächlich glauben, dass der Kapitalismus reformierbar, begrünbar sei, ein wichtiges, ein hoffentlich erhellendes Buch. Für alle anderen nicht viel Neues. Kathrin Hartmann bereist die Welt und schaut sich vor Ort an, was es mit nachhaltigem Palmöl oder der Entwicklungshilfe privatwirtschaftlicher, sogenannt philantropischer, und staatlicher Akteure in der Realität auf sich hat. Das Ergebnis ist – nicht überraschend – dass Selbstverpflichtungen und mit Greenwashingorganisationen wie dem WWF ausbaldoverte Ökosiegel keinen Pfifferling wert sind. Dass staatliche Entwicklungshilfe vor allem hilft, das im jeweiligen Staat beheimatete Kapital zu entwickeln, und dass die zigg Millionen, die irgendwelche durch Ausbeutung reich gewordenen (Kapitalisten) immer mal in irgendwelche Weltteile pumpen, dort nicht bewirken, dass die Menschen einen teil ihrer Souveränität wiedergewinnen, sondern in aller Regel technische, kapitalismusimanente Maßnahmen befeuern und die bestehenden Abhängigkeiten sogar noch verschärfen.



Katrin Hartmann
Karl Blessing Verlag
ISBN-13: 978-3896675323

Das Kapital im 21.Jahrhundert

Achthundert Seiten Sozialdemokratie – so fasst ein Rezensent auf Amazon den Wälzer zusammen, und schafft damit eine für diese Kürze erstaunlich präzise Inhaltsangabe. Nachdem Piketty über fünfhundert Seiten akribisch dargestellt hat, wie sich die Verteilung des Nationaleinkommens und -vermögens über die letzten beiden Jahrhunderte entwickelt hat, schließt er mit einem umfassenden Plädoyer für eine konsequent angewandte progressive Einkommensteuer und eine Besteuerung großer individueller Kapitale. Und damit das funktioniert und nicht an der Kapitalflucht in Steueroasen scheitert, soll das, samt der notwendigen Erfassungs- und Kontrollmechanismen, im internationalen Rahmen stattfinden. Die diversen Implikationen, die all das auch für das Leben der Arbeiterklasse mit sich brächte, finden indes gar keine oder nur ansatzweise Betrachtung. Der Umstand verminderter Standortkonkurenz, und dadurch Interessenvereinheitlichung zwischen den einzelnen Nationalstaaten und somit einer höheren Bereitschaft untereinander auch in repressiveren Bereichen zu kooperieren findet gar keine Beachtung. Insgesamt würdigt Piketty den Konsequenzen des notwendigen Staatsausbaus keinen Gedanken und die Rettung des Kapitalismus durch seine Regulierung ist sogar erklärtes Ziel.

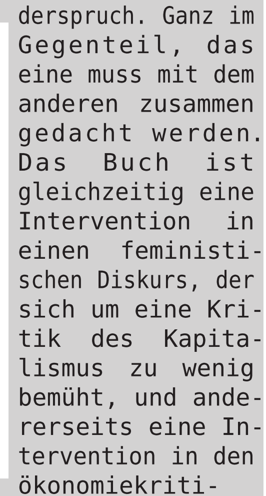


Auch eine Wertschöpfungstheorie vermeidet Piketty gründlich, wie überhaupt jeden Versuch sich den grundlegenden Mechanismen der Kapitalakkumulation anzunähern. Entsprechend werden Fragen nach den sich hieraus möglicherweise ergebenden Dynamiken gar nicht erst gestellt, und die ganze Analyse verharrt bei der rein empirischen Beobachtung der Vermögensverteilung.
Dennoch: Die zu Grunde liegende Fleißarbeit ist beachtlich, die Akribie und Gewissenhaftigkeit bei der Zusammenstellung und Auswertung des Zahlenmaterials sucht ihres Gleichen und kann durchaus Einblicke in die Geschichte der Kapitalakkumulation eröffnen, die auch und vor allem für Leute interessant sind, die ernsthaft über den Kapitalismus hinausdenken wollen.

Thomas Piketty
C.H.Beck Verlag
ISBN: 9783406671319

Aufstand aus der Küche

In dem Band formuliert die feministisch-marxistische Theoretikerin und Aktivistin Silvia Federici eine aktuelle Kritik der Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und plädiert für eine feministische Politik der Commons. Neben zwei neuen Beiträgen wird auch die bereits 1974 verfasste Kritik „Counter-Planning from the Kitchen“ erstmals in deutscher Sprache veröffentlicht. Federici erinnert an die „unerledigte Revolution des Feminismus“ und plädiert für deren Aktualisierung in der Gegenwart. Feminismus und Ökonomiekritik schließen einander nicht aus, sind nicht Haupt- oder Nebenwiderspruch. Ganz im Gegenteil, das eine muss mit dem anderen zusammen gedacht werden. Das Buch ist gleichzeitig eine Intervention in einen feministischen Diskurs, der sich um eine Kritik des Kapitalismus zu wenig bemüht, und andererseits eine Intervention in den ökonomiekritischen, marxistischen Diskurs, der leider immer noch sehr männerdominiert funktioniert und Geschlechterverhältnisse nur am Rande behandelt.



Silvia Federici
edition assamblage
ISBN: 973-3-942885-32-4

Implementierung industrialisierter Produktionsweisen, und im Speziellen die Absatzförderung für die beteiligten Unternehmen. Bei Bayer freut mensch sich: „Sie [die Bauern] werden Zugang zu modernen Technologien erhalten: Hochwertiges Saatgut, Düngemitteln, innovativen Pflanzenschutzlösungen und Wassermanagement – um die lokale Produktivität nachhaltig (sic!) zu steigern.“[10]

Weitere Beispiele

Biopiraterie in Mexiko
In Mexiko – genauer im Bundesstaat Chiapas – versucht die GIZ ein dubioses Programm zu „Schutz und nachhaltiger Nutzung der Selva Maya“ umzusetzen. Die Dachorganisation der indigenen Heiler_innen und Hebammen (COMPITSCCH) fühlt sich davon jedenfalls stark an den letzten – damals US-amerikanischen – Versuch erinnert, die biologischen Ressourcen dieser sehr artenreichen Region für das heimische Kapital zu erschließen, d.h. Biopiraterie zu betreiben. Tatsächlich führten ganz ähnliche Projekte bereits zu Vertreibungen, Landraub und Repression bis hin zum Mord gegen diejenigen, die sich damit nicht abfinden wollten. Denn auch das Land und der Zugang dazu sind stets Teil solcher Projekte, die Ausweisung von Schutzgebieten bedeutet regelmäßig die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung, die ja die Natur stören würde.[11]

„Aufforstung“ in Nicaragua
Für „Aufforstungsprojekte“ in Nicaragua kooperiert die GIZ, und deren Vorläuferorganisation DEG im Rahmen von „Public-Privat-Partnerships (PPPs)“ gleich mit einem deutsch-spanischen Plantagenkonzern: die FuturoForestal. Eine Firma, die ein wenig Nachhaltigkeitspropaganda macht, im Wesentlichen aber Teakplantagen (ein in Lateinamerika nicht natürlich vorkommendes Edelholz) anlegt. Durch Instrumentarien wie REDD+ und die Einführung von CO2-Senken in den internationalen Emissionshandelzertifikaten, geht das als Klimaschutz durch und kann entsprechend als „grün“ etikettiert werden. Detail für siegelgläubige Biodeutsche: Da sich Teakplantagen von, sagen wir mal Tabakfeldern, auch darin nicht unterscheiden, dass nach der Abholzung („Ernte“) wieder neu gepflanzt wird, gibt’s auch ein FSC Siegel für

nachhaltige Forstwirtschaft. Üblicherweise betätigt sich Futuro Forestal als Dienstleister auf den Flächen anderer. Kunden sind üblicherweise Investoren aus Industrieländern, die einerseits natürlich Profit machen wollen und andererseits durch die vorgebliche Kompensation ihrer eigenen bzw. ihrer Kunden CO_2 Emissionen, ihr Image aufbessern wollen.

Bei den GIZ geförderten Pflanzungen in Nicaragua betätigt sich die Futuro Forestal jedoch als ihr eigener Kunde, die Projektflächen waren zuvor aufgekauft worden. Futuro Forestal Chef Andreas Ecke darf auf der BMZ-Werbeseite für Entwicklungs-PPPs (PublicPrivat-Partnerships) loben: „Das gesamte Projekt wäre ohne die verlässliche Hilfe der DEG nicht möglich gewesen. Ich denke, ich kann rückhaltlos sagen, dass ich jedem anderen zu ähnlichen Partnerschaften im Kontext der ländlichen Direktinvestitionen und der Entwicklungszusammenarbeit raten würde."[12] Insgesamt wurden 88% Teak gepflanzt.[13] Der Rest seien „einheimische Hölzer" – die Flächen beheimateten ursprünglich Regenwald und wurden nach Kahlschlag zwischenzeitlich als Weideland genutzt.[14]

Die Erschließung der Welt – für das deutsche Kapital

Im Grunde geht es darum, Märkte und Ressourcen für die deutsche Wirtschaft zu erschließen, und dabei die betroffenen Menschen in den „Entwicklungsländern" in die (deutsche) kapitalistische Wertschöpfungskette zu integrieren. Böse formuliert: Am Deutschen Wesen soll die Welt genesen. Oder um es mit den Worten des BMZ zu sagen: „Eine wichtige Basis der deutschen Wirtschaft ist das Exportgeschäft, das von einer stabilen Weltwirtschaft abhängt. Finanz- und Wirtschaftskrisen in Afrika, Asien oder Südamerika führen auch in Deutschland zum Verlust von Arbeitsplätzen. Entwicklungszusammenarbeit, die darauf ausgerichtet ist, die Volkswirtschaften in den Kooperationsländern zu stabilisieren, stärkt auch die Wirtschaft in Deutschland und in den anderen Geberländern."[15]

Unterstützt wird GIZ dabei von einem eigens auf sie zugerichteten Lobbyverein: Der Carl-Duisberg-Gesellschaft (CDG). (Duisberg wiederum war der, der während des 1.Weltkrieges federführend und mit viel Enthusiasmus das deutsche Giftgasprogramm entwickelt hat. Die Menschheit verdankt ihm so angenehme Dinge wie Phosgen. Außerdem war er Gründer und dann Chef der IG Farben). Ziel des Vereins ist laut Selbstdarstellung die „Einbringung der Ideen der Wirtschaft in die GIZ". Und damit das nicht allzu anstrengen wird, sind gleich vier Vertreter der CDG Mitglieder in Gremien der GIZ: Zwei im Kuratorium, zwei weitere im Wirtschaftsbeirat. In den drei GIZ-Gremien – Aufsichtsrat, Kuratorium und Wirtschaftsbeirat – finden sich – abgesehen von einer Mehrheit an Leuten aus Regierung und Parlament, Ländern und Kommunen – insgesamt 17 Wirtschaftsvertreter, 2 Wissenschaftler, 1 Gewerkschafter, 2 Entwicklungshelfer und 4 sogenannte Vertreter der Zivilgesellschaft.[16]

Bei den letztgenannten handelt es sich um entwicklungs politische Dachorganisationen, wie die Arbeitsgemeinschaft der Entwicklungsdienste, in der die GIZ wiederum selbst Mitglied ist, und als einzige NGO die Stiftung Weltbevölkerung. Die hat als wichtigste Armutsursache ausgemacht, dass die Armen zu viele Kinder bekämen, entsprechend paternalistisch nimmt sich ihre Politik aus.

Freilich, manchmal funktioniert diese urdeutsche Form der Entwicklung sicherlich auch für die Betroffenen – das heißt den verwertbaren Teil der Bevölkerung – hinsichtlich einer Verbesserung der Versorgung mit materiellen Gütern und Dienstleistungen. Wo darin aber „eine Welt, in der alle Menschen selbst bestimmt und in Freiheit ihr Leben gestalten können" liegen soll, bleibt das Geheimnis des BMZ. Oder ein Propagandaschlagwort, dessen eigentlichen Sinn die Autoren dieses Satzes wahrscheinlich selbst nicht verstehen.

1 http://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/grundsaetze/
2 http://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/ziele/index.html?PHPSESSID=0f0c1a7b42e07a742bbf33ef3cb2dbb5
3 https://www.giz.de/de/leistungen/kernkompetenz.html
4 https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/themen_und_schwerpunkte/ernaehrung/SAFO-Konzept_DE.pdf
5 http://www.standort-ludwigshafen.basf.de/group/corporate/site-ludwigshafen/de/news-and-media-relations/science-around-us/food-fortification/story
6 Regenwaldreport Nr.15-3
7 https://www.giz.de/de/mit_der_giz_arbeiten/128.html
8 https://www.giz.de/de/downloads/giz2015_de_Leistungsangebot_Laendliche_Entwicklung_Produkt_036.pdf
9 OXFAM; Gefährliche Partnerschaft; Mai 2014
10 http://www.monheim.bayer.de/de-DE/Pressemeldungen/2013/Liam-Condon-Ernaehrungssicherheit-braucht-Innovationen-und-starke-Partnerschaften.aspx?overviewId=9DE549D4-40A7-4B45-8120-C8649BC9D91B
11 Tyerra y Libertad Nr.71
12 https://www.developpp.de/de/content/private-partner
13 http://www.futuroforestal.com/services/projects/nicaragua
14 http://www.futuroforestal.com/wp-content/uploads/develoPPP-report-32-ResourceEfficiency_EN.pdf
15 http://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/grundsaetze/
16 https://giz.de/de/ueber_die_giz/274.html

Jean Ziegler und die Revolution

fb Einen radikal klingenden Untertitel hat Jean Zieglers neues Buch: "Warum wir die kannibalische Weltordnung stürzen müssen". Die öffentliche Lesung im Museum der Bildenden Künste Leipzig im Rahmen des MDR Kulturcafé zog ein großes Publikum an und hätte Bühne sein können, um revolutionäre Ideen einer breiteren Masse nahe zu legen. Doch die Veranstaltung reizte dieses Potenzial nicht aus. Zieglers aus dem Nähkästchen geplauderte Geschichten aus revolutionäreren Zeiten, wie zum Beispiel seine Rolle als Chauffeur Che Guevaras bei dessen Tour durch Europa, waren spannend und teils amüsant. Überzeugende Gesellschaftsanalysen und Argumente für die postulierte Zerstörung des Kapitalismus gab er jedoch nicht ab, sondern blieb bei nicht weiter begründeten Statements zum Stand der Gesellschaft und einem nicht linksradikal konditionierten Publikum kaum nachvollziehbaren Forderungen. Er machte auch einen sonderbaren Spagat zwischen der Botschaft, das System müsse gestürzt werden, und dem Appell dazu sollten nur die demokratisch bereitgestellten Mittel genutzt werden. Peinlich waren die wiederholten Bekräftigungen, die BRD hätte die lebendigste Demokratie der Welt, und darauf solle mensch stolz sein. Erklären lässt sich das vielleicht durch seine als Schweizer Staatsbürger gegen das eigene Land gerichtete Kritik, die ihn womöglich andere Staaten etwas unpassend aufwerten lässt.

Der von den Massenmedien als "prominenter Globalisierungsgegner" titulierte Kommunist arbeitet seit Jahren für die UNO. In der genannten Veranstaltung benutzte er exzessiv anti-semitisch besetzte Begriffe wie den des "Finanzkapitals". Angesichts der fehlenden Argumentation wirkten die von ihm verwendeten radikalen Schlagworte rein plakativ, die Erläuterung seiner populistischen Bezeichnung des Systems als "kannibalische Weltordnung", auf die er von Journalisten naheliegenderweise häufig angesprochen wird, überzeugte nicht. Dazu nannte er Statistiken zur Reichtumsverteilung und zur Häufigkeit des Verhungerns von Kindern auf der Welt. Die Zahlen mögen stimmen, aber all das scheint eher auflagensteigernd für seine beim Bertelsmann-Verlag, einem der aggressivsten auf Politik und Gesellschaft Einfluss nehmensten Verlagshäuser, erschienene neueste Veröffentlichung zu sein, eine nachvollziehbare politische Argumentation brachte er nicht vor.

Der Hass auf den Westen

Deutlich anders als dieser wenig tiefgehende öffentliche Auftritt gestaltet sich sein bereits 2011 erschienenes Buch "Der Hass auf den Westen. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren". Hier legt er detailreich und mit referenzierten Fakten seine Sicht auf die Weltpolitik dar. In einer Mischung aus Schilderungen eigener Begegnungen und historischen Beschreibungen zeigt Ziegler in diesem Buch die widerliche Geschichte des Reichtums und der Macht der westlichen Staaten auf. Wie europäische Großmächte andere Kontinente kolonisierten, den dort angetroffenen Menschen alle Rechte absprachen und die Realität verbogen, um argumentativ die Grundlage für ihre Unterdrückung, Misshandlung, Ausbeutung und Vernichtung zu schaffen. Indem er die Perspektive unterschiedlicher Beteiligter auf die gleichen Sachverhalte wiedergibt, werden die geschilderten Umstände authentischer und seine Kritik gewinnt an Überzeugungskraft.

Jean Ziegler geht im "Hass auf den Westen" insbesondere auf die dramatische Geschichte konkreter afrikanischer und südamerikanischer Länder ein und macht damit das Misstrauen und die Ablehnung, auf die westliche Repräsentant*innen bei Vertreter*innen des globalen Südens treffen, nicht nur nachvollziehbar, sondern zeigt deren Notwendigkeit auf: Nicht nur in der Vergangenheit, auch in der Gegenwart behandeln Diplomat*innen, Wirtschaftvertreter*innen und Regierungsvertreter*innen der Weltmächte ihre Verhandlungspartner*innen aus den ärmsten Ländern mit Arroganz, historischer Blindheit und Verbohrtheit und teilweise immer noch mit rassistischer Grundhaltung. Ziegler beschreibt den Weg einiger südamerikanischer Länder im vergangenen Jahrzehnt aus der kolonialen Abhängigkeit heraus, auf welche Hindernisse und Widerstand sie dabei getroffen sind und wie es insbesondere Evo Morales in Bolivien gelang Souveränität für sein Land zu erkämpfen, ohne den üblichen Attentaten oder wirtschaftlichen Kriegserklärungen von Konzernen und Weltbank zum Opfer zu fallen.


Foto: Rama
Lizenz: Wikimedia Commons, Cc-by-sa-2.0-fr

Jean Ziegler 2011 in Genf

Bolivien ist in dieser Hinsicht ein sehr beeindruckendes Beispiel vom Leiden der indigenen Bevölkerung seit der Unterjochung durch die europäischen Großmächte bis in dieses Jahrtausend. Ziegler berichtet von den Nazis, die zum Ende des Zweiten Weltkrieges einen Fluchtplan nach Lateinamerika entwarfen, um den in Europa gescheiterten Faschismus zu retten und aus dem Exil wieder aufzubauen. Bolivien war einer der Zufluchtsorte vieler Nazi- und SS-Größen, nicht nur aus dem Deutschen Reich, sondern auch aus Kroatien, Ukraine und anderen Ländern. Viele von ihnen wurden wegen ihrer Verbrechen international gesucht; in späteren Zeiten war Boliviens Tiefland auch Ausgangs- und Zufluchtsort wieder bzw.

immer noch aktiver Nazis, die im Außeneinsatz beispielsweise im Balkankrieg der 1990er Jahre waren. Nicht nur Faschisten wurden über die von ihnen als "Rattenlinie" bezeichnete Fluchtroute zum Ende des zweiten Weltkrieges nach Bolivien und einige andere südamerikanische Regionen gebracht, sondern auch Reichtümer, die dem Naziprojekt zugute kommen sollten: Kisten mit Gold, Diamanten und Silber sowie weitere Geldanlagen. Allein im Monat April 1945 hatte die in drei Regionen Lateinamerikas transferierte Nazibeute amerikanischen Regierungsangaben zufolge einen Wert in Höhe etwa einer Milliarde Dollar (Geldwert 1945). Heute sind die Nachfahren dieser Leute oft Eigentümer von Infrastruktur und wichtiger Unternehmen, Großgrundbesitzer etc. und haben lange Zeit hohen Einfluss auf die Politik Boliviens gehabt. Gegen die Intrigen und auch gewalttätigen Anschläge solcher Interessengruppen musste sich Evo Morales bewähren, das mag einige intransparente und rücksichtslose Maßnahmen seiner Regierung gerechtfertigt haben.

Als Hoffnungsträger der unterdrückten Länder der Welt, insbesondere der indigenen Menschen, die Morales repräsentiert, lobt Ziegler ihn hoch und ausgiebig in seinem Buch. Fraglich ist, ob mittelfristig eine solche romantische Sichtweise auf einen Regierungschef sinnvoll ist, auch wenn er Bedeutendes geleistet hat und gefährlichen mächtigen Gegnern gegenübersteht. Am Beispiel seiner Energiepolitik, auf die wir im letzten und diesem Heft ausführlich eingehen (insbesondere der rücksichtslose Aufbau der Atomindustrie unter Diffamierung ihrer Kritiker*innen), zeigt sich, dass die Wege der Macht, auch eines Revolutionärs, meist schmutzig, undemokratisch und anti-emanzipatorisch sind. Ob Evo Morales auch mit seiner Atompolitik eigentlich weiterhin seine hehren Ziele verfolgt, und sich lediglich durch die politischen und wirtschaftlichen Umstände genötigt sieht einer gefährlichen Industrie nach der anderen den Zugang zu bolivianischen Ressourcen zu erweitern, bleibt offen. Jean Ziegler konnte zum Zeitpunkt des Erscheinens von "Hass auf den Westen" zumindest von dieser Politik noch nichts wissen, zumindest unserem Kenntnisstand nach war diese damals noch in den Anfängen. Vielleicht würde er heute kritischer auf Boliviens Realpolitik blicken.

Derartige Kritik soll die Leistungen und Errungenschaften eines revolutionären Staatschefs nicht komplett in Frage stellen. Fakt ist, dass Mittel und Machenschaften westlicher Konzerne und Regierungen nicht besser, meist schlimmer sind. Dass die beschriebene Wut auf die Weltpolitik der Großmächte gerechtfertigt ist, wird klar. Ziegler setzt sich am Rande aber auch mit kontraproduktiven Artikulationen des Hasses auf die westliche Ungerechtigkeit auseinander und legt dar, dass ebenfalls vorhandene rassistische oder religiös motivierte Bewegungen gegen den Westen bzw. die sogenannten "Westlichen Werte" eine Gefahr für den emanzipatorischen Befreiungskampf der kolonial und imperialistisch unterdrückten Länder darstellt.

Etwas qualitätsmindernd erscheinen einige wenige Abschnitte im Buch, die offenbar aus taktischen Gründen eingebaut wurden, denen es aber erheblich an Substanz mangelt. So beschreibt Ziegler im Kapitel "Als Angela Merkel Wole Soyinka ohrfeigte" den G8-Gipfel in Heiligendamm, wobei er insbesondere die Proteste wohlwollend heraushebt und die versammelten Politiker*innen diskreditiert. Die inhaltliche Beschreibung mag mensch teilen, aber das Kapitel selbst wirkt künstlich eingefügt, passt nicht zum sonstigen Fokus des Werkes. - So als müsse es in diesem in der BRD veröffentlichten Buch noch etwas Spezielles geben, wo sich die zu erwartenden deutschen linken Leser*innen wiederfinden könnten. Auch der Titel des Kapitels ist irreführend und erst auf der letzten Seite erklärt Ziegler den Hintergrund der Überschrift: Wole Soyinka, afrikanischer Freiheitskämpfer, schrieb in einer französischen Wochenzeitschrift, dass er die Einladung von Umaru Yar'Adua, per Wahlbetrug 2007 nigerianischer Präsident geworden, zum G8-Gipfel als "Ohrfeige" empfinde. Und da Angela Merkel als Chefin der einladenden Nation dafür verantwortlich war, besagt also die Kapitelüberschrift "Angela Merkel" habe "Wole Soyinka" "geohrfeigt"... - An solchen Punkten zeigt sich die marktorientierte Aufmachung eines Ziegler-Buches. Schade drum. Bleibt zu hoffen, dass der überwiegende Rest so glaubwürdig ist wie er scheint.

Jean Ziegler: "Der Hass auf den Westen. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren"; Goldmann Verlag, München, 2011; 288 Seiten, Taschenbuchformat, 9,99 EUR; ISBN 978-3-442-15649-8

Ändere die Welt!

Einen weitaus selbstkritischeren Ansatz verfolgt Zieglers neueste Publikation, die auch Anlass der zu Beginn erwähnten öffentlichen Veranstaltung mit ihm in Leipzig war: "Ändere die Welt! Warum wir die kannibalische Weltordnung stürzen müssen". In diesem Buch nimmt der Autor eine kritische Bewertung seines Wirkens und Schaffens vor, gesteht ein, dass auch er sich trotz aller Kritik an den herrschenden Umständen und im angesicht seines sehr speziellen Wissens der konkreten Fakten in einer für ihn praktikablen Weise mit dem System arrangiert hat und nicht immer alles Menschenmögliche getan hat, um die leidenden Menschen, die er traf, zu unterstützen. Diesen Anspruch muss wohl auch niemand stellen, weil es keiner Einzelperson möglich sein kann, all die vorherrschende Ungerechtigkeit zu besiegen und immer und ausschließlich nur zu kämpfen. Positiv zu bewerten ist, dass in diesem autobiographisch motivierten Werk ein deutlich reflektierterer Blickwinkel auf Jean Zieglers Kampf für eine bessere Welt eingenommen wird, verglichen mit anderen seiner Buchveröffentlichungen. Bezugnehmend auf einen Roman, den er zitiert, gesteht er ein: "Wie Iwan Karamasow (Person aus dem Roman, Anm. d. Red.) lehne ich intellektuell diese Weltordnung ab. Aber wie er habe ich mich darin eingerichtet. Implizit nehme ich sie als normal hin. Durch mein alltägliches Handeln reproduziere ich sie".

Auf der Suche nach einem Sinn im Leben und nach Handlungsansätzen die kapitalistische Weltordnung zu beseitigen, stellt Ziegler sich zunächst die Frage nach dem Nutzen eines Intellektuellen im Kampf gegen Unterdrückung. Er versucht Ursprung und Wirkung von Ideologien zu ergründen und zeigt auf, dass auch Wissenschaft nie neutral ist, sondern ein Instrument, das in die eine oder andere Richtung eingesetzt werden kann. Weitere Themen seiner sozialwissenschaftlichen Erörterung sind Staat, Nation und Gesellschaft. Zuletzt versucht er einen hoffnungsvollen Ausblick zu geben, wie die Zivilgesellschaft den Kampf gegen das von ihm als "kannibalische Weltordnung" bezeichnete Herrschaftssystem antreten könnte. Dabei fokussiert Ziegler auf die jüngsten emanzipatorischen Kämpfe in verschiedenen Teilen der Erde, die er direkt oder indirekt miterlebte bzw. auf die Themengebiete, in denen er sich betätigte.

Jean Ziegler führt hier einen interessanten Diskurs über die Ideologien, wobei er recht differenziert vorgeht, beispielhafte Zitate und Definitionen historischer Wissenschaftler*innen einbaut und immer wieder auch eigene Begegnungen und Eindrücke einfließen lässt. Dabei kommt teilweise eine seltsam dualistische Betrachtungsweise zustande, die vielleicht wegen der von ihm benutzten Begrifflichkeiten aufstoßen lässt: "richtige" und "falsche" Ideologien angewandt in "gutem" oder "falschem" Glauben. Da der Soziologe diese Termini korrekt definiert und verdeutlicht, dass diese abhängig von Umständen und Kontext keineswegs nur schwarz-weiß zu betrachten sind, relativiert sich die irritierende Wortwahl etwas.

Trotzdem bleiben einige Aspekte unberücksichtigt, die es erschweren sich Zieglers Betrachtungsweise umfassend anzuschließen. Auch wenn "richtige Ideologie" definiert wird als eine solche, "die Emanzipation, Selbstbestimmung und Menschwerdung des Menschen" fördert, wird es in der Praxis oft schwer bis unmöglich sein, eine eindeutige Zuordnung vorzunehmen - sofern ein kritischer Blick in die Tiefe geworfen wird. Denn was sich eine Ideologie auf die Fahnen schreibt, muss nicht unbedingt der Wirklichkeit entsprechen. Und in vielen Situationen mag der Wille im Hintergrund emanzipatorisch motiviert sein, aber die Wirkung ist antiemanzipatorisch, weil nicht alle Umstände zutreffend eingeschätzt wurden, die schließlich zur Wirkung kommen. In vielen Fällen wird es erst im Rückblick, wenn die Auswirkungen bereits erfolgt sind und diverse Informationsquellen zugänglich sind, aus denen ein realistisches Bild gezeichnet werden kann, möglich sein, eine solche zutreffende Einordnung zu unternehmen.

Deshalb ist es vielleicht besser, gar nicht erst derartige dualistische Deutungsmuster einzuführen, die von einem richtig-falsch bzw. gut-falsch ausgehen (selbst wenn Ziegler sie dann noch kontextbezogen bewertet), sondern sich Konzepten zu bedienen, die ausdifferenzierter, aber vermutlich auch komplexer sein müssen. Aber trotz solcher Mankos sind Zieglers Erörterungen zur Wirkung der Ideologien wertvoll, weil sie verständlich und eindrucksvoll die Dimension und Konsequenzen neoliberaler, aber auch religiöser und anderer unterdrückerischer Weltdeutungsstrategien vermittelt.

Ein anderes spannendes und sowohl sachlich als auch tiefgehend behandeltes Thema ist die Wissenschaft, konkreter der Mythos der ideologiefreien, unparteiischen einzig der Wahrheit verpflichteten Wissenschaft. Ziegler zeichnet eindrucksvoll theoretisch-soziologisch ein kritisches Bild von der Wissenschaft, belegt anhand dramatischer Beispiele wie "Wissenschaft" in der Geschichte benutzt wurde, um Herrschaftsinteressen zu legitimieren oder sich Menschen untertan zu machen, aber verdeutlicht auch, dass die Universität mit all ihren Widersprüchen doch ein bedeutender und wichtiger Freiraum für Andersdenkende und für die Befreiung aus den verschiedensten Unterdrückungsmustern darstellt. Es ist schön seiner wissenschaftlichen Argumentation zu folgen, die sich sehr reflektiert und differenziert vermittelt.

Um die systematische neoliberale geistige Gehirnwäsche, der die Menschheit seit Jahrzehnten und noch verstärkt mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Gegenspielers Anfang der 1990er Jahre unterworfen wird, und die hier als "homogenisiertes Bewusstsein" bezeichnet wird, geht es in einem weiteren Teil von "Ändere die Welt!". Einleitend beschreibt Ziegler die quasi freiwillige Gleichschaltung von Massenmedien, die gesteigerte marktlobbyistische Diskursmacht und den damit einhergehenden Verlust der Fähigkeit immer größerer Teile der Gesellschaft selbständig zu denken und eigene Fragen aufzuwerfen. Der Wahlspruch der Aufklärung "Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!" ist wieder aktueller denn je. Nach Immanuel Kant definiert sich "Aufklärung" folgendermaßen: "Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines andern zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht aus Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines andern zu bedienen."

Nach einem Exkurs in die Welt der herrschenden Klasse, deren Mitglieder sich selbst ebenso der von ihren Diskursen veranlassten Gehirnwäsche unterziehen und die dadurch ebenfalls unter dieser leiden, veranschaulicht Jean Ziegler die Thematik am Beispiel der Schweiz: hier hat die Bevölkerung mittels Initiativrechts und Referendumsrechts weitgehende Möglichkeiten Einfluss auf die politische Umwelt ihrer Gesellschaft zu nehmen. Aber in immer mehr Volksabstimmungen entschieden klare Mehrheiten gegen die Erhöhung der Mindestrente, gegen Mindestlohn, gegen die Verlängerung des Urlaubsanspruchs der Arbeitnehmer*innen etc. Zieglers Kommentar: "Weil die Schweizer Opfer ihres homogenisierten Bewusstseins und einer weit fortgeschrittenen Entfremdung sind, stimmen sie freiwillig - und regelmäßig - gegen ihre eigenen Interessen."

Ein Defizit dieses Buches im Vergleich mit Jean Zieglers "Hass auf den Westen" ist die arg reduzierte Angabe von Quellen - obwohl doch gerade die wissenschaftlichere Herangehensweise eine detaillierte Referenzierung von Fakten, wie sie in seinem anderen Buch weitgehend vorliegt, nahelegt. Stattdessen behandeln die seltenen Fußnoten zwar hilfreiche Erläuterungen zu benannten Vorgängen oder referenzierer Quellliteratur, aber die minutiöse Belegung von Fakten, die Ziegler an anderer Stelle durchaus bereitgestellt hat, fehlt.

An manchen Stellen mangelt es "Ändere die Welt!" aber auch an inhaltlicher Konsistenz. So zum Thema "Nation" - zu Beginn des siebenten Kapitels erklärt Ziegler, dass der Prototyp des heutigen Begriffes von einer Nation im nachrevolutionären Frankreich lag, wo Ende des 18. Jahrhunderts die Monarchie gestürzt wurde und "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" ausgerufen wurden. Der Autor weist darauf hin, dass die entstehende Nation keineswegs Ausdruck des Willens der Massen aus den armen Klassen, die in der Revolution gekämpft und viele Opfer gebracht hatten, war, sondern dass das Bürgertum die Zügel übernahm und der Revolution eine ihren Klasseninteressen entsprechende neue Richtung gab. Ziegler: "Die Nation entstand mit der Etablierung der Warenökonomie, aus dem Kampf, den das neue, Handel treibende Bürgertum gegen die Feudalherren und den König führte (...)". Im weiteren Verlauf des Textes wechselt der Autor jedoch von dieser kritischen Sichtweise auf eine geradezu beschwörende Preisung von Nationalstaaten, ohne auch nur eine weitere kritische Anmerkung. Seine Kritik an den meisten Staaten Afrikas, die er aufgrund des fehlenden Nationalgeistes infolge der Einflussnahme der Kolonialmächte als (unvollendete) "Protonationen" bezeichnet, reduziert sich darauf das Fehlen von

Kernelementen moderner Nationalstaaten einschließlich der Identifikation mit der Nation anstelle der Stammeszugehörigkeit anzuprangern. In Zieglers Augen sind Nationen definitionsgemäß multiethnisch und damit von Hause aus antirassistisch konfiguriert. Zum Abschluss des siebenten Kapitels resümiert er: "Die Nation ist eine der wunderbarsten Errungenschaften der menschlichen Zivilisation."



Foto: UN Photo/Jean-Marc Ferre

Jean Ziegler als Sonderberichterstatter beim UNO Menschenrechtsrat am 11. März 2008

Zum Ende hin wird das Buch diffuser, wenn Ziegler sich damit beschäftigt, wie die menschliche Gesellschaft entstanden ist und sich entwickelt hat. Zum Abschluss versucht er einen eher positiven Ausblick dahingehend, dass und wie die eindrücklich als grausam und inakzeptabel dargestellte kapitalistische Weltherrschaft, die von undurchsichtigen und immer wieder mit den dem Schutz der Schwächeren zugedachten demokratischen Institutionen wechselwirkenden personellen, strukturellen, ideologischen und sachlogikbedingten Verflechtungen durchzogen ist, und der es gelingt sich demokratischer Einflussnahme oft weitgehend zu entziehen, beseitigt werden kann. Leider ist dieser letzte Teil seines Werkes eher schwach und beinhaltet lediglich die Beschreibung zweier Bewegungen, die in der Lage waren Details kapitalistischer Entgleisungen einzudämmen. Wenn Ziegler aus der wachsenden Entwicklung und Bedeutung zivilgesellschaftlicher Strömungen optimistisch ableitet, "Alles, was es braucht, ist, die verfassungsmäßigen Waffen zu ergreifen und sie gegen die weltbeherrschende Finanzoligarchie zu richten ... und morgen früh bricht die kannibalische Weltordnung zusammen", bleibt er doch sehr unkonkret und naiv - ganz entgegen der analytischen Schärfe, die er an anderer Stelle bewiesen hat.

Den plakativen Untertitel seines Buches (kannibalische Weltordnung) erklärt Jean Ziegler auf 288 Seiten nicht. Irgendwie ist schon klar, dass er damit seine Abscheu gegenüber dem Kapitalismus zum Ausdruck bringen möchte, obwohl "Menschen fressen Menschen" eine nur im sehr übertragenen Sinne korrekte Beschreibung der widerlichen Unterdrückungsverhältnisse auf unserer Welt darstellt. "Kannibalische Weltordnung" scheint eine Wortneuschöpfung Jean Zieglers zu sein - jedenfalls gibt eine schnelle Begriffsabfrage im Internet zwar unzählige Ergebnisse, aber alle beziehen sich auf sein letztes Jahr erschienenes Buch. Das ist zumindest eine erfolgreiche Verkaufsmethode... "Kannibalisch" ist synonym u.a. für brutal, gnadenlos, grausam, herzlos, inhuman oder rücksichtslos - also in vielerlei Hinsicht auf das Wirken marktwirtschaftlicher Prinzipien auf einen Großteil der ärmeren Menschen überall auf der Erde anwendbar. Weitere Recherchen verweisen wenigstens auf eine inhaltlich brauchbare Quelle: Der indigene US-Amerikaner Jack D. Forbes beschreibt in seinen Werken die legalisierten Auswüchse des Kapitalismus, die mit der rücksichtslosen Ausbeutung und Beherrschung von Mensch & Natur in allen nur denkbaren Erscheinungsformen einhergehen, als "Kannibalismus".

Jean Ziegler: "Ändere die Welt! Warum wir die kannibalische Weltordnung stürzen müssen"; C. Bertelsmann Verlag, München, 2015; 288 Seiten, Hardcover, 19,99 EUR; ISBN 978-3-570-10256-5

Wie kommt der Hunger in die Welt?

In einem ganz anderen Stil ist das schon vor 14 Jahren veröffentlichte Buch "Wie kommt der Hunger in die Welt?" aufgemacht. In einem gestellten Gespräch mit seinem Sohn, das nebenbei gesagt gekünstelt erscheint, erklärt der frühere Sonderberichterstatter der UNO für das Recht auf Nahrung mit einfachen Worten die Arbeitsweise der Welternährungsorganisation (FAO), des Welternährungsprogramms und die Hintergründe der fortwährenden Hungerkatastrophe auf der Erde. Er geht dabei detailliert und anschaulich auf einzelne Beispiele ein, berichtet von eigenen Erlebnissen und erläutert Widersprüche zwischen Hunger und Nahrungsüberschüssen sowie die politischen und wirtschaftlichen Ursachen der Hungersnöte in der Welt.

Viele Zahlen und Fakten fließen hierbei unauffällig in die kurzweilig angelegten Texte ein. Bei der Erörterung der Ursachen für Ernteausfälle geht Ziegler auf Naturkatastrophen wie jahrelange Dürren oder extreme Überschwemmungen und Orkane ein, die viele unerwartete Hungerkrisen auslösen. Auch regionale klimatische Veränderungen, wie die Ausdehnung von Wüsten infolge von Abholzungen oder der Verlust fruchtbaren Bodens nach der Rodung von Regenwäldern, werden thematisiert.

In den holprigen Dialogen, die eher wirken als habe Ziegler erst seine Antworten geschrieben und dann nach einigermaßen passenden Fragen gesucht, geht er auch auf verschiedene Formen der hungerbezogenen Repression ein: das taktische Aushungern von Feinden durch Kriegsherren sowohl der armen Regionen der Welt als auch der reichen Staaten, Folterformen, die auf Nahrungsentzug aufbauen, die Auslöschung ganzer als Regimefeinde verorteter Menschengruppen in Ländern wie Nordkorea und eine Menge Greueltaten mehr. So informativ und wichtig dieses wenig bekannte Wissen zu verbreiten ist - kindergeeignet ist das Buch trotz der leichten Sprache angesichts seiner Inhalte sicherlich nicht.

Jean Ziegler: "Wie kommt der Hunger in die Welt? Ein Gespräch mit meinem Sohn"; Wilhelm Goldmann Verlag, München, 2002; 169 Seiten, Taschenbuch, 8,00 EUR; ISBN 3-442-15160-8

Ein weiteres Buch Jean Zieglers, passend zum Thema des hier zuletzt erörterten, wird im Artikel auf Seite 59 vorgestellt und diskutiert: "Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung".

Erschleichungen von Beförderungsdienstleistungen

Ich hatte schon viele Jobs in meinem Leben. So war ich Spinateisverkäufer, kam damit aber auf keinen grünen Zweig, habe Hoffnungslose verkauft, was aber auch kein noch so Hoffnungsloser kaufte und zu guter Letzt auch noch versucht, Äpfel mit Birnen zu vergleichen, aber irgendwie wollte auch dafür niemand zahlen, obwohl meine Marktforschungsexperten herausgefunden hatten, dass millionenfach im Internet danach gesucht wurde und es kein Konkurrenzunternehmen gab.

Weil ich nach all den Versuchen aber ziemlich pleite war, habe ich meine Tätigkeit in einen anderen Sektor verlegt. Ich war also morgens in einem Zug und fragte wie immer die Gäste: „Darf ich Ihre Fahrkarte sehen?“ und die Menschen zeigten sie mir. Es war richtig langweilig.

Als ich allerdings in die erste Klasse kam, war da ein Mann, der gleich abwinkte. „Ich bin schon lange im Zug, die wurde schon kontrolliert.“ „Aber ich habe hier noch gar nicht kontrolliert.“ sagte ich. „Na gut, dann hier bitte.“, er reichte mir eine Fahrkarte für die erste Klasse und ich sah sie mir an. „Die ist aber von gestern,“ sagte ich dann „heute gilt die nicht mehr.“

„Würde ich wirklich erste Klasse fahren, wenn ich kein Ticket habe?“ fragte er provokant. „Da das Fahren ohne Fahrschein in der ersten Klasse genau so viel kostet wie das Fahren ohne Fahrschein in der zweiten Klasse, warum nicht?“ gab ich zurück. „Und wenn ich zugeben würde, dass ich keinen Fahrschein habe? Und beweise, dass ich es schon beim Einsteigen kundgetan habe? Dann wäre es ja gar keine Erschleichung von Beförderungsleistungen.“ versuchte er es erneut. „Das müssen in Ernstfall die Gerichte entscheiden.“ erklärte ich ihm. „Das erhöhte Beförderungsentgeld wird nach den Regeln des Verkehrsverbundes trotzdem fällig.“

„Aber der Automat hat nicht funktioniert.“ behauptete der Mann nun. „Sie sind im letzten Bahnhof, dem Hauptbahnhof zugestiegen. Da gibt es zig Automaten und auch einen Schalter. Sie hätten sich auf jeden Fall ein Ticket kaufen können. Wie alle anderen, die ich bisher gefragt habe auch.“

„Na dann ist ja gut.“ sagte er plötzlich. „Gut gemacht, Sie haben meine Fragen zu vollster Zufriedenheit beantwortet. Sie dürfen weitergehen.“

„Netter Versuch,“ sagte ich „aber ich würde jetzt gerne Ihr Ticket sehen, oder das erhöhte Beförderungsentgeld kassieren, oder Ihre Personalien haben. Und wenn Sie nicht kooperieren könnte ich die Polizei rufen.“

„Dazu müssen Sie mich erst bekommen“, rief er plötzlich, sprang auf und rannte los. Ich sah, wie er sich hinter der nächsten Ecke versteckte. Statt darauf zu reagieren, wartete ich an seinem Platz und setzte mich gemütlich hin. Nach etwa zwei Minuten kam er wieder zurück und setzte sich neben mich. „Warum haben Sie mich nicht verfolgt?“, fragte er. „Weil Ihre Tasche noch hier ist“, sagte ich selbstbewusst, „und die ist mehr Wert als das erhöhte Beförderungsentgeld. Dabei hab ich noch nicht mal rein geschaut.“ „Sie kennen jeden Trick, oder?“ fragte er nun neugierig weiter. „Ich glaube schon“, antwortete ich, „zumindest jeden den Sie bisher versucht haben.“

„Sehe ich denn so aus, als ob ich keine Fahrkarte hätte?“, fragte er weiter. Ich musterte ihn in seinem Maßanzug kurz: „Nein, aber man kann ja nie wissen. Vielleicht haben Sie es ja einfach vergessen.“

„Stimmt,", gab der Mann zu, "aber ich habe ein Ticket. Ich wollte es nur mal ausprobieren,“, erklärte er, „Obwohl, was ist, wenn ich Sie besteche?“. Er sah mich mit einem Grinsen an: „Ich gebe Ihnen einfach einen Teil des erhöhten Beförderungsentgeldes und dafür verlange ich keine Quittung.“

„Das wäre mal neu, aber in diesem Verkehrsverbund gibt es eine Fangprämie und wenn ein Kontrolleur einen Passagier ohne gültige Fahrkarte erwischt, bekommt er auch einen Teil des erhöhten Beförderungsentgeldes. Auch wenn eine Quittung ausgestellt wird.“

„Aber wenn es ein größerer Teil wäre?“ fragte er schelmisch weiter. „Das würden Sie eh nicht machen“ antwortet ich überzeugt. Er schaute mich einen Moment lang an, zog dann einen Schein aus der Tasche und zeigte ihn mir: „Und was ist das dann?“ Ich dachte nach und sagte dann: „Das kann Ärger bedeuten, wenn ich erwischt werde.“

„Ja,“ sagte er „aber für mich ja auch. Daher werde ich Sie laut Spieltheorie nicht verraten. Und Sie mich auch nicht. Und sonst erfährt es ja niemand. Hier, fühlen Sie mal.“

Er gab mir den Schein und ich fühlte ihn. Und er fühlte sich gut an. Da bremste der Zug plötzlich, und wir fuhren in einen Bahnhof ein. „Einen Moment bitte,“ sagte ich dem Mann „ich muss ja auch noch anderes tun und eben kurz aussteigen.“ Ich öffnete die Tür, stieg aus und sah ein paar Menschen ein- und aussteigen. Deutlich weiter vorne stand auch ein Schaffner. Bis zur Hälfte des Zuges hatte er sich schon durchgearbeitet. Weiter als meistens. Er Pfiff mit seiner Pfeife, als alle ein- und ausgestiegen waren, und der Zug fuhr wieder ab. Glücklich steckte ich den Schein in mein Portemonnaie und verließ den Bahnhof. Vielleicht sollte ich wirklich mal Schaffner werden. Es scheint ein interessanter Beruf zu sein. Für heute war ich aber einfach froh, wieder mal einfach Geld verdient zu haben, ohne auch nur einmal lügen zu müssen.

Jean Trauerweide

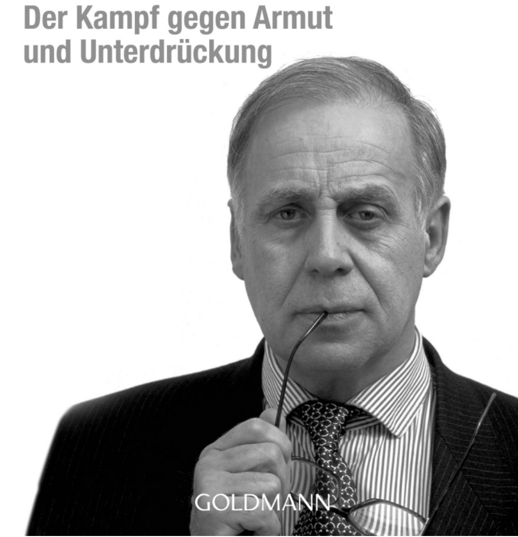
*Der Autor hat eine Menge Kurzgeschichten und mehrere Bücher verfasst. Das meiste davon sind Originalausgaben, die bislang nur einem exklusiven Kreis von Freund*innen zugänglich sind. Im grünen blatt dürfen wir die eine oder andere der aus dem Politleben des Schreibers gegriffenen und oft witzig überzogenen Geschichten abdrucken, von denen Jean Trauerweide in einer Inhaltsangabe sagt: "Manche dieser Geschichten sind politisch korrekt. Oder überhaupt politisch. Dies ist keine ernsthafte Literatur." Und: "Sämtliche Rechtschreibfehler stammen aus Freilandhaltung und sind antiautoritär erzogen worden."*

Jean Ziegler:

Das Imperium der Schande

fb Der Titel dieses Buches leitet sich von einem Ausspruch Benjamin Franklins, einem der Verfasser der Unabhängigkeitserklärung der USA aus dem Jahr 1776, ab. Angesichts der hehren Ziele und Ansprüche dieses Statuts der Vereinigten Staaten angesprochen auf das in Welt vorherrschende Elend und Ungerechtigkeit und gefragt danach, welcherlei Macht in der Lage sei den hohen Zielen der Menschlichkeit zur Geltung zu verhelfen, antwortete dieser "die Macht der Schande" (the power of shame). Gemeint ist damit, dass selbst die Täter*innen, und seien es die Staatschefs der Weltmächte oder Konzernbosse, mindestens unterschwellig eine Wahrnehmung des Unrechts und der Unmenschlichkeit, die sie betreiben und deren Nährboden sie herstellen, haben, die im Zusammenspiel mit dem aufkeimenden Wille zum Kampf seitens der Unterdrückten, sobald sie erkennen, dass ihre Lage nicht aussichtslos ist, zum Umsturz der herrschenden Verhältnisse führen können.

Das "Imperium der Schande" ist die kapitalistische Weltordnung, die in einer Zeit materiellen und finanziellen Überflusses den Mangel organisiert, damit Konzerne noch mehr Profit machen können. Eindrücklich zeigt Ziegler, wie die Überschüsse der mächtigsten Unternehmen der Welt kontinuierlich steigen, so dass diese mit ihrem Geld regelrecht schon nichts mehr anfangen können, während die Statistiken von Hungertoten, hungerbedingten Erblindungen, Analphabet*innen, Armen und was es sonst so an offiziellen Faktoren der Elendserfassung gibt ständig weiter ausufern. Die Herrscher des Imperiums der Schande, weltweit operierende Privatgesellschaften aus Industrie, Bankwesen, Dienstleistungssektor und Handel, bezeichnet er als "neue Feudalherren". Deren Waffen sind die Verschuldung und der Hunger - beide gemacht und gepflegt von denselben Kräften. Einen objektiven Mangel an Nahrung gibt es nach Ziegler heutzutage genauso wenig wie an finanziellem Vermögen. Der reale Mangel leitet sich lediglich von der ungerechten Verteilung ab.



Ziegler: "Die Herrscher des Imperiums der Schande organisieren ganz bewusst den Mangel. Und dieser Mangel gehorcht der Logik der Profitmaximierung."

Im Vorwort schon listete Ziegler akribisch auf, welche Flüchtlingsboote mit Menschen, die der in vielen afrikanischen Regionen vorherrschenden Hungerkatastrophe entkommen wollten, in einem Zeitraum weniger Tage auf verschiedenen Meeren gesunken sind. Anhand konkreter Beispiele zeigt er die systematische unterlassene Hilfeleistung militärisch organisierter Flüchtlingsabwehrtruppen wie Frontex auf, dass diese oft von den in Seenot befindlichen Flüchtlingsbooten wissen, aber die staatlichen Organisationen der betreffenden Länder, wie Küstenwache oder Militärschiffe, deren Rettung verweigern. Dem gegenüber stellt er politische Strategien, wie die Dumpingpreispolitik der EU auf landwirtschaftliche Produkte, die im Zusammenspiel mit der erzwungenen Öffnung der einheimischen Märkte zur Zerstörung von Landwirtschaft und eigener Produktion führen und damit einen wesentlichen Anteil am strukturellen Hunger in afrikanischen Ländern haben. Ziegler: "Der Zynismus der EU-Kommissare in Brüssel ist bodenlos. Sie fabrizieren den Hunger in Afrika und organisieren auf den Meeren die Jagd nach den Hungerflüchtlingen."

Jean Ziegler: "Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung"; Wilhelm Goldmann Verlag, München, 2008; 315 Seiten, Taschenbuch, 8,95 EUR; ISBN 978-3-442-15513-2

Die Vollversion dieses Artikels findet sich auf der Internetseite des grünen blatts. Mehr zum Autor dieses Buches und einigen seiner Veröffentlichungen ist im Artikel "Jean Ziegler und die Revolution" auf Seite 54 zu erfahren.

Termine und Veranstaltungen

26.3.-9.8. Atomwaffenstützpunkt in Büchel
Büchel ist überall - atomwaffenfrei jetzt!
http://buechel-atombombenfrei.jimdo.com/

17.-19.6. in Koblenz
Gerichtsprozess-Training
http://www.prozesstipps.de.vu

19.6. am AKW Beznau, Schweiz
"Menschenstrom gegen Atom 2016"
http://www.menschenstrom.ch

26.6. Schlossplatz in Braunschweig, 11 Uhr
BISS Fahrradtour "Mit Rad und Tat gegen Atomkraft"

29. 6. Vortrag Uni Hamburg
Return the gaze! – Performative Strategien für queer-feministischen Widerstand
http://agqueerstudies.de/programm

3.7. in Hamburg
Laufend gegen Gewalt an Frauen und Kinder, Benefizlauf der Autonomen Hamburger Frauenhäuser
http://www.laufend-gegen-gewalt.de/benefizlauf/

15.-24.7. in Thessaloniki, Griechenland
No Border Camp 2016
http://noborder2016.com

29.-30.7. in Ventschau
4. Openair-Benefiz-Konzert für die Kinder von Tschernobyl und Fukushima
http://www.widerspass.de/Open_Air_2016.html

29.7.-4.8. in Balge (bei Nienburg)
Aktionscamp gegen Tierfabriken
http://kampagne-gegen-tierfabriken.info/aktionscamp

August in Australien
Walkatjurra Walkabout
https://walkingforcountry.com/walkatjurra-walkabout/

8.-14.8. in Montreal, Kanada
2. Thematisches Anti-Atom-WSF
http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Second_Anti-nuclear_Thematic_World_Social_Forum

17.-22.8. in Northamptonshire, UK
Earth First Gathering
http://earthfirstgathering.org

19.-29.8. im Rheinland
Klimacamp 2016

9.-11.9. in Loccum
Tagung "Gesellschaft im Umbruch. Bürgerbeteiligung ist neu gefordert"
http://www.mitarbeit.de/forum2016.html

15.-18.9. auf der Burg Lohra
Tierbefreiungskongress
http://www.tierbefreiungskongress.net

24.9. in Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, München/Nürnberg, Stuttgart
Demos gegen TTIP & CETA
http://ttip-demo.de/

24.-25.9. in Temelín
9. Temelín-Konferenz
http://gruene-fichtelgebirge.de/akw-temelin/6-temelin-konferenz-2016/

18.-24.10. im Projekthaus Döbeln
"Ökologisches Bauen"-Seminarwoche

31.10.-6.11. im Projekthaus Döbeln
"Tar Sands"-Seminarwoche

21.11.-27.11. im Projekthaus Döbeln
Seminarwoche "Archivworkshop"

5.12.-11.12. im Projekthaus Döbeln
Seminarwoche "Atomgefahren im Ostseeraum"

ISSN 1612-2186